Heute auf Seite 3: Das Geheimnis des Raoul Wallenberg



Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 52 – Folge 3 | Erscheint wöchentlich Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt | 20. Januar 2001 | Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg | C 5524

Schwedens EU-Ratspräsidentschaft:

Königsberg – endlich auf der Tagesordnung der Weltpolitik?

Stockholm will mit Moskau über Ostpreußen verhandeln

Mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft der EU durch Schweden rückt das Baltikum und somit auch das nördliche Ostpreußen deutlicher ins Zentrum der europäischen Politik. Die EU-Kommission hat für diese Woche ein Strategiepapier für das nördliche Ostpreußen angekündigt. EU-Außenkommissar Chris Patten stellte bei einem Besuch in Moskau vor wenigen Tagen – am 18. Januar, also genau am 300. Jahrestag der Krönung Friedrichs I. in Königsberg – der russischen Regierung das Papier vor. Chris Patten, Nato-Generalsekretär Javier Solana und die schwedische Außenministerin Anna Lindh wollen im Februar Königsberg besuchen; ob der Termin stattfinden wird, ist allerdings noch nicht klar.

Die Schweden haben sich für das erste Halbjahr viel vorgenommen. Sollte Stockholm die Ziele seiner EU-Ratspräsidentschaft erreichen, dann würde es selbst davon stark profitieren. Der schwedische Ministerpräsident Goran Persson hat die Erweiterung der Europäischen Union (EU) zur Hauptaufgabe seiner Präsidentschaft erklärt, die er am 1. Januar von Frankreich übernommen hat. „Schweden kann eine bedeutende Rolle in einem der wahrhaft großen historischen Prozesse spielen", sagte Persson.

Mit den nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder selbständigen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Polen sind vier der zwölf Staaten, mit denen die EU verhandelt, Ostsee-Anrainer. Hier allein könnten – nach jetzigem Stand ab 2004 – rund 47 Millionen neue Bürger und Verbraucher in die EU kommen. Vor allem effizient und als kleines Land mit 8,8 Millionen Einwohnern eher „auf leisen Sohlen" wollen die Schweden die EU durch die ersten sechs Monate des Jahres steuern.

Schweden würde die Aufnahme der osteuropäischen und baltischen Staaten gerne beschleunigen. Außenministerin Anna Lindh sagte zwar, auch ihr Land werde bei dem Prinzip bleiben, daß jedes Land gemäß seinen eigenen Fortschritten bei der Angleichung an die EU behandelt und aufgenommen werde. Dies gelte auch für die Beitrittskandidaten Zypern und Malta. Doch die Ostsee liegt den Schweden vor der Haustür. „Wir haben ein natürliches Interesse, daß unsere engsten Nachbarn – Polen und die baltischen Staaten – zur europäischen Familie gehören", sagte Frank Belfrage, Generaldirektor für EU-Angelegenheiten im schwedischen Außenministerium. So werde die Ostsee wieder zu einer Seeverbindung für Zusammenarbeit und Handel.

Aus Sicht des schwedischen Industrieministers Leif Pagrotsky muß sich der Blick der EU nun auch auf Rußland richten. Stockholm will mit Moskau Gespräche führen, denn wenn die baltischen Staaten und Polen in der EU sind, wird es ein kleines Gebiet an der Ostsee geben, das nicht zur EU gehört: das Königsberger Gebiet, das bis zu den 1991 unter anderem von Helmut Kohl unterschriebenen Grenzbestätigungsverträgen juristisch als Teil des deutschen Staates und damit auch der EU anzusehen war.

Wenn die EU erweitert werde, müsse Rußland verdeutlicht werden, daß davon keine Bedrohung ausgehe, so Industrieminister Leif Pagrotsky. Fragen der Reinhaltung der Ostsee, der Entsorgung von Atommüll, der Bekämpfung der Kriminalität und der Grenzkontrollen seien nur mit Rußland zu lösen. Die Stockholmer Regierung hat deshalb bereits einen hochrangigen Beamten damit beauftragt, während der schwedischen Ratspräsidentschaft den Kontakt zu Rußland zu halten.

Wünschenswert ist dabei aus deutscher Sicht, daß bei diesen Verhandlungen über das nördliche Ostpreußen auch die Betroffenen – die vertriebenen Ostpreußen selber – mit einbezogen werden.

Regierungschef Persson hofft, daß er zum Ende der schwedischen Präsidentschaft den neuen US-Präsidenten George W. Bush und Außenminister Colin Powell vor oder nach dem Gipfeltreffen Mitte Juni in Göteburg in Schweden begrüßen kann. Dann werden die Schweden die Amerikaner sicher auch über den Stand ihrer Verhandlungen mit Moskau über das Königsberger Gebiet unterrichten.

Friedrich Nolopp



Zeichnung aus „Die Welt"

Der Nächste bitte … / Von Hans-Jürgen Mahlitz

Zunächst die gute Nachricht: In dieser Woche ist – bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe – kein einziger Bundesminister zurückgetreten. Optimisten mögen daraus schließen, in Berlin agiere eine uneingeschränkt handlungsfähige Bundesregierung, die zügig alle anstehenden Probleme dieses Landes anpackt, die Verbraucher vor BSE, die Soldaten vor allen möglichen Strahlen und die Polizisten vor prügelnden „Demonstranten" schützt, die Renten sichert und die dann noch verbleibende Zeit nutzt, um Deutschlands Interessen in aller Welt ebenso maß- wie wirkungsvoll zu vertreten.

Und nun die schlechte Nachricht: In dieser Woche ist – bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe – noch kein einziger Bundesminister zurückgetreten. Als nicht ganz so optimistische Bürger dieses Landes müssen wir daraus wohl eher schließen, daß die in Berlin agierende Bundesregierung nach wie vor in erster Linie mit sich selber beschäftigt ist – Rudolf Scharping als Selbstverteidigungsminister, Joschka Fischer als Bundesminister der Ausflüchte und Ausreden, Walter Riester als Rentenreform-Umarbeitungsminister, um nur die wichtigsten „Leistungsträger" des Schröder'schen Wechselkabinetts zu nennen.

Der Bundeskanzler ist zugleich Vorsitzender der großen und traditionsreichen Volkspartei SPD, sein Koalitionspartner rekrutiert Mitglieder, Mandatsträger und Wähler überdurchschnittlich stark aus dem akademischen Bereich. Da sollte man doch annehmen, Schröder könne personalpolitisch aus dem Vollen schöpfen.

Nach wenig mehr als zwei Jahren Dienstzeit – das ist übrigens die magische Grenze für die Pensionsberechtigung von Bundesministern und Staatssekretären! – haben allein sieben Minister den Hut genommen oder nehmen müssen, ein trauriger Rekord.

Und man darf die Prognose wagen: Bis zum nächsten Rücktritt werden wir wohl nicht allzu lange warten müssen. Erster Kandidat ist der Bundesaußenminister. Im öffentlichen Bewußtsein ist er fast nur noch präsent, wenn er zum Xten Male seine „Jugendsünden" erklärt oder sich dafür „entschuldigt" (ein Vorgang, der in Deutschland ohnehin gerade wieder Hochkonjunktur hat). Fischers und seines Kanzlers Pech: Auf jede per Erklärung, Verharmlosung und Entschuldigung abgearbeitete Jugendsünde folgt postwendend eine neu entdeckte – irgendwann werden auch die wohlwollendsten Medien dieses Jammerspiel nicht mehr mitmachen. Und irgendwann wird der Kanzler unter dem Druck herannahender Wahltermine seinen grünen Partner als zu große Belastung empfinden. Daß er in solchen Fällen schnell und konsequent zu handeln vermag, hat er oft genug bewiesen. Allerdings scheinen sich Schröders Führungsqualitäten ausschließlich auf die Regelung lästiger Personalprobleme zu beschränken.

Für unser Land wäre der – längst überfällige – Rücktritt Fischers kein Verlust, eher eine Bereicherung. Auch wenn sein Regierungs-Chef noch so gebetsmühlenhaft das Gegenteil verkündet – als Repräsentant unseres Landes im Ausland hat er in den zurückliegenden

DIESE WOCHE

Deutschland – Zahlmeister der UN

Wie Amerika versucht, 500 Millionen Dollar Schulden loszuwerden

Wer zahlt Amerikas Schulden bei der UNO? Diese Frage stellt sich, wenn man erfährt, daß sich die USA mit der UNO darauf geeinigt haben, daß ihr Beitrag zum UNO-Haushalt 2001 erheblich verringert wird. Auch wollen die USA einen Teil ihrer Altschulden begleichen. Damit sitzt aber die UNO auf einer Finanzierungslücke von etwa 500 Millionen US-Dollar. Nach der bisherigen Berichterstattung wird vermutlich Deutschland unter Druck gesetzt, jedenfalls einen erheblichen Teil der US-Schulden aufzubringen.

Schon seit geraumer Zeit bestehen die USA darauf, daß ihr Mitgliedsbeitrag für die UNO von 25 Prozent des UN-Haushaltes auf 22 Prozent gekürzt wird. Die Beiträge richteten sich bisher nach der Wirtschaftskraft der UN-Mitgliedsstaaten.

Die Clinton-Regierung verlieh ihrer Forderung Nachdruck, indem sie sich weigerte, in den letzten Jahren überhaupt Beitrag zu zahlen; zunächst habe die UNO ihrer Forderung nach Herabsetzung nachzugeben. So geriet die UNO unter erheblichen finanziellen Druck. Noch Ende vorigen Jahres erfuhr man, daß „Washington seit einigen Wochen erheblichen Druck auf Berlin ausübt, wenigstens einen Teil des amerikanischen Defizits zu begleichen" (FAZ). Auch seinen Beitrag für die Friedenstruppen sollte Deutschland erhöhen, da die USA ihren Beitrag senken wollen. Berlin lehnte zunächst ab, doch schrieb dann die US-Außenministerin Albright an ihren Günstling, Außenminister Joschka Fischer, im November einen Brief, in dem sie ihn drängte, wenigstens einen deutlichen Teil der amerikanischen Schulden zu übernehmen. „Inzwischen habe sich Washington regelrecht auf Berlin ‚eingeschossen'", zitiert die FAZ einen ausländischen Diplomaten. Der US-Präsident schrieb direkt an Bundeskanzler Schröder und forderte die Bundesregierung auf, mit einem namhaften Betrag Amerikas Schulden auszugleichen.

Zur Urteilsbildung ist es wichtig zu wissen, daß Deutschland bislang bereits 9,63 Prozent des UNO-Haushalts zahlte und damit der drittgrößte Zahler nach den USA und Japan war. Damit trug Deutschland fast doppelt so viel zum UNO-Haushalt bei wie Großbritannien oder Italien. Zum Vergleich: Das riesige Land China muß nur 0,9 Prozent zahlen.

Soeben erfährt man, daß sich die USA bereit erklärt haben, einen Teil ihrer Altschulden zu bezahlen, nachdem die UNO zugestimmt hat, den US-Satz von 25 auf nur noch 22 Prozent zu senken. Der US-Beitrag für Friedenstruppen wird von 30 auf 27 Prozent sinken. Nach Angaben der UN sind dann noch 500 Millionen US-Dollar offen, die zu bezahlen die Vereinigten Staaten sich weigern.

Wer soll für sie aufkommen?

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist es nicht unrealistisch, davon auszugehen, daß die Regierung Schröder/Fischer dem amerikanischen Druck nachgeben wird, wodurch sich die Finanzmisere der Bundesrepublik noch verschärfen dürfte. Das sei eben der Preis, den wir angesichts unserer großen Schuld zu zahlen haben, wird man uns erklären. Und das, obwohl Deutschland innerhalb der letzten zehn Jahre vom zweiten Platz der Wohlstandsrangliste der Nationen auf den 14. Platz abgerutscht ist (siehe OB Folge 2).

Hans-Joachim von Leesen

zwei Amtsjahren kaum Positives bewirkt, aber mancherlei Schaden angerichtet.

Ein ganz typisches Beispiel dafür ist sein klägliches Agieren in jenem Bereich, den man in früheren Jahrzehnten als „Ostpolitik" zu bezeichnen pflegte und der in der heutigen politischen Konzeption Berlins überhaupt nicht mehr stattfindet. Daß seine Haltung gegenüber den berechtigten Belangen – und erst recht den Gefühlen – der Heimatvertriebenen sich zwischen Desinteresse und blanker Verachtung bewegt, hat er gegenüber führenden Persönlichkeiten der Landsmannschaften auf geradezu rüpelhafte Weise demonstriert – ein Auftritt, der allerdings genau zu alledem paßt, was man inzwischen über seine „Jugendsünden" erfährt.

Ein weiteres Beispiel: Auf Seite 1 dieser Ausgabe berichten wir über die jüngsten Aktivitäten der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in Sachen nördliches Ostpreußen. Seit der letzten deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es so lange noch nicht her. Auch da war das Thema Osterweiterung schon im Gespräch, doch auf die Idee, Königsberg in diesem Zusammenhang auf die Tagesordnung zu setzen, ist Fischer natürlich nicht gekommen.

Das soll ein deutscher Außenminister sein, der die Vertretung deutscher Interessen auf internationaler Ebene vorsichtshalber seinem schwedischen Kollegen überläßt! Nein danke, auf einen solchen Repräsentanten kann das deutsche Volk gut verzichten. Also dann, wenn der in Personalfragen so entscheidungsfreudige Bundeskanzler wieder zum Rücktritts-Rapport ruft: Der Nächste bitte ...

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: **ob**
Kennwort/PIN: **2905**

Das Ostpreußenblatt
UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Zeitgeschehen, Feuilleton, Leserbriefe: Peter Fischer; Hans Heckel; **Wehrwesen, Geopolitik:** Generalmajor a. D. Gerd H. Komossa (Freier Mitarbeiter); **Kultur, Unterhaltung, Frauenseite:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Literatur:** Hans B. v. Sothen; **Heimatkreise, Landsmannschaftliche Gruppen, Aktuelles:** Maike Mattern; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt (Freier Mitarbeiter).

Ständige Mitarbeiter: Alfred v. Arneth (Wien/Bozen), Wilfried Böhm (Melsungen), Jürgen Mathus (Bonn), Dr. Jaroslav Opočenský (Prag), Willy Fehling (Berlin).

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2000 Bezugspreis Inland 13,20 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 16,60 DM monatlich, Luftpost 23,10 DM monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (0 40) 41 40 08-0
Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32
Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50
Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41
Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42
Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51
http://www.ostpreussenblatt.de
E-Post:
redaktion@ostpreussenblatt.de
anzeigen@ostpreussenblatt.de
vertrieb@ostpreussenblatt.de
landsmannschaft@ostpreussenblatt.de

Österreich rätselt:

Wer ist ein Lump?

Von R. G. Kerschhofer

Jedermann weiß, daß Bedeutung und Verwendung eines Wortes je nach Region verschieden sein können, und mancher macht sich auch Gedanken über die Mechanismen, die zu einer solchen Differenzierung führen. Besonders interessant ist hierbei das atavistische Phänomen der *Tabuisierung*, welches heute als „political correctness" ein neuzeitliches Mäntelchen trägt: Bestimmte Dinge dürfen einfach nicht mehr beim Namen genannt werden!

Ein dankbares Studienobjekt ist derzeit in Österreich das Wort „Lump": Da seine Verwendung automatisch mit einer bestimmten Aussage in Verbindung gebracht wird, löst es wilde Reaktionen aus, und eben deswegen bedienen sich Politiker und Medien aller nur erdenklichen Vermeidungsstrategien. (Vgl. auch das nebenstehende Gedicht „Die Phrasisäer", welches ein sonst durchaus aufrechtes und heimattreues Blatt nicht abzudrucken wagte.)

Wie es dazu kam? Am Parteitag der Wiener FPÖ im Mai 2000 sagte der Landesvorsitzende Kabas im Zusammenhang mit Regierungsbildung und EU-Sanktionen: „Er hat sich wie ein Lump benommen, und es ist eine Schande, daß wir so einen Präsidenten haben." Nun ist gewiß ein Unterschied zwischen „er hat gearbeitet wie ein Verrückter" und „er ist ein Verrückter", und es müßte wohl auch zulässig sein, sich für einen Dritten zu schämen, – viele Politiker schämen sich ja laufend für eine Generation, die sich nicht mehr wehren kann. Doch die Staatsanwaltschaft diagnostizierte den Tatbestand der „Majestätsbeleidigung" (heißt heute ein wenig anders) und schritt zur Tat! Der Haken dabei: Der Beleidigte muß seine Zustimmung zur Anklageerhebung geben – und das tat er nicht. Wird seine Gründe gehabt haben.



Ernst Hofbauer: Der Verrat, Ibera Verlag 2000, 296 Seiten, 48 Mark, ISBN 3850521036

Tatsächlich gab es zum Verhalten des Bundespräsidenten Klestil (und des mithilfe von Parteifreund Schröder bei Volkswagen in Argentinien untergetauchten Ex-Kanzlers Klima) mehr als eindeutige Wortmeldungen in- und ausländischer Politiker und Kommentatoren, ohne daß sich die Staatsanwaltschaft je zum Einschreiten veranlaßt gesehen hätte. Seit kurzem liegt sogar ein Buch auf, das am Umschlag den Titel „Der Verrat" und darunter ein Bild von Klestil im trauten Gespräch mit Chirac zeigt, – aber der Buchautor ist eben ein Bundesbruder von Klestil (Cartell-Verband) und hat nichts mit der FPÖ zu tun. Die Treibjagd auf Kabas, dem man jetzt mit der „Spitzelaffaire" den Fangschuß zu geben trachtet, setzte bereits im Wahlkampf 1999 ein, denn die Wiener FPÖ hatte es gewagt, „Stop dem Asylmißbrauch" zu plakatieren. Als dann die von Klestil gewünschte Neuauflage einer SPÖ-ÖVP-Koalition geplatzt und eine Regierung ohne SPÖ, aber mit FPÖ nicht zu verhindern war, hielt es der Bundespräsident für angebracht, wenigstens die Ernennung von Kabas zum Verteidigungsminister zu verweigern. Sollte etwa ein Bekenntnis zum Asylmißbrauch Voraussetzung für diesen Posten sein?

Wer beleidigen darf, hängt strikt von der Parteizugehörigkeit ab

Zugegebenermaßen stand Klestil unter massivem Druck, wobei Gewichtung und Reihenfolge der Aufzählung hier nicht konform gehen müssen: Klestils zweite Ehefrau, die der SPÖ zugerechnet wird, hätte Außenministerin werden wollen; die Sozialistische Internationale wollte ausschließen, daß in einer EU-Satrapie (einem Netto-Zahler obendrein) aufmüpfige Kräfte mitregieren; und jene Kreise, die von Österreich laufend weitere Entschädigungen verlangen, wollten ein „optimales" Klima schaffen. (Wie zufällig bestand die erste Handlung Klestils nach Angelobung der neuen Regierung in einem Entschuldigungsschreiben an das Simon-Wiesenthal-Center.)

Während sich Kabas veranlaßt sah, seine Aussage – in reichlich ungeschickter Weise – abzuschwächen und sich zu entschuldigen (was seine Feinde nur zu weiteren Angriffen anspornte), bekam der „Lump" im November neue Impulse: Der Salzburger FPÖ-Chef Schnell sagte bei einer Parteiveranstaltung, „Lump war eigentlich ein zu harmloser Ausdruck ... und bei uns im Pinzgau nennt man Lumpi einen Hund. Klestil hat sich nicht besonders klug verhalten bei der Angelobung der Regierung und sich vor laufender Kamera benommen, als wäre er kein Österreicher." Prompt wurde wieder die Staatsanwaltschaft aktiv, und – siehe da! – die Präsidentschaftskanzlei gab Anfang Januar grünes Licht für die Strafverfolgung.

Sowohl bei Kabas wie auch bei Schnell fühlte sich die neue FPÖ-Führung bemüßigt, ganz auf „Wohlverhalten" zu setzen. Doch wie die jüngsten Regionalwahlen bestätigten, wird dies von den Konkurrenten ausgenützt, vom Wähler nicht belohnt, und auch sonst keineswegs honoriert: Denn erst vorige Woche wies das Landesgericht Wien eine Klage des nunmehr „einfachen Parteimitglieds" Haider ab, den das ZDF-Magazin Frontal als „gefährlichen politischen Gauner" bezeichnet hatte. In der Begründung heißt es, diese Bezeichnung müsse „als kritische Bewertung" im Rahmen des „verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung" zulässig sein. Sie sei „im Zusammenhang mit dem TV-Beitrag zu sehen", so daß also ein „Sachbezug" vorliege, „keine bloße Herabsetzung". Außerdem müsse sich ein Politiker im Rahmen der öffentlichen Diskussion „mehr gefallen lassen als ein gewöhnlicher Staatsbürger".

Da steht man nun und grübelt: Gibt es qualitative Unterschiede zwischen „Lump" und „Gauner"? Oder sind die regionalen Unterschiede zwischen Pinzgau und Kienzle-GAU entscheidend? Oder ist die Meinungsfreiheit von Medien „verfassungsmäßiger" als die von FPÖ-Politikern? Oder müssen sich manche Politiker mehr gefallen lassen als andere? Vor allem aber: Werden auch in der Causa Schnell die Zusammenhänge maßgeblich sein und daher „Sachbezüge" den „Lump" entschuldigen?

Die Prognose fällt leicht, wenn man folgende Informationen mit einbezieht: Der grüne Abgeordnete Pilz, ein einstiger Kuba- und Kolchosen-Aktivist mit Beziehungen zur rötlichen Staatspolizei (von manchen als „Ösi-Stasi" bezeichnet) beschuldigte erst dieser Tage die Staatsanwaltschaft des Amtsmißbrauchs (*de facto*, nicht *expressis verbis*), weil sie seine haltlosen Anzeigen gegen FPÖ-Politiker zurücklegen mußte. Die Justiz reagierte auf diese Angriffe mit Schweigen – die gleiche Justiz, die kürzlich mit einer Unterschriftenaktion von Richtern und Staatsanwälten dagegen protestiert hatte, daß ihr die FPÖ Parteilichkeit vorwirft ...

Die Phrasisäer

Auf schönen Worten auszuruhn,
ist stets politisch opportun,
und ganz besonders wirkt korrekt,
wer hinter hohlen Phrasen steckt.
Die *Phrasisäer* dreschen fest,
sodaß sich mancher täuschen läßt
und babylonisch sprachverwirrt
durch hohle Phrasengassen irrt.
Doch Schnaps ist Schnaps,
und Lump bleibt Lump!
Drum ist und bleibt das Krumme krump,
selbst wenn es noch so grad stolziert,
im Nadelstreif und glattrasiert.
Dem Volk aufs Maul zu schauen, – ja!
Doch wer – gar vor der Kamera –
den Heuchlern redet nach dem Mund,
ist selber nur krummer Hund.

Kommentare

Gierige Banken

Das hatte sich der Bundesverband deutscher Banken fein ausgedacht. Die Kosten, die den Geldhäusern durch die Bargeldumstellung auf Euro anfallen, solle ihnen das Bundesfinanzministerium, also der Steuerzahler, ersetzen. Es geht abermals um Milliarden, für jede einzelne Filiale rechnen die Banker mit durchschnittlich 139 000 Mark Umstellungskosten.

Doch es kam eine Abfuhr aus dem Hause Eichel. Die Kosten seien ohnehin steuerlich absetzbar. Darüber hinaus gebe es keinen Pfennig.

Recht so: Die großen Finanzinstitute haben den Deutschen schließlich jahrelang mit den angeblichen Vorteilen des Kunstgeldes in den Ohren gelegen, allen voran Deutsche-Bank-Chefökonom Norbert Walter. Jetzt sollen die ungefragten Bürger auch noch ihre Zeche zahlen – eine Unverfrorenheit sondergleichen.

Dabei wird den Deutschen schon tief genug in die Tasche gegriffen. Gut 60 Milliarden Mark werden Deutschland an Notenbankgewinnen durch die Lappen gehen, hauptsächlich an Frankreich. Die gewaltige Summe wären sonst als Bundesbankgewinn dem Steuersäckel – also der öffentlichen Kasse der Deutschen – zugeflossen.

Unabhängig eines sich glücklicherweise leicht erholenden Euro-Wechselkurses also werden die Bundesbürger für die europäischen Träume ihrer Politiker und Bankiers ohnehin schwer berappen müssen. Weitere Zusatzforderungen ausgerechnet von seiten glühender Euro-Euphoriker verbitten wir uns. **Hans Heckel**

Zweierlei „Haß"

Wer austeilt, kann auch einstekken? Von wegen. Die Erfahrung zeigt, daß gerade die verbalen Schlägertypen mit äußerster Empfindlichkeit reagieren, sobald sie selbst was auf die Nase kriegen.

„Soldaten sind Mörder" darf jeder sagen, schreiben, plakatieren seit linksgerichtete Verfassungsrichter den zutiefst beleidigenden Spruch unter die „Freiheit der Kunst" stellten. Wehe aber dem, der sich – und sei es aus Spaß – an der falschen Klientel vergreift.

„Hängt die Grünen, solange es noch Bäume gibt" – mit diesem witzig gemeinten Satz hatte vor Jahren FC-Bayern-Mittelfeldspieler Mehmet Scholl das Jahrbuch seines Vereins verziert. Prompt schritt ein Grünen-Mitglied aus Niedersachsen zur Anklage. Das ganze Jahrbuch mußte eingestampft werden, Scholl entschuldigte sich und kam ohne Verurteilung gerade noch mal davon.

Da erging es einem Lehrling aus Seeshaupt am Starnberger See jetzt schlechter. Der hatte das Scholl-Zitat auf sein Auto geklebt und bekam umgehend Post vom Staatsanwalt. 40 Stunden gemeinnützige Arbeit muß der 20jährige beim Bund Naturschutz leisten, so das Urteil, „um seine Vorurteile abzubauen". Er habe „zum Haß aufgestachelt", wettert der Weilheimer Richter Helmut Haindl.

Der junge Autofahrer hatte betreut, natürlich keinem Grünen etwas antun noch dazu aufrufen zu wollen. Das darf man ihm wohl glauben – im Unterschied zu den „Soldaten-sind-Mörder"-Schreiern, die ihren Spruch keineswegs „künstlerisch", sondern durchaus bitterernst gemeint hatten und dennoch ungeschoren blieben.

Es kommt heutzutage eben darauf an, gegen wen sich Geschmacklosigkeit richtet, um richterlich geahndet oder sanktioniert zu werden. **Jan Bremer**

Zweiter Weltkrieg:

Raoul Wallenberg – ein ungelöstes Rätsel

Ein schwedischer Diplomat, der sich in den Netzen der Geheimdienste verfing

Von HANS B. v. SOTHEN

Bis heute umgibt ein Geheimnis den schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges Zehntausende ungarischer Juden mit schwedischen Schutzpässen ausstattete. Die Sowjets verhafteten ihn 1945 und erklärten ihn einige Jahre später für tot. Erst kürzlich wurde er von der russischen Justiz rehabilitiert. Einige Mitglieder seiner Familie sind sich bis heute sicher, daß er noch lebt. Wer ist dieser Mann? Warum wurde er verhaftet? Welche Rolle spielen die Geheimdienste?

In den frühen Vormittagsstunden des 17. Januar 1945 betrat ein jüngerer, dunkelblonder Mann das Gebäude in der Budapester Benczurstraße. Begleitet wurde er von einer sowjetischen Eskorte. Aus dem Fenster hing eine schwedische Fahne, die das Gebäude als „Schutzhaus" kennzeichneten. Der Mann hieß Raoul Wallenberg und entstammte einer der reichsten und berühmtesten Familien Schwedens. Seine beiden Onkel Jacob und Marcus Wallenberg leiteten die Stockholmer „Enskilda-Bank". Während des Zweiten Weltkrieges übernahmen sie unter anderem die Verwaltung der Auslandsvermögen des deutschen Chemiegiganten IG-Farben und verwalteten für sie Tarnfirmen. Außerdem waren sie Mittelsmänner zwischen sowjetischen und britischen Regierungsstellen mit der mit dem Deutschen Reich verbündeten finnischen Regierung, halten Kontakt zur Reichsregierung in Berlin, aber auch mit dem Widerstandskreis um Carl Goerdeler.

Wallenbergs eigener Vater war bereits vor seiner Geburt gestorben. Raoul bekam eine gute Ausbildung, studierte ein wenig, unter anderem Architektur an der US-Universität von Michigan, konnte sich aber für keinen Beruf dauerhaft entschließen. Seit seiner Jugend reichten ihn die Verwandten herum und versuchten aus ihm einen guten Bankier zu machen. Vergeblich. Schließlich wurde er noch einmal 1936 nach Palästina zur „Holland-Bank" in Haifa geschickt, die sich im Besitz des Ungarn Kalman Lauer, einem Freund der Familie Wallenberg, befand. Dort lernte er zwar zionistische Emigranten aus Deutschland und der Sowjetunion kennen, war aber mit seiner Arbeit weiterhin kreuzunglücklich. „Ich fühle mich wirklich nicht als Bankmann", stöhnte er. Sein Zeugnis, das ihm Lauer am Ende seiner Dienstzeit ausstellte, kam zu keinem wesentlich anderen Ergebnis: „Für Bankgeschäfte ungeeignet", hieß es da.

Da traf es sich gut, daß Kalman Lauer 1939 für seine Im- und Exportgeschäfte einen sprachgewandten Kompagnon suchte, da er als Jude die meisten mitteleuropäischen Länder nicht mehr selbst bereisen konnte. Wallenberg hatte Erfolg und verdiente gut. Dennoch war er deprimiert. Seine Bestimmung, so meinte er, seien nicht die Geschäfte, er wollte etwas Sinnvolles tun. Die Gelegenheit dazu erhielt er im Sommer 1944. Die US-Regierung hatte im Januar 1944 auf Druck der amerikanischen jüdischen Bevölkerung den „War Refugee Board" (WRB / Kommission für Kriegsflüchtlinge) gegründet. Zusammen mit dem seit 1942 bestehenden Geheimdienst OSS (Office of Strategic Services), einem Vorgänger der CIA, sollte versucht werden, soviele Juden wie möglich aus Ungarn herauszubringen. Der Resident des amerikanischen Geheimdienstes in Stockholm, Iver Olsen, fragte Kalman Lauer nach einer geeigneten Persönlichkeit für diese Arbeit. Der nannte ihm den Namen von Raoul Wallenberg. Am 9. Juni 1944 kam es zum ersten Treffen zwischen Olsen und Wallenberg in Stockholm. Wallenberg war begeistert von seiner neuen Aufgabe. Als er jedoch gegenüber dem US-Botschafter in Stockholm, Herschel Johnson, um genaue Instruktionen für seine Tätigkeit sowie um adäquate finanzielle Unterstützung bat, reagierte Washington zurückhaltend. US-Außenminister Cordell Hull telegraphierte, daß Wallenberg „natürlich nicht als Vertreter des WRB auftreten" könne, noch so tun, als würde er in seinem Namen auftreten. Das Kriegsflüchtlingsamt – direkt Präsident Roosevelt unterstellt – stattete ihn jedoch mit 100 000 Dollar sowie mit einer Liste von korrupten ungarischen Paßbeamten aus.

Seit Juni 1944 war Wallenberg in Budapest. Wenige Wochen vor seiner Abreise, Ende April, Anfang Mai 1944 fand in Stockholm ein Kongreß des World Jewish Congress (WJC) statt, dessen Thema das Schicksal der Juden in Ungarn war. Es ist wahrscheinlich, daß auch Wallenberg daran teilnahm, vielleicht sogar auf seine Anregung dort getagt wurde.

Wallenberg entwarf und druckte ein Papier mit dem schwedischen Hoheitszeichen, das Ungarn nach einigem Zögern anerkannte. Statt der vereinbarten 5000 Stück gab Wallenberg jedoch mindestens doppelt soviele aus. Die Regierungen der Schweiz, Portugals und Spaniens folgten übrigens Wallenbergs Beispiel und gaben insgesamt 40 000 eigene Schutzpässe heraus, so die „Herald Tribune" im Jahre 1981, was heute weitgehend vergessen scheint.

Wallenberg unterhandelte mit den Deutschen, unter anderen mit Adolf Eichmann. Ungarische und Deutsche Stellen warnten Wallenberg wiederholt, er solle seine freizügige Paßausgabe beenden. Angeblich auf Eichmanns Befehl, so 1996 das US-Nachrichtenmagazin „US News and World Report", inszenierte Eichmann einen als Unfall getarnten Anschlag, der Wallenbergs amerikanische Studebaker-Limousine in einen Haufen Schrott verwandelte. Eine Warnung; Wallenberg saß nicht im Auto. Nach einem anderen US-Geheimbericht verschaffte Wallenberg einer kleinen jüdischen Widerstandsgruppe in Budapest sogar Waffen. Die Washingtoner OSS-Zentrale war höchst zufrieden mit Wallenberg. Sie telegraphierte nach Stockholm, daß Ungarn der erste von vielen künftigen Zusammenschlüssen von US-Geheimdienst und Flüchtlingskommission sein werde. Zwar nahm Wallenberg kein Geld direkt vom OSS und war nicht ihr Agent, jedoch war klar, daß der Dienst ihn für seine Zwecke instrumentalisierte.

Deutliche Hinweise für eine Zusammenarbeit Wallenbergs mit dem OSS wurden bereits 1949 publik, als der seinerzeitige Mitarbeiter der schwedischen Botschaft in Budapest, Lars Berg, eine Augenzeugenschilderung unter dem Titel „Was geschah in Budapest?" veröffentlichte. Darin konnte man deutliche Hinweise auf die fragwürdigen Tätigkeiten der Botschaft und die Hintergrundrolle des OSS bei Wallenbergs Mission nachlesen. Merkwürdigerweise wurde die gesamte Auflage des Buches aufgekauft und war verschwunden, noch bevor sie in die Buchhandlungen kam. Trotz des „Verkaufserfolges" wurde eine weitere Auflage nie gedruckt.

Immer wieder stand nach Kriegsende die Frage nach dem Verbleib Wallenbergs auf der internationalen Tagesordnung. Am 18. August 1947 hatte der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wyschinskij, der seinen zweifelhaften Ruhm durch seine Richtertätigkeit in den Moskauer Schauprozessen der 20er und 30er Jahre sowie als sowjetischer Ankläger in den Nürnberger Prozessen erlangt hatte, die erste offizielle Mitteilung über Wallenberg veröffentlicht: Es bleibe zu vermuten, daß der schwedische Diplomat während der Kämpfe in Budapest 1945 umgekommen sei, vermutlich durch faschistische ungarische Pfeilkreuzler. Noch wenig früher hatte derselbe Wyschinskij erklärt, ein Mann mit dem Namen Wallenberg sei der Sowjetregierung „völlig unbekannt". Erst nach und nach rückten die Sowjets mit der Tatsache heraus, daß Wallenberg 1947 in sowjetischer Gefangenschaft gestorben war, ohne jedoch irgendeine Verantwortung zu übernehmen.

Häftlinge wollten ihn noch Jahrzehnte später in sowjetischen Gefängnissen gesehen haben, darunter einige durchaus glaubwürdige Zeugen. Letztgültige Beweise blieben fraglich. Wie das Dokument von 1947, das weithin anerkanntermaßen seinen Tod belegt. Bereits am 19. Februar 1945, zwei Tage nach seinem Verschwinden in Budapest, wurde er auf Anweisung des stellvertretenden Volkskommissars Nikolai Bulganin verhaftet. Nachdem er sich weigerte, mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten, wurde nach stalinistischer Methode seine „Liquidierung" verlangt. Im April 1947 schlug Wyschinskij dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Wjatscheslaw Molotow vor: „Da der Fall Wallenberg bis heute zu keinem Ergebnis gekommen ist, bitte ich Sie (Geheimdienstchef) Abakumow anzuweisen, eine Zusammenfassung der wesentlichen Details des Falles zusammen mit Vorschlägen zu seiner Liquidierung vorzulegen." Drei Monate später meldete Gefängnisarzt Smolzow pflichtschuldigst den „Herztod" von Wallenberg. Tatsächlich wurde er vergiftet.

Über das widersprüchliche Verhalten der schwedischen Regierung, die lange Zeit um des lieben Friedens willen den Fall Wallenberg herunterspielte, wurden erst jüngst durch die deutsch-amerikanische Wissenschaftlerin Susanne Berger in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" neue Enthüllungen veröffentlicht. Auch nach der erst vor kurzem erfolgten Veröffentlichung von Gutachten einer schwedisch-russischen historischen Kommission bleibt vieles rätselhaft. Und noch immer ist der Fall Wallenberg Grund für Geheimniskrämerei. Als 1996 die USA 600 Dokumente zum Fall Wallenberg an Schweden weitergaben, drückte Schweden davon allein 563 den Stempel „Geheim" auf. Eingeweihte vermuten Geheimdienst-Zusammenhänge.

Vor allem in den Vereinigten Staaten bleibt Wallenberg populär. Die USA haben Wallenberg 1981 mit der selten vergebenen Würde der Ehrenstaatsbürgerschaft ausgezeichnet. Das wurde vor ihm nur General Lafayette und Winston Churchill zuteil.



Raoul Wallenberg: *Eine tragische Figur im Machtspiel zwischen West und Ost*



Der schwedische Diplomat in seinem Budapester Dienstraum 1944
Fotos (2) dpa

Familienpolitik:

Klotzen statt Kleckern – Gehalt statt Almosen

Jürgen Liminski über neue familienpolitische Vorstöße und über das „norwegische Modell"

Edmund Stoiber hat Hand ange legt an einen großen Pflug. Denn das größte Problem, das Deutschland in nächster Zeit und wahrscheinlich noch etliche Jahre bedrücken wird, ist das demographische Defizit. Gleiches gilt für die meisten Länder in Europa, insbesondere für den Süden des im wahrsten Sinne des Wortes alten Kontinent. Das Defizit schlägt nicht nur auf die umlagefinanzierten Sozialsysteme durch, die ohne nachwachsende Generationen nicht lebensfähig sind, sondern auch bereits auf die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft – „Green Card" für Informatiker und Mangel in Chemie- und Pharma-Industrie sowie bei Naturwissenschaftlern ganz allgemein sind deutliche Hinweise dafür, daß der Nachwuchs fehlt.

Deutschland gehört zu den geburtenärmsten Ländern der Welt, nur in Italien und Spanien liegen die Geburtenquoten noch tiefer als in Deutschland. Aber in keinem anderen Land bleiben so viele Frauen kinderlos. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung, die Deutschen werden weniger und älter. Zuwanderung allein kann das Problem nicht lösen, auch wenn die EU-Kommission vor allem darauf drängt, sozusagen ohne Rücksicht auf soziale Konflikte und Identitäts-Verluste.

Die Bevölkerungswissenschaftler sagen es unumwunden: Demographie ist unser Schicksal. Bei Problemen dieser Größenordnung ist es mit 30 Mark Kindergeld oder ein paar Mark Zuschuß für die private Altersvorsorge nicht getan. Man kann mit einer Sandkastenschaufel kein Haus bauen. Hier muß geklotzt werden. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen seit einem Jahrzehnt eindringlich gefordert. Aber die Politik hörte weg und tat nichts.

Stoiber will das ändern. Das Familiengeld, das er zu Beginn des neuen Jahres gefordert hat – drei Jahre lang tausend Mark pro Monat und Kind – geht in die richtige Richtung. Ob man damit das generative Verhalten der Deutschen verändern kann, ist allerdings fraglich. Das Beispiel Norwegen, das Stoiber bemüht, hinkt etwas. Dort haben die Christdemokraten gegen erbitterten Widerstand der Linksparteien ein Erziehungsgehalt durchgesetzt, das die Linke auch nach dem Regierungswechsel nicht abschaffte. Mit Grund: Es funktioniert, die Geburtenrate stieg. Aber, und hier ist der Unterschied zum CSU-Konzept, es funktionierte auch nur deshalb, weil dieses Erziehungsgehalt die Kosten für die Betreuung deckt und eine echte Wahlfreiheit für Eltern schafft, selber zu betreuen oder die Betreuung der Kinder zu bezahlen, ganz unabhängig von anderen familienpolitischen Leistungen. Das kann man bei tausend Mark Familiengeld, in denen auch Kindergeld und für 18 Monate Erziehungsgeld stecken, nicht sagen. Da liegt ein konzeptioneller Unterschied. Es geht um die Wahlfreiheit, die schafft das Familiengeld der CSU noch nicht. Stoiber hat recht, wenn er sagt, daß der Kinderwunsch vieler junger Menschen nicht erfüllt wird, weil diese Menschen Angst vor der Verarmung haben. Aber mit hundert Mark mehr unter dem Strich wird diese Angst nicht genommen.

Norwegen hat tiefer gepflügt. Es hat die Familien-, Haus- und Erziehungsarbeit unabhängig von den anderen Posten auch finanziell als Beruf anerkannt. Davon ist die Diskussion in Deutschland noch weit entfernt, übrigens auch, weil das Thema unter Kohl jahrelang systematisch verdrängt wurde. Hier hat der Generalsekretär der SPD, Müntefering, mit seiner Kritik an der Union insgesamt durchaus recht. Seine Polemik, die mit ihrer Heftigkeit auch eine Schwachstelle der rot-grünen Koalition verrät, trifft mit Stoiber allerdings den Falschen. Dessen familienpolitische Leitlinie war immer konsequent, bis in die späten Jahre der Kohl-Ära hatte er aber nicht die Macht, die Verhältnisse zu ändern. Das ist nun anders, und Stoiber versucht es auch. Sein Verdienst heute ist es nun, das Thema Familie und Demographie seit einem halben Jahr beharrlich immer wieder mal auf die Agenda der Aktualität zu setzen, und es dürfte niemanden verwundern, wenn dieses Thema – Familienpolitik und aktive Bevölkerungspolitik – auch zum großen Wahlkampfthema für 2002 würde. Nötig wäre es für Deutschland allemal. Und mit der Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag, Friedrich Merz, kann Stoiber bei diesem Thema rechnen.

Das Thema Familie wurde auch unter Kohl systematisch verdrängt

In der SPD gibt es auch Politiker, die sich über diese Problematik Gedanken machen. Aber sie werden von der Ideologie gehemmt. Müntefering heftige Polemik zeigt die Hilflosigkeit. Denn natürlich sehen diese Politiker auch die Sachzwänge und Statistiken und können sich ausrechnen, wann die Sozialsysteme zusammenbrechen. Da dies aber erst nach der nächsten oder übernächsten Bundestagswahl geschehen wird, lehnen sie sich noch zurück. Die Logik der Sachprobleme jedoch macht ihnen Sorge, der Wähler denkt weiter als bis zum nächsten Urnengang.

Bisweilen kommt aus der Mitte der SPD ein Vorschlag, der in die richtige Richtung weist, etwa wenn die Vorsitzende der gesellschaftspolitischen Kommission und Vizechefin der Partei, Renate Schmidt, die Erhöhung des Kindergeldes auf 600 Mark fordert. Aber damit hat sie in ihrer Partei keine Begeisterung ausgelöst. Im Gegenteil, die Diskussion darüber ist ausgeblieben, die Partei verweigert das Denken in familienpolitischen Konzepten. Sie sieht Familie vorwiegend als Sozialfall, abhängig vom Lohn des oder der Erwerbstätigen, mithin der Arbeitswelt außer Haus. So dachten übrigens auch Marx und Engels.

Das neue Konzept-Denken jedoch fängt da an, wo es nicht nur um Lastenausgleich, sondern um Gerechtigkeit im allgemeinen und um Leistungsgerechtigkeit im besonderen geht. Der Begriff der Arbeit muß neu durchdacht werden. Dann wird man vielleicht auch in der SPD einmal begreifen, daß es sich dabei nicht nur um ein Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dreht, sondern auch um eine persönliche Bereicherung. Über die Arbeit identifiziert sich der Mensch nicht nur im sozialen Raum, er situiert sich auch in der Schöpfung, deshalb hat die Arbeit außer der objektiven auch eine subjektive Komponente. Von solchen Gedanken sind die Sozialdemokraten heute weit entfernt. Man muß sie als Politiker nicht unbedingt haben. Die Erkenntnis, daß den Familien wenigstens Leistungsgerechtigkeit geschuldet wird, würde schon genügen.

Gedanken zur Zeit:

Friedrich I. – von der Geschichte schlecht behandelt

Erinnerungen an den vor 300 Jahren in Königsberg gekrönten ersten Preußen-König/ Von Rüdiger Goldmann

Friedrich I., König in Preußen, ist Königsberg, der alten Hauptstadt des Herzogtums Preußen, in doppelter Weise verbunden: Er wird dort 1657 als Sohn Luise Henriettes von Oranien und ihres Mannes, des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Preußen (des Großen Kurfürsten) geboren und krönt sich in der Schloßkapelle der alten Ordensstadt am 18. Januar 1701 zum König in Preußen. Daran und an seinem Leben ist so manches merkwürdig, aber außer diesem Ereignis – das der Universalgelehrte G. W. Leibniz „eine große Zeitbegebenheit" genannt hat – ist wenig bekannt, und auch dieser Vorgang ist der auffrischenden Erinnerung wert.

Sebastian Haffner hat auf die schlechte Behandlung dieses Königs in der preußisch-deutschen Geschichtsschreibung hingewiesen. Dies zeigt sich auch heute noch in knappen Ausführungen über ihn, zum Beispiel im recht voluminösen Handbuch der Europäischen Geschichte, in dem er auf einer halben Seite im wahrsten Sinne „abgehandelt" wird.

Auch die wenig liebenswürdige und allzu anatomisch bestimmte Titulierung als „schiefer Fritz", in der er auch in der Genealogie des Preußen-Museums in Wesel wieder erscheint – es handelt sich dabei um eine Berliner Spottbezeichnung –, ist kaum geeignet, seine Leistungen zu würdigen. Seine Nachfolger verdunkelten durch ihre Politik und ihre sehr gegensätzliche Lebensweise sein Bild in der Geschichte, und Friedrich der II., der Große, traf gar das Urteil: „Er war groß im Kleinen und klein im Großen".

Seine „eigentliche Großtat" (Haffner) war der Erwerb des Königstitels, ohne kriegerischen Waffenruhm – durch diplomatische Verhandlungen, die Gunst der Zeit und die Not Kaiser Leopolds nutzend, der für seine Kriege gegen Frankreich im spanischen Erbfolgekrieg und gegen die Türken die schon bewährten preußischen Soldaten benötigte.

Die Krone gestand ihm der Habsburger nach langem Zögern nach dem alten Grundsatz: „Do, ut des" zu – er wollte keinen neuen „König der Vandalen" –, aber nur außerhalb des Reichsgebietes, wo der Brandenburger seit 1660 souverän war. Westpreußen unterstand nämlich damals noch der polnischen Krone (August der Starke von Sachsen). Der brandenburgisch-habsburgische Vertrag wurde am 16. November 1700 abgeschlossen, die Nachricht traf Ende November in Berlin ein, und daraufhin begab sich im Januar ein riesiger Zug in vier Abteilungen nach Königsberg, wo man nach zwölf Tagen eintraf.

Mit großem Pomp und hohem finanziellen Aufwand beging man die Krönungsfeierlichkeiten, die Krönung führte Friedrich selbst in der Schloßkirche mit eigenen Händen durch, krönte Sophie Charlotte ebenfalls in ihren Gemächern, ergriff Szepter und Reichsapfel und ließ sich vom Oberhofprediger salben (unter anderem dargestellt auf einem Gemälde von Werner 1890, Haus Doorn, Holland).

Die Juwelen in der Krone (leider verschollen) wurden durch den Hofjuden Liegmann in Venedig gekauft und kosteten 180000 Taler, die Diamantknöpfe des Krönungsmantels pro Stück 1000 Taler. Das Szepter – vielleicht auch nur der große Rubin – war ein Geschenk von Zar Peter dem Großen.

Für die Bevölkerung gab es Ochsen am Spieß, die Königsberger Brunnen spendeten Wein, Tausende Taler wurden in die Menge geworfen. In den umliegenden Wäldern jagte man Wisent, Bär und Wolf, und der König erließ eine Amnestie für Gefangene mit kleineren Verbrechen.

Erst im Mai des Jahres zog der Hof im Triumph à la Caesar mit 63 Karossen in Berlin ein, vom Volk in festlich geschmückten Straßen freundlich empfangen. Die neue Würde und die Festlichkeiten bescherten den Einwohnern eine Kronsteuer von 500 000 Talern.

„Wir, Friedrich von Gottes Gnaden, König in Preußen, Markgraf zu Brandenburg, des Hl. Römischen Reiches, Erz-Cämmerer und Churfürst, Souveräner Prinz von Oranien, Cleve, Jülich, Berge, Stettin, Pommern ... der Marck, Ravensberg ..." konnte er sich nun nennen. Nur Papst Clemens X. und der Deutsche Ritterorden protestierten und blieben bis 1787 beim „Marchese die Brandenburgo". Ja der Papst ließ abschätzig verlauten, „einem solchen Menschen die königlichen Ehren zu erweisen, hieße dem Teufel die Hand reichen." Auch das Königreich Polen zögerte noch einige Jahrzehnte mit der Anerkennung.

Friedrich I. wurde ein teurer König: 30 000 Soldaten kämpften für Hilfsgelder – die ab und zu ausblieben – im Spanischen Erbfolgekrieg. Der Hohenzoller vermied jedoch das Wagnis eines Bündnisses zum Beispiel mit Rußland gegen Schweden.

Der neue Rang hatte seinen Preis: Alles mußte nach französischem Vorbild im Überfluß vorhanden sein – vom Schokoladenaufseher bis zur Hofwehmutter. Zahllose Feste, teure Geschenke für Besucher und Hofbedienstete, Lustschiffe auf Spree und Havel, rund 25 Schlösser in und um Berlin (von Oranienburg über Glienicke bis Niederschönhausen) mußten ausgebaut und unterhalten werden. Einige wie Schloß Rosenthal ließ der Nachfolger bis zum Abriß verkommen. Auch der Musenhof von Sophie Charlotte auf Schloß Lietzenburg – später nach der Königin Charlottenburg genannt –, der Umbau des Berliner Stadtschlosses durch Andreas Schlüter, dem dabei ein schrecklicher Baufehler unterlief, hatten ihren Preis.

Hinzu kamen so verdienstvolle Gründungen wie die der Sozietät der Wissenschaften, der Akademie der Künste, der Universität Halle sowie zahlreicher Schulen, unter anderem in jedem Dorf des etwas zurückgebliebenen Hinterpommern.

Vermeidbare Belastungen vielfältiger Art entstanden durch die königlichen Mißgriffe bei der Berufung von Ministern. Mit alldem war das noch verhältnismäßig kleine Land mit seinen 1,5 Millionen Einwohnern auf 110 000 Quadratkilometer überfordert, obwohl der König die Peuplierung seines Vaters (der Gr. Kurfürst hatte 1685 durch das Edikt von Potsdam 20 000 Hugenotten aufgenommen) noch in bescheidenerem Ausmaß fortsetzte.

Drei Merkwürdigkeiten am Rande: sein Verhältnis zu Sophie Charlotte, einer intelligenten und schönen Frau, die schon mit 37 Jahren verstarb, war nicht das beste. Sie ertrug es gerade, seines Besuches nach Charlottenburg voraussandte. Sie erhielt ein pompöses Begräbnis. Nach ihrem Tod ging er wieder eine – noch unglücklichere Verbindung ein.

Er brachte es auch zu einer besonderen preußischen Erfindung, einer Renommier-Maitresse, der maitresse en titre, namens Katharina von Wartenberg, deren Mann ein übler Intrigant war, der schließlich sein Amt aufgeben mußte und unter Mitnahme einer riesigen Geldsumme nach Frankfurt/Main verzog.

Auch ein angeblich italienischer Graf trieb als Goldmacher eine Zeit lang sein Unwesen, betrog den König in schamloser Weise und endete am Galgen.

Die Verschwendungs- und Prunksucht führte zur Mißwirtschaft: zu hohen Steuern, die von rücksichtslosen Steuerpächtern eingetrieben wurden, keine Hilfe beim Ausbruch der Pest in Ostpreußen (1708 bis 1710), die 200 00 Menschen dahinraffte (30 Prozent). Stattdessen hortete er in den Kellern des Berliner Schlosses riesige Schätze.

Zwölf Jahre nach seiner Krönung starb der erste König Preußens und hinterließ seinem Sohn Friedrich Wilhelm I., der schon lange auf die Nachfolge – wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg – vorbereitet worden war, einen aufgeblähten Hofstaat und viele Schulden.

Friedrich I. erreichte politisch keine Gleichberechtigung mit den anderen großen Staaten Europas. Er schuf jedoch die Grundlage für die künftige Größe Preußens. Seinem eigenen Wahlspruch: Suum cuique – Jedem das Seine – konnte er nicht gerecht werden. Unter seinen Ministern kann nur das Wirken des Westfalen Eberhard von Danckelmann positiv bewertet werden, und diesem wurde es schlecht gedankt. Friedrich war ein Barockfürst, empfand sich aber aus calvinistischem Geiste als Diener seines Staates. Berlin machte er zum Spree-Athen, Sophie Charlotte strahlt noch heute mit ihrem Musenhof Charlottenburg.

Mit der Königswürde verband er die weit auseinanderliegenden Territorien von Ostfriesland bis Königsberg zu einem Staat. Das damit entstehende preußische Staatsbewußtsein ist zweifellos auch sein Verdienst.

Michels Stammtisch

Einäugig

Der Stammtisch im Deutschen Haus war empört: 20 Skinheads in München hatten in der Nacht zum 13. Januar 2001 einen 31jährigen Griechen zusammengeschlagen und am Kopf schwer verletzt. Die Medien, vom Fernsehen samt ihren Videotextseiten über den Rundfunk bis hin zu den Zeitungen berichteten darüber ausführlich. Sie fügten hinzu, daß nach einer anschließenden Massenschlägerei „15 Rechtsextremisten" festgenommen worden seien. Jedermann in Deutschland konnte von dieser Gewalttat erfahren und wird sie verurteilen, meinte der Stammtisch.

Dann wurde am Stammtisch berichtet, daß kürzlich im westfälischen Kreis Unna rund 20 Ausländer am hellichten Tag einen 17jährigen Deutschen mit kurz geschnittenen Haaren umringten. Er flüchtete, doch die Schläger erwischten seinen zu Hilfe eilenden Zwillingsbruder. Nach Polizeiangaben schlugen einige Gewalttäter den Jugendlichen mit Steinen auf Kopf und Körper, während andere den auf dem Boden liegenden jungen Mann mit einer Gaspistole beschossen. Zwei Gewalttäter wurden festgenommen, gegen sie liefen bereits Strafanzeigen, weil sie schon mehrfach durch Gewalttaten aufgefallen waren.

Außer den Lesern des „Hellweger Anzeigers" und einer Fünfzeilenmeldung im nur 20 Kilometer entfernten Dortmund erfuhr jedoch niemand in Deutschland von der Gewalttat in Unna. Das allerdings unterscheide diese Tat von der in München, stellte der Stammtisch fest. Doch selektive Berichterstattung helfe nicht beim Kampf gegen jede Art von Gewalt. Darum gehe es heute. Gewaltbereitschaft dürfe auch keine Stufe der politischen Karriereleiter sein, selbst für 68er nicht, die sich ihrer Vergangenheit schämen sollten, statt auf sie stolz zu sein.

Euer Michel

In Kürze

Gedenken unerwünscht

Die Verwaltung des Königsberger Gebietes möchte die erste preußische Königskrönung offenkundig am liebsten ignorieren. Sie verzichtete auf einen offiziellen Festakt zum 300. Jahrestag, ließ sich bei der Feier in Berlin nur durch den stellvertretenden Gouverneur vertreten und signalisierte dem Deutsch-Russischen Haus, so dessen Direktor Sergej Henke, daß ein größeres Programm bei ihr nicht gut ankäme.

Ed Fagan klagt wieder

Ed Fagan, bekannt durch seine Klagen vor US-Gerichten auf deutsche Reparationszahlungen, hat im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe von Kaprun eine Milliardenklage gegen österreichische Firmen eingereicht. Ob sich das Bezirksgericht in New York für zuständig erachtet, steht noch nicht fest, doch wird dieses erwartet, da die betreffenden Firmen Vermögenswerte in den USA besitzen. Angesichts dieser Entwicklung fragen sich immer mehr Wirtschaftstreibende, ob das Risiko von Zweigniederlassungen in den Vereinigten Staaten überhaupt vertretbar ist.

Promotionsstipendium

Qualifiziertem Nachwuchs der Geschichte und benachbarter Fächer möchte die Zeit-Stiftung durch finanzielle Förderung „die Möglichkeit bieten, sich im Rahmen einer Dissertation mit Aspekten der Vergangenheit der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn vom Mittelalter bis zur Gegenwart auseinanderzusetzen". Bewerbungsunterlagen können bei der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Feldbrunnenstraße 56, 20148 Hamburg, angefordert und übers Internet unter „www.zeit-stiftung.de" heruntergeladen werden. Bewerbungsschluß ist der 28. Februar 2001. Ob auch Bewerber, die sich im Sinne der Landsmannschaften zur Geschichte des deutschen Ostens bekennen, eine Chance erhalten, bleibt abzuwarten.

Selbstkritik Schmudes

Jürgen Schmude, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bundesminister a.D., wirft sich und seiner Kirche vor, im Falle Sebnitz nicht auf Besonnenheit und Mäßigung gedrängt zu haben. Er verbindet die Kritik mit der Hoffnung, daß das „Unheil" „nicht nur den Urhebern, sondern auch denen eine Lehre sein" wird, „die die Kampagne nicht mutig gebremst haben".

EU-Ermittlungen

Gegen Edith Cresson und Martin Bangemann sind behördlicherseits Ermittlungen eingeleitet worden. Der französischen Ex-EU-Forschungskommissarin werden Urkundenfälschung, Betrug und Dokumentenmißbrauch vorgeworfen; dem deutschen Ex-EU-Industriekommisar wird der Mißbrauch von Dienstfahrzeugen für Privatfahrten zur Last gelegt.

Enttäuschter Rückzug

Werner Schmidt, ehemaliger Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, hat dem Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin seinen Rückzug aus der Fachgruppe Museen bei der deutsch-russischen Regierungskommission zur Rückführung von Beutekunst mitgeteilt. Schmidt begründet seinen Schritt damit, daß die Duma und das russische Verfassungsgericht sich über die Rückgabeverträge von 1990 und 1992 hinweggesetzt hätten und sowohl die Schröder- als auch die Kohl-Regierung nicht energisch reagiert, sondern stillschweigend weitergezahlt habe.

Pakistan:

Terror als „Heiliger Krieg"

Hintergründe der islamischen Dschihad-Kultur/Von Stefan Gellner

In der Ausgabe 11/12-2000 des einflußreichen amerikanischen Periodikums „Foreign Affairs" findet sich ein höchst informativer Beitrag der amerikanischen Politologin Jessica Stern über die „Kultur des Heiligen Krieges in Pakistan". Stern ist derzeit als Dozentin an der Harvard Universität tätig und Mitglied des Rates für ausländische Angelegenheiten der USA. 1994 bis 1995 arbeitete sie in exponierter Position für den Nationalen Sicherheitsrat der USA als Expertin für Rußland und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. In dieser Position war sie verantwortlich für die Sicherheitspolitik der USA gegenüber diesen Staaten beziehungsweise für die Bekämpfung von Uranschmuggel und Terrorismus. Über das Thema Terrorismus hat sie ein Buch („The ultimate Terrorists", 1999) und eine Reihe von Artikeln publiziert. Stern ist also eine ausgewiesene Expertin für das Thema „Terrorismus". Darüber hinaus dürften ihre Publikationen auch den Stand der Meinungsbildung innerhalb der US-Regierung wiedergeben.

In ihren Foreign-Affairs-Betrachtungen über die Rolle des militanten Islams in Pakistan geht Stern mit den terroristischen Traditionen des Landes ins Gericht. Wie ernst die USA die Gefahren der von Stern so genannten „Dschihad-Kultur" Pakistans nehmen, zeigt die Tatsache, daß die US-Regierung die terroristische Gefahr in Südasien inzwischen höher als die im Mittleren Osten einstuft. In der Wahrnehmung des Westens, so Stern, fokussiere sich das Problem in der Regel auf die Auseinandersetzungen um den Kaschmir. Pakistan leiste dieser Sichtweise Vorschub, indem es die im Kaschmir agierenden Guerillas als „Freiheitskämpfer" bezeichne. Diese würden, so Pakistans Militärherrscher General Pervez Musharraf, einen „Heiligen Krieg" führen, der keineswegs mit „Terrorismus" gleichzusetzen sei.

Stern sieht insbesondere zwei Gründe, warum Pakistan die sogenannten „Mudschaheddin" unterstützt. Einmal verzeihe Pakistan Indien nicht dessen angebliche Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen des ehemaligen Ostpakistans, des heutigen Bangladesh. Zweitens stelle Indien Pakistan sowohl in Hinsicht auf die Bevölkerungsentwicklung als auch auf die militärische und ökonomische Stärke in den Schatten. 1998 investierte Indien zum Beispiel zwei Prozent seines sich auf 469 Milliarden Dollar belaufenden Bruttosozialproduktes (BSP) in das Militär. Pakistan investierte zwar fünf Prozent seines BSP in Militärausgaben, dieses belief sich aber nur auf 61 Milliarden Dollar. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Unterstützung der sogenannten „Mudschaheddin" durch Pakistan. Diese sind in der Lage, relativ große Kontingente der indischen Armee im Kaschmir zu binden. Stern weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß derzeit rund 400 000 indische Soldaten im Kaschmir stationiert sind.

Die „Gotteskämpfer" sind inzwischen eine Art von Export-Schlager

Rekrutiert werden die „Gotteskrieger" aus den „Schulen des Hasses". So bezeichnet Stern die islamischen religiösen Schulen (Madrasahs), die über ganz Pakistan verstreut sind. Sie böten nicht nur eine kostenlose Erziehung, sondern auch gebührenfreie Kost und Logis. Darüber hinaus würden die Zöglinge sogar noch kostenlos eingekleidet. Viele Madrasahs beschränkten sich aber ausschließlich auf die Vermittlung religiöser, meint: islamischer Prinzipien. Einige Schulen, so Stern, setzten den „Dschihad" mit dem terroristischen Guerillakrieg gleich. Diese hielten ihre Schüler dazu an, ihren „spirituellen Verpflichtungen" nachzukommen, in dem sie gegen die Hindus im Kaschmir kämpften. 40 000 bis 50 000 religiöse Schulen soll es in Pakistan geben, registriert seien aber nur etwa 4350. Befragt nach ihren Zielvorstellungen, geben die Zöglinge dieser Schulen unumwunden zu, daß ihr Vorbild das Taliban-Regime in Afghanistan ist. Ein von Stern interviewter 19jähriger „Gotteskrieger" läßt durchblicken, daß der „heilige Krieg" mit der Rückeroberung des Kaschmir keineswegs beendet sei. Ganz Pakistan müsse zu einem islamischen Staat nach Taliban-Vorbild werden.

Aus westlicher Sicht muß beunruhigen, daß Pakistans „Gotteskrieger" inzwischen zu einem Exportartikel geworden ist, der den „Dschihad" über die ganze Welt auszubreiten droht. Warum gerade Pakistan eine derartige Rolle einnehme, beantwortet Stern mit dem Hinweis auf die desaströsen Folgen der gegenwärtigen Regierungspolitik. Die darniederliegende Wirtschaft und korrupte Eliten seien die Wurzel vieler Probleme. Pakistan investiere, so Stern, lieber in Waffen als in das öffentliche Erziehungs- oder Gesundheitssystem. Nicht unterschlagen werden sollte in diesem Zusammenhang, daß die USA maßgeblich an der Weckung eines ersten „internationalen Dschihads" in Afghanistan beteiligt waren, um die Sowjetunion zu schwächen. Darauf nimmt ein von Stern interviewter pakistanischer Beamter Bezug, wenn dieser erklärt: „Der Dschihad ist eine geistige Haltung. Er hat sich über Jahre hinweg während des Afghanistan-Konfliktes entwickelt. Diese Haltung kann nicht innerhalb von 24 Stunden verändert werden."

Milliardenpoker in Paris

Neue Affären erschüttern Frankreich/Von Pierre Campguilhem

Gegen eine Amnestie in den Parteispendenaffären hat sich Frankreichs Staatspräsident Chirac ausdrücklich bei einem Fernsehinterview Mitte Dezember ausgesprochen. Im Vorfeld der Elysée-Wahl, die in etwas mehr als einem Jahr abgehalten werden soll, gibt es seit einiger Zeit heftige Pressekampagnen an der Seine, wobei das Staatsoberhaupt gefordert wird, sich von den Ermittlungsbehörden als Zeuge bezüglich der Finanzpraktiken der großen Parteien der Fünften Republik vernehmen zu lassen. In seinen Erklärungen bedauerte der Staatschef, von der Presse diffamiert zu werden und griff scharf jene „Schaujustiz" an, die das Klima des öffentlichen Lebens in Frankreich vergifte.

Bei der neuen Affäre, die so sehr die Zeitungen und die politische Klasse beschäftigt, geht es um vermeintliche Geldunterschlagungen bei Verträgen, die das Schulwesen der Pariser Gegend betreffen. Gravierend für Chirac ist es, daß sein ehemaliger Kabinettsdirektor im Pariser Rathaus, Michel Roussin, fünf Tage in Untersuchungshaft hat sitzen müssen.

Nach Aussagen von anderen Verdächtigen in dieser Affäre soll Roussin die Aufsicht über die Verteilung von Schmiergeldern zwischen der gaullistischen „Rassemblement pour la République", der konservativen Partei Républicain und der Sozialistischen Partei, die ihrerseits der kommunistischen Partei einen Anteil zugewiesen hätte, ausgeübt haben. Von 28 Milliarden Francs, die zwischen 1989 und 1996 von der Pariser Gegend („Région Ile-de-France") für die Gymnasien ausgegeben wurden, seien 600 Millionen getarnt und gesetzwidrig zu den Hauptparteien gegangen.

Staatspräsident Chirac will von diesen Dingen nichts gewußt haben

Die „Union pour la Démocratie Francaise" des Altpräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, die angeblich in diesen Skandal nicht verstrickt ist, spricht von „einer moralischen und politischen Krise" der Republik, was sich natürlich auch dadurch erklären läßt, daß ihr Vorsitzender, Francois Bayroug, 2002 für den Elysée-Palast kandidieren will.

Nach einer Meinungsumfrage, die von der Sonntagszeitung „Le Jounal du Dimanche" (unabhängig) veröffentlicht wurde, bezweifelten die meisten Befragten, daß Jacques Chirac als Oberbürgermeister von Paris und Vorsitzender der Rassemblement pour la République nichts von den Finanzierungspraktiken seiner eigenen Partei gewußt hätte. In seinem Fernsehinterview wirkte der gegenwärtige Staatschef sehr geschickt und nach Ansicht der meisten Befragten „ausgezeichnet", da er ständig auf die Notwendigkeit verwies, die Justizbehörden ihre Pflicht und Aufgabe machen zu lassen. Er glaube nicht an einen Korruptionspakt innerhalb des Rates der „Ile de France" und äußerte seine Hoffnung, die Justiz werde die ganze Angelegenheit aufklären. Er scheint aber die Franzosen nicht davon überzeugt zu haben, daß die Schatzmeister der großen Parteien die vermeintlich dubiösen Finanzierungspraktiken wirklich nicht hätten erkennen können.

Auf jeden Fall hat es den Anschein, daß das politische Leben in Frankreich von den großen Parteien zur Zeit stark reglementiert und eingeengt wird. So wurden Beigeordnete im Pariser Rathaus, die Unregelmäßigkeiten beim Zuteilen von Bauaufträgen gebrandmarkt hatten, gehindert, sich auf der Liste der RPR bei der Wahl zur Nationalversammlung und den Regionalwahlen zu bewerben.

Zitate · Zitate

„Ich habe aus allem mir Bekannten den Schluß gezogen, daß Joseph Martin Fischer die Führungsfigur schlechthin in der Gewaltgruppe war und auch parallel agierende Gewaltgruppen de facto mitstrukturierte."

Bettina Röhl
Journalistin, Fotohändlerin und Tochter von Ulrike Meinhof

„Ohne meine Biographie wäre ich heute ein anderer, und das fände ich gar nicht gut."

Joseph Martin Fischer
(Bündnis 90/Die Grünen)
Bundesaußenminister

„Ich betrachte das Einschlagen auf Polizisten nicht als Jugendsünde"

Laurenz Meyer
CDU-Generalsekretär

„Ich bin nicht liberal. Wir Christen sollten nicht liberal, sondern radikal sein."

Franz Kamphaus
Bischof von Limburg

„Der Arbeiter am Fließband oder der Kumpel unter Tage muß sich krumm legen, damit die Rente der Homo-Witwe mitfinanziert wird."

Johannes Singhammer (CSU)
Sozialpolitiker

„Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, der hat sie am falschen Körperteil."

Peter Müller (CDU)
saarländischer Ministerpräsident

„Ich bin beunruhigt darüber, daß immer, wenn es um Personen aus dem Westen geht, Juristen auf den Plan treten und mit fein gesponnenen Argumentationen neue Interpretationen des Gesetzes hervorbringen. Ich mußte es als Opfer der Stasi ertragen, meine Akte in der Zeitung zu finden."

Reinhard Höppner (SPD)
Ministerpräsident Sachsen-Anhalts

„Wenn ich Ihre Zwischenrufe höre, nehmen bei mir die Zweifel, ob BSE auf den Menschen übertragen werden kann, noch weiter ab."

Friedrich Merz
CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, zu Zwischenrufern auf der Regierungsbank

Be-Es-Ethik

Dank Be-Es-Eh weiß jedes Kind,
daß Hirn und Rückgrat schädlich sind, –
doch dank Bewältigungsgeschwätz
ist's ohnehin schon längst Gesetz:
Mußt buckeln hier und kriechen dort,
dich melken lassen immerfort,
und fremdes Vieh wird unterstützt,
bis selber du in Gülle sitzt.

Die Be-Es-Ethik lautet schlicht:
Was andre dürfen, darfst Du nicht,
dein Tun und Lassen immerdar
diktiert ein ferner Kommissar,
und selbst wenn dir der Blinddarm raucht,
wird dafür ein Ukas gebraucht, –
der sagt dir dann nach Jahresfrist,
woran du einst gestorben bist.

Pannonicus

Rückkehr der Tuberkulose:

Keine Infektion ist tödlicher

Das Baltikum ist ein wichtiges Vorfeld europäischer TBC-Bekämpfung / Von Martin Schmidt

Ältere Deutsche können sich noch an die Zeit erinnern, als – lange vor Aids und Creutzfeldt-Jakob – die Tuberkulose (TBC) hierzulande großen Schrecken auslöste.

Obwohl Robert Koch das Tuberkel-Bakterium bereits 1882 entdeckt hatte, forderten neben Typhus- auch TBC-Infektionen in der von Hunger, Erschöpfung und schlechter Hygiene geprägten Nachkriegszeit etliche Opfer.

Erst im Zuge des „Wirtschaftswunders" bekam man unter Verwendung eines im Krieg entdeckten Wirkstoffes die auch als Schwindsucht bezeichnete Krankheit in den Griff. Die seit Beginn der Industriellen Revolution weite Teile des immer dichter bevölkerten Europas in Schrecken versetzende Infektion, die im 19. Jahrhundert beispielsweise in Österreich alljährlich etwa 1,2 Millionen Todesopfer forderte, verschwand zusehends aus dem Blickfeld.

Die Massentierhaltung unserer Tage wurde überhaupt erst möglich, nachdem auch die Tierseuche Tuberkulose ausgemerzt werden konnte. Diese war einst, bevor eine staatliche Fleischaufsicht und das Pasteurisierungsverfahren für Milch existierten, eine häufige Ansteckungsursache für Darmtuberkulose beim Menschen.

In den 70er Jahren glaubte man sogar, TBC sei – wenigstens in den westlichen Industriestaaten – für immer besiegt. Nicht nur in den Vereinigten Staaten wurden die Organisationen zur Tuberkulosebekämpfung aufgelöst.

Doch schon ein Jahrzehnt später erwies sich das als Irrtum. Infolge von Aids, Drogenkonsum und Massenzuwanderung gab es auch in der sogenannten Ersten Welt wieder einen starken Anstieg der TBC-Fälle. Besonders dramatisch ist die Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. In Rußland wurden die Gefängnisse mit ihren etwa eine Million Insassen zu äußerst gefährlichen Infektionsdrehscheiben. In manchen von ihnen sind fast 100 Prozent der Inhaftierten Tuberkulose-positiv. Aber auch das Baltikum ist massiv betroffen. Letzteres hat die skandinavischen Länder und die Europäische Union auf den Plan gerufen.



Krank vor Hunger: Danziger Vertriebenenkinder im Jahre 1945

Lettland, Schweden und die EU bauen zur Zeit in Riga ein großes TBC-Forschungszentrum auf, und die Gesundheitsminister Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Islands und Finnlands unterzeichneten bereits am 14. Januar 2000 mit Estland, Lettland und Litauen einen Kooperationsvertrag „NOTBC Baltics". Für die Dauer von zwei Jahren werden über 3,7 Millionen Mark an Sonderhilfen zur Tuberkulose-Bekämpfung bereitgestellt.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung multiresistenter Tuberkulosestämme, die bislang nicht erfolgreich behandelt werden können. Nach aktuellen Angaben, die der Virologe Prof. Reinhard Kurth, Leiter des Berliner Robert-Koch-Instituts, gegenüber dem „Spiegel" machte, liegt deren Anteil in Rußland und im Baltikum bei erschreckenden 30 Prozent. Dennoch besteht zumindest in Staaten mit einem allgemein guten Lebensstandard, das heißt vor allem ausreichender Ernährung und der Verfügbarkeit von Antibiotika, kein Grund zur Panik. Bei intaktem, also nicht durch Hunger, Erschöpfung, Alkohol- und Drogenkonsum oder Aids geschwächtem Immunsystem, erkranken „nur" drei Prozent der an TBC Infizierten.

Sorge bereitet die rasante Zunahme von Tuberkulose trotzdem. Denn TBC-Infektionen sind vergleichsweise leicht möglich: der bloße Kontakt mit einer an offener Tuberkulose erkrankten Person reicht aus (Sprechen, Niesen etc).

Während bisher erst knapp 90 von BSE verursachte Creutzfeldt-Jakob-Tote zu verzeichnen sind, liegt die Zahl der an Tuberkulose erkrankten Menschen weltweit bei schätzungsweise 10-15 Millionen.

Alle zehn Sekunden stirbt jemand an TBC; das sind 800 Personen täglich und zwei bis drei Millionen jedes Jahr. Keine Infektionskrankheit fordert so viele Opfer.

Die am stärksten betroffenen Regionen sind Südostasien mit 2400 TBC-Fällen und 840 Toten auf eine Million Menschen sowie Afrika mit 2140 bzw. 850 Betroffenen (über 40 Prozent aller Aids-Patienten sterben dort an Tuberkulose). Für das östliche Europa liegt die Quote bei 470 bzw. 70.

In Deutschland werden jedes Jahr rund 10 000 Tuberkulosefälle neu diagnostiziert. Einen Teil davon stellen Aids-Kranke und Obdachlose. Aber auch der Zuwachs bei Aussiedlern, speziell Rußlanddeutschen, ist auffällig. 1996 stellten diese noch 4,6 Prozent aller Betroffenen, 1998 schon 6,3 Prozent.

Offene, also ansteckende Tuberkulose unterliegt hierzulande dem Bundesseuchengesetz und ist seit Jahresbeginn zentral an das Robert-Koch-Institut in Berlin zu melden. Impfungen werden nur ausnahmsweise empfohlen – für Kinder mit erhöhtem Infektrisiko (zum Beispiel einem erkrankten Elternteil) oder für den Nachwuchs zugewanderter Familien aus Regionen mit hoher TBC-Rate.

Schweizer Behörden haben darauf hingewiesen, daß es sich bei rund der Hälfte der TBC-Kranken in der Eidgenossenschaft um Gastarbeiter oder Asylanten handelt. Hier ist eine Dimension der Verbreitung gefährlicher Infektionen erkennbar (man denke auch an den Ebola-Virus), die bei Diskussionen über die Massenzuwanderung oder die Vorbereitung für die EU-Osterweiterung nicht ausgeblendet werden dürfen.

Blick nach Osten

Spendenaffäre in Polen

Warschau – Der polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek hat am 10. Januar die Führung der regierenden Wahlaktion Solidarität (AWS) von Solidarnosc-Gewerkschaftschef Marian Krzaklewski übernommen. Der nach seiner Niederlage gegen Kwasniewski bei der letztjährigen Präsidentschaftswahl politisch zunehmend geschwächte Krzaklewski muß sich in diesen Tagen mit dem Vorwurf auseinandersetzen, illegale Spenden des polnischen Ölkonzerns „Orlen" erhalten zu haben. Dieser soll den Präsidentenwahlkampf des Gewerkschaftsaktivisten mit über 20 Millionen Zloty (etwa 10 Millionen Mark) unterstützt haben, obwohl das Gesetz bei Wahlkampagnen eine Spenden-Obergrenze von 12 Millionen Zloty pro Bewerber vorschreibt. Ein einzelnes Unternehmen darf sogar höchstens 70 000 Zloty bereitstellen.

Neuanfang in der Heimat

Görlitz/St. Annaberg – „Unser Oberschlesien", das Organ der Landsmannschaft der Oberschlesier, wird in Zukunft in Schlesien erstellt. Der von Alfred Theisen geleitete Senfkorn Verlag mit Sitz im niederschlesischen Görlitz sowie im oberschlesischen St. Annaberg übernimmt ab Januar die redaktionelle und verlegerische Leitung der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung vom Chmielorz-Verlag (Wiesbaden), der „Unser Oberschlesien" seit 1951 herausgegeben hatte. Neuer Druckort des Blattes ist Oppeln. Klaus Placzczek als Vorsitzender der Landsmannschaft und Verlagschef Theisen, der bereits mit seinem 1998 gegründeten Magazin „Schlesien heute" für Aufsehen sorgte, versprechen sich von dem Neuanfang „eine umfassendere und aktuellere Information aus der oberschlesischen Heimat sowie eine wachsende Verbreitung der Zeitung in Oberschlesien und damit auch eine Stärkung des Zusammenhaltes aller Oberschlesier". Außerdem soll eine Reihe redaktioneller und drucktechnischer Änderungen das Blatt attraktiver machen.

Polen:

Autofahrer aufgepaßt

Neuer Bußgeldkatalog erschwert Polizeiwillkür

Ende letzten Jahres ist in der Republik Polen ein neuer Bußgeldkatalog in Kraft getreten, der den bisherigen Bemessungsspielraum für Polizisten durch eindeutige Vorgaben beseitigt. Um ganz sicher zu gehen, dürfen die korruptionsanfälligen Ordnungshüter das Geld künftig bei inländischen Verkehrssündern nicht mehr selbst kassieren, sondern es muß überwiesen werden. Doch Achtung: Für Ausländer gilt diese Regelung nicht!

Auto-Reisende, die keine Haftpflichtversicherung nachweisen können, müssen fortan 3300 Zloty (der derzeitige Umrechnungskurs zur Mark liegt bei 2 : 1) statt bisher 2600 Zloty an den polnischen Versicherungs-Garantiefonds zahlen. Wer die Grüne Karte bloß zu Hause vergessen hat, wird trotzdem mit 250 Zloty (125 Mark) zur Kasse gebeten. Verbindlich ist auch die Mitnahme eines Feuerlöschers.

Der Gebrauch von Handys am Steuer ist ebenso verboten wie ein über ein Mindestmaß hinausgehender Alkoholgenuß. Die Obergrenze liegt bei 0,2 Promille.

Zügigen Fahrern, die innerhalb von Ortschaften um zehn Stundenkilometer zu schnell sind, drohen 50 Zloty Buße, während Raser, die 50 kmh zu viel auf dem Tacho haben, das Zehnfache berappen müssen und an die bundesdeutsche Verkehrssünderkartei in Flensburg gemeldet werden. Dort ahndet man mittlerweile auch gröbere Regelverstöße in Polen und der Tschechischen Republik mit den berüchtigten Punkten.

Verbotswidriges Überholen kostet im allgemeinen 250 Zloty. 400 Zloty werden jedoch demjenigen abverlangt, der auf einem Zebrastreifen überholt oder gar weiterfährt, obwohl Menschen die Straße überqueren wollen. Andererseits müssen auch Fußgänger zahlen, wenn sie direkt vor einem herannahenden Wagen die Fahrbahn betreten und damit einen schweren Unfall riskieren. Kostenpunkt: 100 Zloty.

In den Monaten Oktober bis Februar darf in Polen auch tagsüber nur mit Licht gefahren werden. Wer sich nicht daran hält und erwischt wird, den erwartet eine Strafe von 100 Zloty.

Der Grüne Pfeil ist in Zukunft nur noch gültig, wenn es sich nicht bloß um einen auf Metallschildern aufgemalten, sondern um einen ähnlich einer Ampel aufleuchtenden Pfeil handelt. Aber auch dort muß zuerst kurz angehalten werden, ehe das Rechtsabbiegen gestattet ist. **(MS/RL)**

Autonomisten in Mähren:

„Wir sind keine Tschechen!"

Um die mährischen Autonomisten ist es im letzten Jahrzehnt immer stiller geworden. Jetzt allerdings hat sich die nicht im Parlament vertretene Mährische Demokratische Partei (MDS) im Vorfeld der 2001 in Tschechien geplanten Volkszählung öffentlichkeitswirksam zu Wort gemeldet, indem sie am 8. Januar eine Klage gegen Petr Uhl, den Menschenrechtsbeauftragten der Regierung, einreichte.

Der Vorwurf lautet, Uhl habe sich des „Machtmißbrauchs" schuldig gemacht, weil er für die Volkszählungsbögen die Aufführung einer eigenen ethnischen Kategorie „Mährer" ablehnt.

Ihre Hochkonjunktur hatten die erstmals 1968 aufgetretenen regionalistischen Bewegungen der Mährer und der Schlesier (um Jägerndorf und Troppau) zwischen 1989 und 1992, also bis zum Zerfall des Kunststaates Tschechoslowakei.

Am Anfang ihrer Erfolgswelle stand im Wendejahr 1989 der Streit um Prager Subventionskürzungen für das Theater in der mährischen Hauptstadt Brünn.

Dieser mündete schon bald in allgemeine Forderungen nach mehr Regionalautonomie für Mähren-Schlesien oder gar nach Anerkennung der Mährer als einer von den Tschechen in Böhmen zu unterscheidenden Nationalität.

Parallel zu den slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen entstand im Frühjahr 1990 die „Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie – Gesellschaft für Mähren und Schlesien" (HSD-SMS). Ziel war eine „fundamentale Erweiterung der Selbstverwaltung" innerhalb des tschechischen Landesteils oder als drittes Föderationsobjekt neben Böhmen und der Slowakei.

Bei den ersten freien Wahlen vom Juni 1990 gewannen die Autonomisten mit dem Motto „Wir sind keine Tschechen!" sechs Prozent der Stimmen. Noch erfolgreicher war man bei der Volkszählung vom 3. März 1991. Damals bezeichneten sich über 1,36 Millionen von gut 15,5 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei nicht als Tschechen, Slowaken, Ungarn, Deutsche, Roma u. a., sondern als „Mährer" und weitere 45 223 als „Schlesier".

Während im hochindustrialisierten Norden des Landes um die Stadt Ostrau herum das Verhältnis von „Mährern" und „Schlesiern" zu „Tschechen" 1 : 5 betrug, hatten im Süden die Mährer mit 1,15 Millionen zu 982 000 Stimmen die Mehrheit. In Brünn bekannten sich zwei von drei Bürgern als Mährer und stellten sich in eine Traditionslinie, die die Erinnerung an das Großmährische Reich im 9. Jahrhundert ebenso beinhaltet wie fortwirkende Dialekt- und Mentalitätsunterschiede.

Das Auseinanderbrechen der CSFR beendete den autonomistischen Höhenflug. Die böhmische Mehrheit im neuen Parlament lehnte den von mährischen Abgeordneten vorgeschlagenen Namen „Tschechisch-Mährische Republik" ab und drängte die Regiorebellen im Osten mit antiseparatistischer Polemik immer weiter ins politische Abseits.

Ländliche Hochburgen der Regio-Rebellen

Daß deren Triebkräfte trotzdem bis heute vorhanden sind, zeigen die antizentralistischen Forderungen, die die Sozialdemokraten (CSSD) oder die Demokratische Bürgerallianz (ODA) seitdem in Mähren immer dann mit Erfolg betonen, wenn Wahlen bevorstehen. **Petra Schirren**

Beutekunst:

Über Amerikaner spricht man nicht

Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung (Teil II)

Von HANS-JOACHIM v. LEESEN

Von den 3500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1500 im Flak-Turm, darunter der „Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als „Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2000 Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind. Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann (siehe *OB*, Folge 2, Seite 7) muß im Ausland erscheinen!

Goldmann kommt zu einer hochinteressanten, wenn auch gewagten Schlußfolgerung, wenn er das Verschwinden wichtigster deutscher Kulturgüter in einen größeren Rahmen stellt. Er berichtet, daß nach Ende des deutsch-polnischen Krieges die in London residierende polnische Exilregierung eine Liste jener polnischen Kulturgüter aufgestellt hatte, die während des Krieges beschädigt oder zerstört wurden. Sie beabsichtigte, nach dem Krieg dafür von Deutschland Wiedergutmachung zu verlangen.

1941 begab sich einer der polnischen Kunstexperten, Dr. Charles Estreicher, in die USA, um dort mit Kollegen vom Metropolitan Museum of Art in New York über dieses Thema zu sprechen. Es war sein Ziel, Unterstützung in den USA für die polnischen Pläne zu finden. Die Exil-Polen hatten eine Liste aufgestellt, die nach der deutschen Niederlage zum Zuge kommen sollte. Auf ihr waren detailliert jene deutschen Kunstwerke und Museumsobjekte aufgeführt, auf die die Polen als Wiedergutmachung für Verluste im Krieg Anspruch erhoben. Beispielsweise standen darauf wichtigste Gemälde aus den Staatlichen Museen Berlin und aus dem Dresdner Staatsmuseum, so aus dem Kaiser-Friedrich-Museum alle Objekte der bedeutenden deutschen Maler, aus der Skulpturen-Galerie alle Bronzen und Skulpturen deutscher Schule, große Teile des Ägyptischen und des Antiken-Museums, die berühmten Wandteppiche, hergestellt nach den Entwürfen von Raphael, Kunstwerke aus dem Schloß-Museum usw.

Estreicher fand rasch in Amerika Unterstützung auch aus politischen Kreisen für die Pläne, daß Polen sich nach dem Kriege deutscher Kunstwerke bemächtigen sollte. Präsident Roosevelt griff das Projekt auf, eine „American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historic Monuments in Europe" zu gründen, eine „Amerikanische Kommission für den Schutz und die Rettung von künstlerischen und historischen Monumenten in Europa". Sie wurde bekannt unter dem Namen „Roberts Commission". Von vorn herein war vorgesehen, daß sie mit Großbritannien und der Sowjetunion zusammenarbeiten sollte, um die Wünsche der Sieger nach der deutschen Niederlage durchzusetzen, sich Wiedergutmachung zu sichern, indem man deutsche Kunstwerke usw. beschlagnahmt. Ein Verfahren, das als „Restitution in Kind" deklariert wird und eklatant gegen geltendes Völkerrecht verstößt.

Wissenschaftliche Arbeit über die Raubzüge in Deutschland mußte im Ausland erscheinen

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 „jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und „geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche „Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhafte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie „sicherzustellen". Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um „Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.

Über genaue Listen dessen, was sie sich aneignen wollten, verfügten US-Stellen seit 1941

Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, (wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich „entschädigen" wollten). Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.

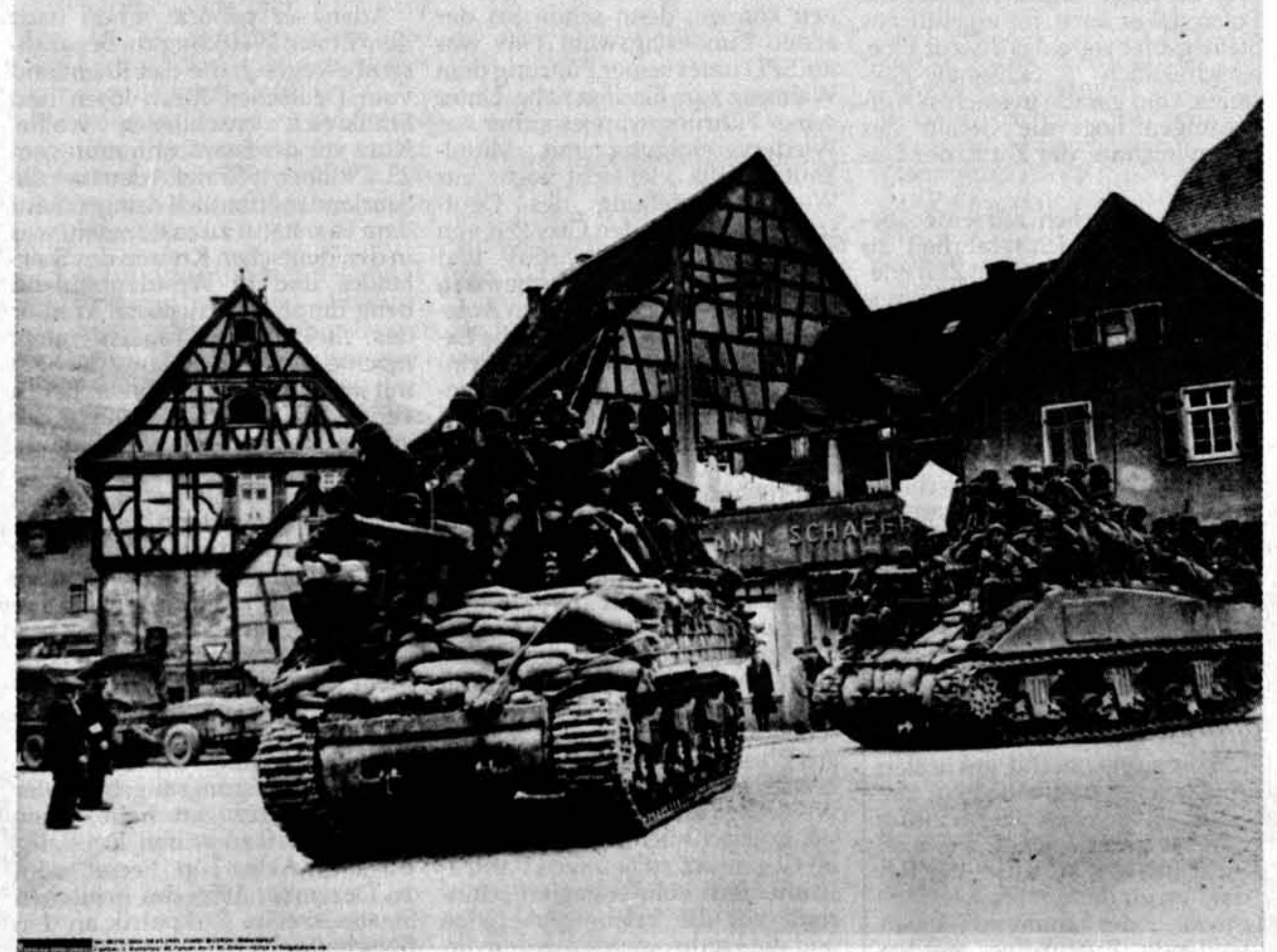
Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen (deutsche Übersetzung): „Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser ‚kulturellen Ziele' (gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, d.Verf.) die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden. Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle (Restitution Pools) sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"

Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären. Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seinen verbrannt oder zerstört. Dazu Goldmann: „Damit aber waren die Objekte tot, und forthin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."

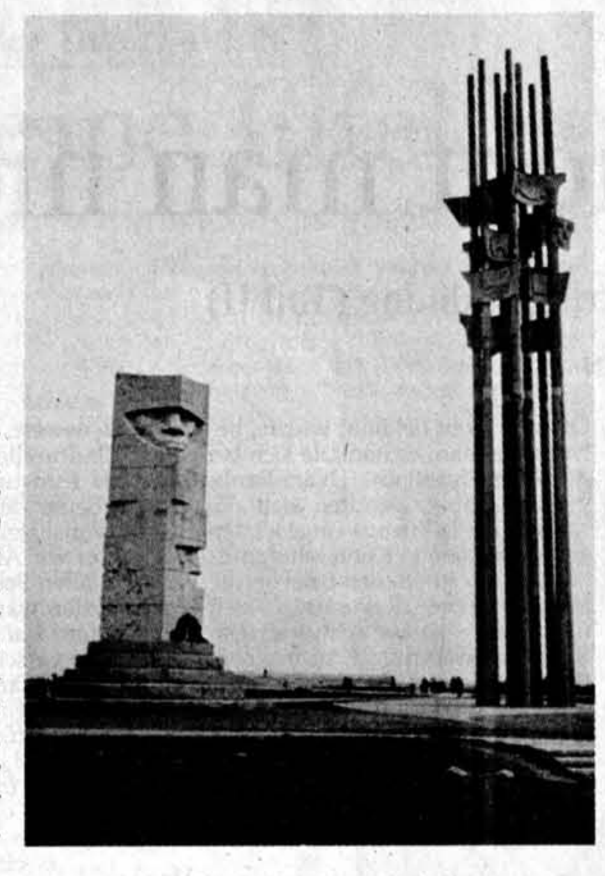
1985 brachte das Fernseh-Magazin „Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschätze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen ausfindig gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen. Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei „einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt „völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: „Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."

Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.

(Fortsetzung folgt)



Listen über zu raubende deutsche Kulturgüter schon im Gepäck: *US-Truppen beim Einmarsch in Heppenheim 1945* Foto Ullstein



„Grunwald"-Denkmal bei Grünfelde: *Die Frage, wer 1410 in der Schlacht von Tannenberg, die auf polnischer Seite jene von Grunwald genannt wird, gegen wen kämpfte, bewegt die Gemüter*
Foto Archiv

Konrad Adenauer – ein Beispiel der Würde

Betr.: Folge 1/01 – „Leitfigur im Sinne der preußischen Tugenden"

Der neue Chefredakteur des *Ostpreußenblattes*, Herr Hans-Jürgen Mahlitz, hat in Jg. 52, Nr. 1 an herausragender Stelle eine Seite über Adenauer als „Leitfigur der preußischen Tugenden" geschrieben. Das war aus gegebenem Anlaß zu erwarten und begrüßenswert. Fast ganz möchte man dem Artikel auch zustimmen.

Er ist aber nicht bemerkenswert durch das, was drin steht, sondern durch das, was fehlt. Einen der Hauptgründe, Adenauers Verdienste im geschlagenen und zerstörten deutschen Reich nach 1945 zu unterstreichen, hat Herr Mahlitz nicht genannt: es war Adenauer – freilich neben ihm auch Andere – der uns damals ein Beispiel der Würde gab, als die Siegermächte von Deutschland nur das Benehmen von Erniedrigten erwarteten, wie es das hämisch oft reproduzierte Bild des französischen Generals König zeigt, der mit abgewandtem Gesicht einem Landesministerpräsidenten, der sich tief verbeugt, die Hand reicht. Adenauers Beispiel hat da viel bewirkt. Wer freilich nicht älter als 50 ist, wird davon nichts mehr wissen.

Mißtrauisch fragt man jedoch: Was enthält der Artikel zur Flüchtlings- und Vertriebenenfrage? Die Eingliederung von über 10 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in die vier Zonen des Reichsrestes, um die sich freilich alle, aber eben auch Adenauer bemüht haben – war das keine Erwähnung wert? Lag darin keine preußische Verwaltungstugend?

Noch delikater ist es mit der Frage der Ostgebiete. Es ist ja bekannt, welche Abneigung Adenauer gegen das Deutschland östlich der Elbe und besonders Berlin empfunden haben soll. Das hat vielleicht alte Wurzeln. Seine Rolle bei separatistischen Tendenzen im Rheinland nach 1918 ist noch nicht geklärt. Hier ging es aber dazu noch um ostdeutsche Provinzen jenseits der Oder. Daß Herr Mahlitz sie nicht erwähnt, kontrastiert auffällig zu dem Wort „abendländisch" in den sonst eindrucksvollen Zitaten. Wurde nicht mit der Beschwörung des „Abendlandes", die Nachdenkliche schon damals skeptisch stimmte, das Bild eines gemeinsamen Hauses entworfen, das jedesmal dann sich als Fata Morgana zu erweisen drohte, wenn vom deutschen Osten, von konkreten Rechten und Interessen Deutschlands im Osten gesprochen werden sollte? Lag nicht schon darin der Keim für die Behandlung der Enteignungsfrage in der SBZ nach 1945, die heute so unaufrichtig gehandhabt wird? War nicht die Einbeziehung der Vertriebenen gleichbedeutend mit der stillschweigenden Abwicklung ihres Anliegens und – muß man hinzufügen – des Rechtes Deutschlands östlich von Oder und Neiße? Wurden sie nicht als Konservative von Konservativen angeworben, die Anderes bewahren wollten als sie? Der Briefwechsel Adenauers gibt solchen Fragen Nahrung. Ist es womöglich das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern?

Solche Fragen müssen wohl noch beantwortet werden. Dann muß aber auch der Sinn für die Fragestellung geschärft werden. Das hat Herr Mahlitz nicht getan. Sein Artikel konnte, sagen wir, im „Bayernkurier", gut erscheinen. Aber auf der auffallenden letzten Seite des *Ostpreußenblattes* mußte er notwendig als Kontralinie zu dem großen Leitartikel verstanden werden, in dem Wilhelm v. Gottberg die Analyse der Zukunft ganz unverhüllt gibt, dazu mit dem lesenswerten Zitat von Mario Consoli über Wahrheitsfindung. Um die geht es. Herr Mahlitz selber hat davon gesprochen, daß man sich an ihn gewöhnen müsse (Jg. 51, Nr. 52, S. 2). Was soll künftig im *Ostpreußenblatt* gelten?

Prof. Dr. h.c. Hans Rothe, Bonn

Ein Volk der Slaven gab es nie

Betr.: Folge 42/00 – Leserbrief „Tannenberg"

Bei Tannenberg fochten unter der Führung des Ordens Deutsche, Polen, Balten und Söldner gegen ein Söldnerheer aus Polen, Litauern, Russen, Böhmen und Deutschen unter König Jagiello. Das Polenreich wurde von einem germanischen Fürsten gegründet unter der Lehenshoheit des deutschen Kaisers.

Die gotischen Stämme sind erst nach der Zeitenwende von Ost- und Westpreußen nach Süden ans Schwarze Meer abgezogen, wo sie im Kampf mit den Skythen ein neues Reich eroberten, das bis zum Einfall der Hunnen bestand. Allerdings war es auch nur der Adel mit seinen Gefolgen, einzelne Dorfgemeinschaften blieben zurück und durch Vermischung mit den Balten entstand das Volk der Prussen.

Ein Volk der Slaven hat es nie gegeben. Der Name ist eine falsche Übersetzung von Sklavi. Mit diesem Wort wurden die primitiven Stämme entlang der Bernsteinroute von den römischen Händlern bezeichnet. Das Wort Slaven ist erst im Mittelalter aufgekommen und vor allem durch Herder in die Umgangssprache eingegangen. Vorher waren es Pommeranen, Polonen und so weiter. Ein Zweifelsfall ist der Stamm der Wenden. Man nimmt an, daß es Reste der Wandalen sind, die zurück blieben, und der Name sich im Laufe der Zeit gewandelt hat.

Horst Polakowski, Gernsheim

Politisch korrekt

Betr.: Folge 52/00 – Leserbrief „Kein germanischer Bruderkrieg"

Obengenannter Brief ist politisch korrekt, sonst nichts. Die heute so benannten „Elbslaven" waren die nicht mit abgewanderten Teile der Goten und Wandalen. Diese riefen mehrheitlich noch Odin an. Die ins Land kommenden Siedler waren römisch-katholisch, besaßen also alle Rechte der alles Leben beherrschenden Kirche. Die Ansässigen ohne Rechte waren nach dem uralten Recht Roms Sclavi. Daraus haben dann wohl die „Schwarmgeister" um Herder und Schrötzer den Begriff Slaven gemacht. Schrötzer wurde deshalb vom Zar von Rußland in den Adelsstand erhoben.

Tschechen, Kroaten und Serben haben unter dem Begriff Illirismus gegen Wien opponiert. Als vor zirka 150 Jahren Wien diesen Begriff verbot, zählte man diese Opponenten zu den Slaven. Danach wurde im ersten Slavischen Weltkongreß die Linie Stettin-Triest zur anzustrebenden Westgrenze des Slaventums gemacht.

Die Flur-, Fluß- und sonstigen Namen weisen alle auf den germanischen Ursprung hin. Hatte die Hanse ein polnisches Büro? Hat der Bischof von Bremen Polen missioniert? Alle diese Fragen sind mit einem Nein zu beantworten.

Werner Herklotz, Sarstedt

Politische Legende

Betr.: Folge 52/00 – Leserbrief „Kein germanischer Bruderkrieg"

Die Einlassungen der Autorin des obengenannten Leserbriefes darüber, wo die angeblichen Slaven in Urzeiten siedelten und sich dann nach dem Westen ausbreiteten, stimmen nicht. Sie vertritt allerdings eine politische Legende, die seit dem 19. Jahrhundert allgemein als Wahrheit verbreitet wird. Nur zu leicht argumentieren die Polen daher auch, ihr eigentliches Staatsgebiet wäre das bis zur Elbe, einschließlich Schleswig-Holsteins. Und gerade in solchen Auffassungen liegt die Gefahr des Chauvinismus, der Zank, der Unfrieden.

Es ist gefährlich auf eine „bestimmte" Geschichtswahrheit zu bestehen. In der heutigen Zeit erleben wir es am eigenen Leibe, wie geschichtliche Wahrheiten verdrängt, bewußt falsch dargestellt werden. Immer mit dem Ziel, das deutsche Volk zu demütigen, wenn nicht sogar zu entmündigen. Was die Slavenlegende angeht, so hat auch die katholische Kirche einen nicht geringen Anteil an Geschichtsklitterungen.

Klaus Glagau, Münster

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kanzleralternative

Betr.: Folge 43 – „National sein ist Ehrensache"

Spitze, daß Ihr Blatt den großen patriotischen preußisch-deutschen Sozialdemokraten Schumacher in Erinnerung zurückgerufen hat. Er war ein gefährlicher Gegner für Adenauer und hätte, wenn er 1952 nicht viel zu früh gestorben wäre, die Bundestagswahl 1953 gewinnen können, denn schon bei der ersten Bundestagswahl 1949 war die SPD unter seiner Führung dem Wahlsieg zum Greifen nahe. Unter seiner Führung wäre es sicher zur Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland, vielleicht sogar zur Wiederauferstehung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gekommen, neutral und blockfrei, kulturell selbstbewußt, ohne unsere Kultur tötenden Amerikanismus, ohne antideutsche Extrembewältigung, die heute irrderwahnsinnige Ausmaße angenommen hat, mit nationalem und geschichtlichem Selbstbewußtsein, denn unsere Geschichte umfaßt 1000 Jahre mit vielen positiven Ereignissen. Man denke nur daran, daß Preußen im 18. Jahrhundert der modernste Staat Europas gewesen ist. Und mit preußischem Kampfeswillen, das hat schon Friedrich der Große bewiesen, kann man viel erreichen. Und Schumacher hatte diesen preußischen Kampfgeist in sich, weil er aus Westpreußen stammte und begeistert sein Vaterland im Ersten Weltkrieg verteidigt hat. Deshalb stellte er sich auch, sehr lobenswert im Gegensatz zu heutigen Nestbeschmutzern, sehr engagiert schützend vor die Erlebnisgeneration und die Frontsoldaten aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Kai Schaffelke, Hamburg

Mit Verdiensten, aber kein Patriot

Betr.: Folge 1/01 – „Leitfigur im Sinne der preußischen Tugenden"

Mit Interesse habe ich den Artikel anläßlich des 125. Geburtstags von Dr. Konrad Adenauer gelesen.

Er hat ohne Diskussion seine Verdienste beim Aufbau der neuen Bundesrepublik. Doch man kann ihn nicht als Patrioten bezeichnen. So hat er als Kölner Oberbürgermeister die Separatistenbewegung im Rheinland unterstützt. Diese wollte eine unabhängige Rheinische Republik schaffen, die in Wirklichkeit ein Vasallenstaat von Frankreichs Gnaden geworden wäre. Diese Bewegung brach durch den Widerstand der nationalen Kräfte zusammen. Nach dem Krieg konnten die westlichen Siegermächte einen Mann dieser Art gut gebrauchen. Als Bundeskanzler wollte er Frankreich das Saargebiet abtreten. Durch die Volksabstimmung am 28. Oktober 1955 scheiterte dieses verräterische Vorhaben. Leider sind diese Tatsachen in dem Artikel nicht erwähnt worden. Um der geschichtlichen Gerechtigkeit willen sollten diese Fakten nachträgliche Erwähnung finden.

Hartmut Schirmer, Aschersleben

Keine Heilung

Betr.: Folge 1/01 – „Leitfigur im Sinne der preußischen Tugenden"

Zu dem Erinnerungsbericht des Chefredakteurs Herrn Mahlitz über Adenauer, dem man voll zustimmen kann, sei angemerkt, Adenauer litt erheblich unter „Atembeschwerden", wenn es um deutsche Gebiete ging, die ostwärts der Elbe lagen. Sein Übervater, Herr Frings, half ihm leider auch nicht, diese „Behinderung" zu heilen. Sogenannte führende Politiker, bis auf den heutigen Tag, kommen bei ihrem „Luftfreisetzen" höchstens zu dem Wort Diätenerhöhung. **Hans Fischer, Lemgo**

Antireichsdeutsche Haltung

Betr.: Folge 1/01 – „Leitfigur im Sinne der preußischen Tugenden"

Adenauer gehörte schon nach dem Ersten Weltkrieg zur Separatistenbewegung, die das Rheinland vom Deutschen Reich lösen und Frankreich anschließen wollte. Kurz vor der Saarabstimmung am 23. Oktober 1955 rief Adenauer die Saarländer öffentlich dringend auf dem Saarstatut zuzustimmen, was in den deutschen Kreisen des Saarlandes und in Westdeutschland helle Empörung auslöste. Weil er das „heidnische Preußen" nicht mochte und eine Stärkung der SPD mit ihrem großen Einfluß in Berlin verhindern wollte, bat er vor der ersten Bundestagswahl Bidault, Frankreich solle bei den übrigen Alliierten verhindern, daß Berlin zwölftes Bundesland wird. Das kam in einer großen Anfrage der FDP 1951 im Bundestag heraus, die einen Zeugen anführte, der ein Gespräch Adenauers mit Bidault beigewohnt hatte und durch ein Aide Memoire von Adenauer und Blankenhorn an Frankreich. 1989 kam heraus, daß Adenauer bereits 1955 die Westbindung der BRD dem Wiedervereinigungsangebot der Russen vorgezogen hatte, ohne dies ernsthaft zu prüfen. Der Beleg ist eine Akte Top Secret vom 16. Dezember 1955 des britischen Staatssekretärs Kirkpatrik an den Botschafter Herwig von Bittenfeld. 1961 bestätigte Adenauer seine antireichsdeutsche Haltung, indem er ruhig seinen Wahlkampf weiterführte und erst Tage nach den Amerikanern in Berlin auftaucht, um sein „Mitgefühl" an der fast fertigen Mauer zu demonstrieren.

Dies sind nur einige Punkte „der preußischen Tugenden Adenauers" in Bezug auf die Vertretung und Durchsetzung deutscher Interessen und Ansprüche. Nachdenkenswert wäre auch die Wertung Adenauers als „Kanzler der Alliierten" durch Kurt Schumacher im deutschen Bundestag.

Karl-Gottfried Seumel, Friedrichshafen

Anmerkung der Redaktion:

Der Beitrag war bewußt in einer eingegrenzten Thematik angelegt, um Konrad Adenauer zu würdigen als Vertreter einer betont wertkonservativen Denk- und Handlungsweise, wie sie heute in der politischen Klasse – quer durch alle Parteien – leider immer seltener anzutreffen sind. Daß die in den Briefen angesprochenen Aspekte der Politik Adenauers gerade aus Sicht der Vertreibungsopfer äußerst kritikwürdig sind, ist auch der Redaktion des *Ostpreußenblattes* bewußt. Wir haben diese Punkte in der Vergangenheit sehr deutlich artikuliert und werden das auch in Zukunft tun. Allerdings sind wir der Meinung, daß die Erinnerung an den 125. Geburtstag nicht der richtige Anlaß zu massiver Kritik ist.

Hans-Jürgen Mahlitz

Phantast und Realist

Vor 225 Jahren wurde E. T. A. Hoffmann in Königsberg geboren



E. T. A. Hoffmann: *Jurist, Dichter und Komponist*

Wenn ich von mir selbst abhinge, würd ich Componist, und hätte die Hoffnung in meinem Fache groß zu werden, da ich in dem jetzt Gewählten ewig ein Stümper sein werde", schrieb Ernst Theodor Wilhelm Hoffmann an seinen Freund Theodor Gottlieb v. Hippel (1775–1843), nachdem er sein Jurastudium an der Königsberger Albertina beendet hatte. Später schickte er dem Freund einen launigen Vers: „Wer grübe sich nicht selbst ein Grab,/ Und würfe froh des Lebens Bürd hinab,/ Wenn süßer Wahn nicht wäre." – Der „süße Wahn" hatte Hoffmann zeit seines Lebens fest im Griff; ihm verdanken wir nicht zuletzt auch die Oper „Undine" und andere Kompositionen, die noch heute, auf CD gebrannt, veröffentlicht werden. Ihm verdanken wir aber auch und vor allem unzählige Romane und Novellen aus der Feder des Mannes, der sich selbst allerdings in erster Linie als Tonschöpfer sah.

Hoffmann „ist Ende Dreißig, als die angesammelten und angestauten Massen musikalischer und literarischer Phantasien losbrechen", umschreibt Biograph Rüdiger Safranski in seinem Buch „E. T. A. Hoffmann – Das Leben eines skeptischen Phantasten" (Carl Hanser Verlag, München, 1986) mit knappen Worten das Leben dieser wohl schillerndsten Figur der deutschen Literatur- und Musikgeschichte. Und: „Jetzt gibt es kein Halten mehr. Es dauert nur einige Wochen, dann redet das ganze literarische Deutschland von ihm. Auch der andere große Wunsch erfüllt sich: Seine Oper Undine kommt auf die Bühne in Berlin. Auf dem Höhepunkt seines Ruhmes reibt er sich verwundert die Augen: Und das soll es nun gewesen sein? Er macht weiter, muß aber nun mehr Wein zugießen. Er liebt das Leben und stirbt unter Protest ..."

Vielseitig ist es gewesen, das Leben und das Schaffen des Mannes, der am 24. Januar vor 225 Jahren in Königsberg das Licht der Welt erblickte. Hoffmann selbst hat einmal gesagt: „Die Wochentage bin ich Jurist und höchstens etwas Musiker, sonntags am Tage wird gezeichnet und abends bin ich ein sehr witziger Autor bis in die späte Nacht ..." Und in einem seiner „Nachtstücke" – „Das öde Haus" – läßt er den Erzähler sagen: „Ihr wißt es ja alle, ihr wakkern Kumpane meines fröhlichen Jugendlebens, ihr wißt es ja alle, wie ich mich von jeher als Geisterseher gebärdete und wie mir nur einer wunderbaren Welt seltsame Erscheinungen ins Leben treten wollten, die ihr mit derbem Verstande wegzuleugnen wußtet!"

Sehr fröhlich war das Jugendleben des Ernst Theodor Wilhelm nun freilich nicht. Als der Junge zwei Jahre alt war, trennten sich die Eltern. Der Vater ging später nach Insterburg, und die Mutter zog mit dem Sohn in ihr Elternhaus in der späteren Poststraße. Dort wuchs Hoffmann unter seinen Tanten und einem Onkel auf; die Mutter hatte sich zurückgezogen. – In seinen Romanen und Erzählungen wird Hoffmann später übrigens immer wieder die oft skurrilen Figuren seiner Kindheit und Jugend mit spitzer Feder nachzeichnen.

Hoffmann besuchte die Burgschule seiner Vaterstadt und erhielt Musikunterricht bei dem Domorganisten Podbielski. Der Maler Saemann unterwies den Jungen im Zeichnen. Später (1798) allerdings mußte er bei einem Besuch der Dresdner Gemäldegalerie erkennen: „Bei alledem sah ich denn nun freilich bald, daß ich gar nichts kann. – Ich habe die Farben weggeworfen und zeichne Studien wie ein Anfänger, das ist mein Entschluß ..." – Mit seinen spöttischen Zeichnungen, die eher Karikaturen waren, jedoch erreichte er bald einen Ruhm, der ihm nicht immer lieb sein durfte ...

1792 nimmt Hoffmann – aus alter Familientradition – das Jurastudium an der Königsberger Albertina auf. Dort hört er auch Kant. Nebenher widmet er sich jedoch immer mehr den schönen Künsten – er schreibt, musiziert, zeichnet und komponiert. Ein reger Briefwechsel mit seinem Jugendfreund Hippel legt davon beredtes Zeugnis ab. 1795 legt Hoffmann sein erstes Staatsexamen ab und wird Auskultator in Königsberg. In seinem Zeugnis wird übrigens sein „musterhaftes Betragen" und sein „ausgezeichneter Fleiß" hervorgehoben. Aufgrund einer skandalösen Romanze wird Hoffmann ein Jahr nach seinem Examen nach Glogau zu Verwandten geschickt, wo er sich mit einer Cousine verlobt, die er jedoch nie heiraten wird.

Nach dem zweiten juristischen Examen läßt sich Hoffmann als Referendar nach Berlin ans Kammergericht versetzen. Gleichzeitig nimmt er Kompositionsunterricht bei seinem Königsberger Landsmann Johann Friedrich Reichardt. 1800 endlich legt Hoffmann, der sich eigentlich viel mehr der Kunst zugehörig fühlt, sein drittes Examen ab und wird als Assessor nach Posen versetzt. Ein Skandal erschüttert die dortige Gesellschaft, als beim Karneval 1802 bissige Karikaturen der Honoratioren in Umlauf gebracht werden, die eindeutig die Handschrift Hoffmanns tragen. – Wieder einmal wird er versetzt, diesmal nach Plock, wohin ihn seine junge Frau Micha begleitet.

Hoffmann kann's nicht lassen: Auch in Plock widmet er sich neben der „Juristerei" den schönen Künsten. An Hippel schreibt er: „Werde ich nun nicht so sehr vom Präsidenten qua Packesel behandelt, dem man aufbürdet, daß er unter der Last verseufzt - so geht's in meinen vier Wänden ganz gut her. Die Akten werden in die Nebenkammer geworfen, und dann zeichne, komponiere und dichte ich wie's kommt, freilich alles nur schlecht, aber desto mehr Vergnügen macht mir's, denn es ist ein psychologisches Phänomen, daß die schlechten Künstler und Dichter sich am allermeisten über ihre Mißgeburten freuen – den großen Dichtern machen die Amorinos, welche sie zur Welt befördern, lange nicht so viel Freude! ..."

> *„Und so gehört E. T. A. Hoffmann – was er nie geahnt, der arme Schächer am Kreuz der irdischen Nüchternheit – zur ewigen Gilde der Dichter und Phantasten, die am Leben, das sie quält, die schönste Rache nehmen, indem sie ihm farbigere, vielfältigere Formen vorbildlich zeigen, als sie in Wirklichkeit erreicht."*
> **Stefan Zweig**

Vergeblich versucht Hoffmann in diesen Jahren einen Verleger für seine Kompositionen zu finden. Wie stolz aber ist er dann, als sein Essay „Schreiben eines Klostergeistlichen" im „Freimüthigen" abgedruckt wird: „Mich zum ersten Mal gedruckt gesehen im Freimüthigen – habe das Blatt zwanzigmal mit süßen liebevollen Blicken der Vaterfreude angeguckt – frohe Aspekte zur literarischen Laufbahn!"

Schließlich wird Hoffmann als Regierungsrat nach Warschau versetzt, das damals zu Preußen gehörte. Dort ist er führend an der Gründung der „Musikalischen Gesellschaft" beteiligt, dort macht er auch nähere Bekanntschaft mit seinem Landsmann Zacharias Werner (1768–1823) aus Königsberg, für dessen „Kreuz an der Ostsee" er die Bühnenmusik komponiert. Als Napoleons Truppen in Warschau einmarschieren und die preußischen Behörden aufgelöst werden, verliert Hoffmann seine Stellung. Er geht zunächst nach Berlin, nimmt dann aber ein Angebot aus Bamberg an, wo er zunächst nicht sehr erfolgreich als Musikdirektor wirkt. Sein Freund und späterer erster Biograph Eduard Hitzig über den Dirigenten Hoffmann: „Seine Tempos waren feurig und rasch, aber ohne alle Überzeugung, und in der Folgezeit urteilte man von ihm, daß wohl nicht leicht ein Dirigent in Mozartschen Kompositionen übertroffen haben würde, wenn er sich mit einem guten Orchester hätte zeigen können."

Mehr Glück hat Hoffmann dann mit seinem „Ritter Gluck", einer Erzählung, die 1809 erscheint. „Hoffmann's glanzvolles Debüt in der Literatur", so Rüdiger Safranski, „ist ein Werk des ‚Nebenher'. Und gerade das gibt ihm jene spielerisch-lockere Hand, die trifft, gleichsam ohne zu zielen." Das „Geheimnis der Leichtigkeit" sieht Safranski darin, daß Hoffmann als Literat keine „Idealkonkurrenz" gesucht habe, „und mit dieser Leichtigkeit entfesselt er eine literarische Imaginationskraft, die nicht nur in der damaligen literarischen Szene ihresgleichen sucht."

Im Sommer 1812 schließlich hat Hoffmann, der seinen dritten Vornamen übrigens aus Verehrung für Mozart in Amadeus abgewandelt hatte – die Idee zu einem Werk, das ihn auch in die Reihe der großen Musikschaffenden aufsteigen läßt – Undine. Die Oper wird am 3. August 1816 in Berlin, wohin Hoffmann nach kurzen Intermezzi in Dresden und Leipzig – zurückgekehrt ist, uraufgeführt. Kein Geringerer als Carl Maria von Weber schreibt 1817 in der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung": „Das ganze Werk ist eines der geistvollsten, das uns die neuere Zeit geschenkt hat." Der Komponist wird gefeiert. Dann jedoch vernichtet ein Brand die kostbaren, von Karl Friedrich Schinkel geschaffenen Dekorationen, und Hoffmann zieht sich enttäuscht und resignierend aus den Salons zurück.

In der Zwischenzeit sind immer wieder auch literarische Werke aus der Feder Hoffmanns geflossen: „Der goldene Topf", „Die Elixiere des Teufels", die „Fantasiestücke", die „Nachtstücke". Unzählige Erzählungen erscheinen in Almanachen, Taschenkalendern und Zeitschriften – Hoffmann wird d e r Schriftsteller seiner Zeit. „Man muß sich vorstellen, daß Hoffmann seine Erzählungen und Romane fast so schnell zu Papier brachte, wie wenn er sie mündlich vorgetragen hätte. Der Weg vom Erfinden zum Schreiben war ungefähr genauso kurz wie der zum Sprechen. So hat sein Stil denn auch etwas Gesprochenes. Er skizziert einen Vordergrund, deutet mit höchst charakteristischen Strichen an, die aufgrund ihrer Prägnanz in Erinnerung bleiben, pointiert die Effekte des Rätselhaften, referiert dann eine meist enthüllende Vorgeschichte, kehrt auf den Vordergrund zurück, wo das weitere Geschehen ... oft mit Hast zu Ende gebracht wird" (Safranski).

In seinem eigentlichen Beruf als Jurist ist Hoffmann, inzwischen Kammergerichtsrat, mit den sogenannten „Demagogenprozessen" um Turnvater Jahn befaßt. In seinen Werken „Die Lebensansichten des Katers Murr" und vor allem in „Meister Floh" äußert er unverhohlen seine Kritik an dem System. „Meister Floh" wird beschlagnahmt, Hoffmann soll bestraft werden. Doch sein Jugendfreund Hippel setzt sich für den Dichter ein und erwirkt eine Verschiebung der geplanten Vernehmung. Dazu soll es jedoch nicht mehr kommen.

Hoffmann, in der Vergangenheit immer wieder kränklich und leidend, diktiert noch auf seinem Totenbett seine Verteidigungsschrift und einige kürzere literarische Texte wie das eindrucksvolle „Des Vetters Eckfenster". Am 25. Juni 1822, gegen 11 Uhr vormittags, stirbt E. T. A. Hoffmann in Berlin. Seine letzte Ruhestätte findet der „Dichter, Tonkünstler und Maler" (so steht es auf dem von Freunden gestifteten Grabstein) am 28. Juni auf dem Friedhof Mehringdamm.

„Es gab die größten menschlichen Gegensätze in unserer Provinz beieinander", schrieb Erwin Kroll, Hoffmann-Forscher und Musikschriftsteller, einmal. „Neben Kant wirkte ein Hamann, und unser Hoffmann ist ein Beweis dafür, daß solche Gegensätze in einer einzigen Persönlichkeit leben und sich künstlerisch auswirken konnten, nämlich scharfer, aufs Ironische und Groteske gerichteter Wirklichkeitssinn und traumhaft kühne, von schwärmerischer Sehnsucht getragene Phantastik. Beim Dichter, aber auch beim Maler und Musiker Hoffmann spürt man diese Zweisamkeit. Realist und Phantast zugleich, hat er, der unerhört Vielseitige, sie künstlerisch verklärt. Aber es ist nicht der Künstler allein; auch der Jurist Hoffmann, der unbeugsam rechtliche Beamte, trägt Heimatliches in sich, nämlich den kategorischen Imperativ Kants ..." **Silke Osman**



Königsberg: *Blick auf die Französische Straße, wo Hoffmann 1776 das Licht der Welt erblickte*

Vor 300 Jahren, am 18. Januar 1701, krönte sich Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, in Königsberg als Friedrich I. zum ersten König in Preußen. Schon 1699 konstatierte er: „Wan ich die Königliche Dignitet auf meine Brandenburgische Lande nehmen will, so bin ich kein souveräner König sondern ein Lehn König und werde ich deshalb mit dem gantzen Reich zu thun haben, und bekommen. Wan ich aber wegen Preußen die Königliche Dignitet annehme, so bin ich Ein independanter König ...".

Souverän war sein Herzogtum Preußen, da es einerseits seit dem Friedensvertrag von Oliva 1660 endgültig von der polnischen Oberhoheit befreit war und andererseits außerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation lag und so nicht der Lehensgewalt des Kaisers unterstand. Es gab ihm somit die Möglichkeit, im Wettbewerb mit den beiden anderen Territorialmächten Nord- und Ostdeutschlands, Kurhannover und Kursachsen – August der Starke war 1697 König von Polen geworden –, zumindest gleichzuziehen.

Der erste König in Preußen, so Reinhold Koser in der Einleitung zu Paul Seidels grundlegender Abhandlung über „Die Insignien und Juwelen der preußischen Krone" im Hohenzollern-Jahrbuch von 1913, „hat sich die Krone mit eigner Hand auf das Haupt gesetzt als Symbol seiner Souveränität, zum Zeichen, daß er seine Königswürde keiner menschlichen Gewalt, keiner fremden Verleihung verdanke. ‚Nächst Gott', sagte damals Leibniz, ‚hat der König von Preußen sein Königreich nur der königlichen Vollgewalt und der ihm von Gott verliehenen Weisheit zu danken'."

Den Ablauf der Krönungsfeierlichkeiten schildert Oberzeremonienmeister Johann von Besser in seiner „Preußischen Krönungs-Geschichte" von 1702/1712 mit der berühmten Kupferstichfolge von Johann Georg Wolffgang. So zeigt der Krönungszug auch die von den Oberräten vorangetragenen Insignien des Königreichs Preußen: Reichssiegel, Reichsapfel, Reichsschwert und Reichsfahne. Dahinter folgen der König, mit der Krone auf dem Haupt und dem Szepter in der Hand, und die Königin mit der Krone, jeweils unter einem prächtigen Baldachin.

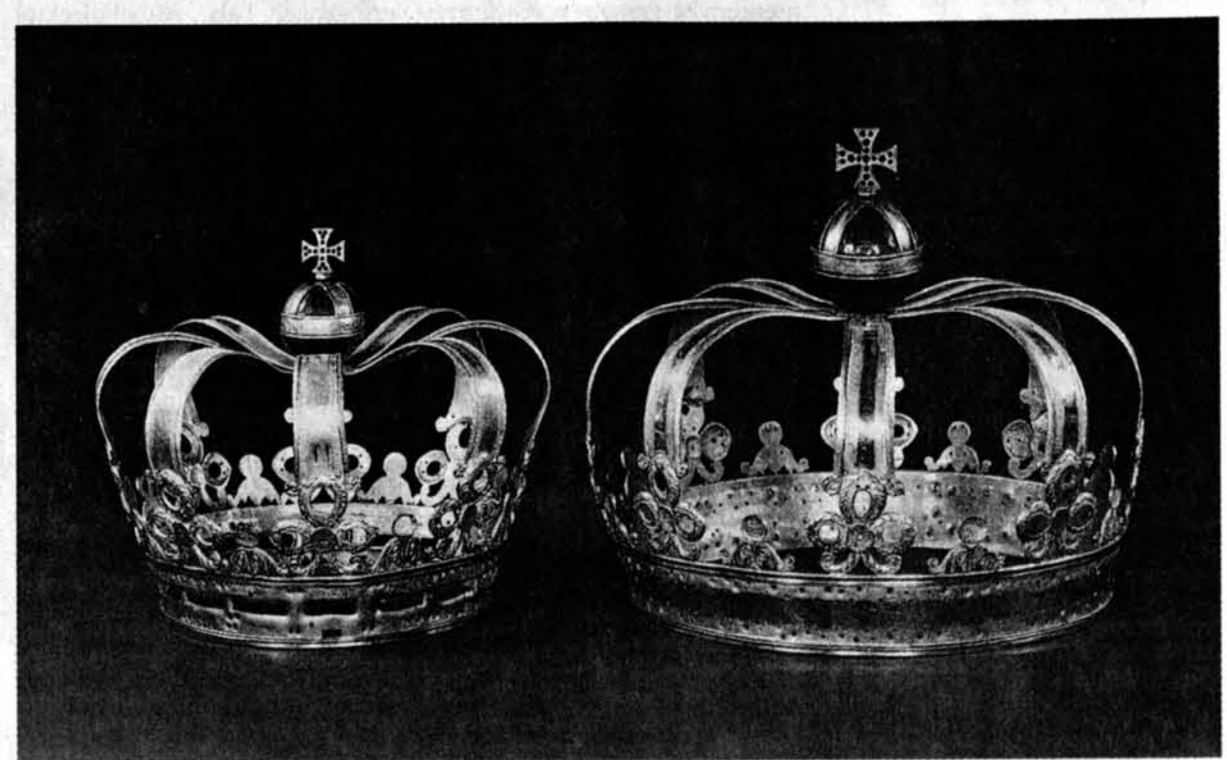
Die Kroninsignien von 1701 haben bis auf den Juwelen- und Perlenbesatz der Kronen die Zeitläufe überdauert und sind seit 18. Januar 1995 im Kronkabinett des Schlosses Charlottenburg in Berlin ausgestellt: die beiden Krongestelle, das Szepter, der Reichsapfel, das Reichssiegel und das Reichsschwert. Die ursprünglich im Berliner Schloß verwahrten Insignien wurden nach dem Sturz der Monarchie 1918 im Hohenzollern-Museum in Schloß Monbijou, wo man das Kronkabinett Friedrichs I. im Berliner Schloß nachgebildet hatte, aufbewahrt. Hier sind die nunmehrigen Museumsstücke erstmals im „Führer durch das Museum Schloß Monbijou" von 1927 verzeichnet und abgebildet. Direktor Arnold Hildebrand merkt auch in der zweiten Auflage von 1930 an, daß diese „bedeutendsten neu hinzugekommenen Einzelstücke ... durch den Auseinandersetzungs-Vertrag Staatsbesitz geworden, bzw. vom vormaligen Königshause als Leihgaben zur Ausstellung nach Monbijou gegeben" worden sind.

Nach Tilo Eggeling „Königsschlösser – Museumsschlösser. Entstehung, Geschichte und Konzeption der preußischen Schlösserverwaltung" (1998) gingen durch das „Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses" vom 29. Oktober 1926 die Kroninsignien, die das „Königshaus bereits früher den Staatlichen Museen leihweise überlassen hatte, in den Besitz des Staates über, während die Kronjuwelen dem Königshause verblieben." Im Katalog der Ausstellung „Sophie Charlotte und ihr Schloß. Ein Musenhof des Barock in Brandenburg-Preußen" von 2000 und im „Preußen Jahr-Buch – Ein Almanach" (2000) heißt es aber zu Krone, Szepter und Reichsapfel: Eigentum des Hauses Hohenzollern, Nachlaß Seiner Königlichen Hoheit Dr. Louis Ferdinand Prinz von Preußen, ehemals Hohenzollern-Museum Schloß Monbijou. Doch handelt es sich offensichtlich beim Szepter und Reichsapfel um Staatsbesitz und wohl bei den beiden Krongestellen, sicher aber beim Reichsschwert und Kurschwert, um Leihgaben

Preußenjahr 2001

Wo sind die Juwelen und Perlen der Kronen geblieben?

Zum Schicksal der preußischen Krönungsinsignien von 1701 / Von Heinrich Lange



Karkassen der Kronen des Königs und der Königin von Preußen (Gold, Email) im Kronkabinett des Schlosses Charlottenburg, Berlin um 1700

Foto Jörg P. Anders, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Potsdam

Die Kronjuwelen sollten in den Notzeiten von 1809 verkauft werden

des 1994 verstorbenen ehemaligen Chefs des Hauses Hohenzollern beziehungsweise aus dessen Nachlaß. Zudem sollen laut Führer des Hohenzollern-Museums von 1930 die Krongestelle in Monbijou gar „nicht mehr vorhanden" gewesen sein.

Wenn auch diese Widersprüche noch zu klären sind, so verblieb doch im Hohenzollern-Museum der größte Teil der Kroninsignien bis zum Zweiten Weltkrieg, bevor er infolge der ab 1941 allgemein erfolgenden kriegsbedingten „Verlagerung von Kunstschätzen aus den Schlössern der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Preussen" zunächst nach Königsberg ausgelagert wurde. 1944 aber holte man die Kroninsignien nach Berlin zurück und lagerte sie noch im März 1945 in das stillgelegte Salzbergwerk Bernterode bei Leinefelde in Thüringen, eines der Depots der Schlösserverwaltung bis April 1945, aus. Hier wurden sie kurz darauf von den Amerikanern geborgen und wie die übrigen Bestände über den Zwischenlagerungsort Marburg in den sogenannten „Central Art Collecting Point" überführt, den die Amerikaner als Zentralsammelpunkt für alle ihnen in die Hände gefallenen ausgelagerten Kulturschätze des Deutschen Reiches im Wiesbadener Schloß eingerichtet hatten. Später wurde der gesamte Bestand dieses Kulturgutlagers in die Treuhandverwaltung des Landes Hessen übertragen. Erst 1957, nachdem das „Gesetz zur Errichtung einer ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz' und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung" vom Deutschen Bundestag am 25. Juli 1957 beschlossen worden war, gelangten die Insignien nach Berlin zurück – in die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten mit Dienstsitz im Schloß Charlottenburg, die 1948 in Westberlin gegründet worden war.

Von den Kronen des Königs und der Königin sind nur die als „Karkassen" bezeichneten massiv goldenen Krongestelle mit dem blau emaillierten und von Goldbändern umfangenen Reichsapfel mit Kreuz erhalten, die um 1700 von einem unbekannten Berliner Goldschmied geschaffen wurden. Die Edelsteine und Perlen befestigte man für den Gebrauch mit Draht an den Gestellen, damit sie für andere Zwecke verwendet werden konnten. Über die Anfertigung der für 1701 neu geschaffenen Insignien – Kronen, Szepter und Reichsapfel – sind keine Archivalien und sonstigen Nachrichten erhalten. Das ursprüngliche Aussehen der Krone Friedrichs I. ist aber durch einen Stich des Amsterdamer Kupferstechers Pieter Schenk von 1703 im Geheimen Staatsarchiv Berlin überliefert. Johann von Besser beschreibt sie 1712: „Die Krone war gleich dem Zepter von purem Golde / aber nicht / wie gewöhnlich / mit Laub=Wercke; sondern von lauter dicht aneinander gefügten Diamanten: Die auf den geschlossenen Bügeln und dem gantzen Umbkreise / wie aus einem Stück zusammen gegossen / und nicht anders / dann durch den Unterscheid ihrer Größe getheilet zu seyn schienen; da einige zu achtzig / neuntzig und hundert Grain / ja einige Brillanten gar zu hundert und dreyßig / an Gewicht hielten / und folgends auch mit unterschiedenem Feuer in das Gesichte fielen." Im Nachlaßinventar Friedrichs I. von 1713 werden für die Krone des Königs 153 Facettsteine (Diamanten), Brillanten, zwei Dicksteine, acht Birnperlen und für die Krone der Königin 147 Facettsteine, 25 Brillanten, acht Birnperlen und 83 runde Perlen genannt. Friedrich II. ließ 1741 zu Beginn der Schlesischen Kriege die Steine und Perlen der Kronen abnehmen und übergab sie für alle Fälle seiner Gemahlin Elisabeth Christine nicht nur zur Aufbewahrung, sondern auch zu freier Verwendung. 1786, zur Ausstattung für die feierliche Aufbahrung – das „Castrum doloris" – Friedrichs des Großen, stellte die Königin-Witwe alle Steine für das Krongestell zur Verfügung. In ihrem Schloß Schönhausen bei Berlin montierte der Juwelier Scherer unter Hinzuziehung des Juweliers Boudesson die Edelsteine und Perlen der Krone des Königs mit Hilfe der Königin, die selbst die Brillanten dazu aussuchte.

Der reiche und kostbare Juwelen- und Perlenbesatz soll laut Katalog der großen Berliner Preußen-Ausstellung „Preußen. Versuch einer Bilanz" von 1981 „verschollen" sein: „Die Juwelen sind Ende des 18. Jh. zum letztenmal erwähnt und gelten seitdem als verloren." Dies trifft jedoch nicht zu. Bei der Flucht des Hofes nach Ostpreußen im Jahre 1806 wurde der Krontresor – bis zu diesem Zeitpunkt zugleich der Staatsschatz – mit auch den Kroninsignien und Juwelen nach dort verbracht. Wegen der Not des Vaterlandes und der ungeheuren Anforderungen an die Finanzkräfte des Staates beabsichtigte König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809 auch die Kronjuwelen (nicht aber die von Königin Luise zurückgehaltenen Perlen des Krontresors) zu verkaufen und den Notzeiten auf etwa ein Viertel der Umstand, daß ihr Wert in diesen Notzeiten auf etwa ein Viertel des früher geschätzten gefallen war, hat den Verkauf verhindert. Außer den eigentlichen, von Königsberg nach Berlin gesandten Kronjuwelen, die auch die Steine der königlichen Kronen umfaßten, wurden in Königsberg unter anderem die Gestelle der Kronen, das Szepter und der Reichsapfel zurückbehalten. Für die Krönung Wilhelm I. und seiner Gemahlin am 18. Oktober 1861 in der Königsberger Schloßkirche wurden die Krongestelle vom Hofjuwelier Georg Humbert durch zwei neue aus vergoldetem Silberblech ersetzt und mit den Diamanten der Kronen von 1701 besetzt. 1888/89 schließlich ließ Wilhelm II. von Emil Doepler d. J. unter Benutzung alter Darstellungen der Krone Friedrichs I. und unter Verwendung der auch nach 1861 wieder aus den Karkassen entfernten Diamanten eine neue Krone entwerfen und vom Hofjuwelier Hugo Schaper ausführen. Zudem verfügte er, daß der Juwelenbesatz künftig nicht mehr abgenommen und zu anderweitiger Benutzung gegeben werden sollte. Diese Hauskrone mit insgesamt 142 Diamantrosen, 18 Brillanten, acht Dicksteinen, acht Birnperlen und zwei Saphiren wurde nach dem Sturz der Monarchie zu Ende des Ersten Weltkrieges im Krontresor verwahrt.

Während die Krongestelle von 1861, die „sich nach Auskunft von Prof. Hildebrandt bis zum zweiten Weltkrieg im Vorrat des Hohenzollernmuseums in Schloß Monbijou in Berlin" befanden, „durch die Kriegsereignisse verschollen" sind, so Heinz Biehn in „Die Kronen Europas und ihre Schicksale" (1957), hat die Krone Wilhelms II. überdauert. Sie wurde 1945 „zusammen mit anderen Juwelen des Hauses Hohenzollern in einer westfälischen Dorfkirche bei Minden geborgen" und gelangte „über das Kunstgutlager der englischen Besatzungsmacht in Celle im Jahre 1948 auf den Stammsitz des Geschlechtes, die Hohenzollernburg bei Hechingen" in Baden-Württemberg, wo sie sich noch heute befindet.

Erhalten aber ist bis heute der originale Edelsteinbesatz am goldenen Szepter und Reichsapfel. „Der Zepter war", so der Verfasser der Krönungsgeschichte, „Gold / über und über mit Diamanten und Rubinen / und oben an der Spitze / worauf ein aufgereckter Adler sich ausgebreitet / noch mit zweyen ungemein grossen Rubinen gezieret ...". Für das Szepter wurde ein bereits existierendes, aufwendig mit weißem und blauem Email gearbeitetes und reich mit Edelsteinen verziertes kurfürstliches Szepter verwandt. Es wurde durch Hinzufügung des preußischen Adlers, der in allen Landesteilen das einigende Herrschaftssymbol war, in ein königliches Szepter umgestaltet. Den Leib des Adlers bildet ein großer Rubin, den Peter der Große 1697 dem Kurfürsten bei einem Besuch in Königsberg geschenkt hatte. Die Schwingen des Adlers sind mit großen Diamanten besetzt, das Verbindungsglied zum alten Szepter bildet ein zweiter roter Rubin. Der Reichsapfel wurde 1700 in Analogie zu den Kronen „Himmelblau emailliret / und mit Diamanten und Rubinen / als wie der Zepter versetzt", nämlich mit 50 Diamanten sowie 36 Rubinen und Granaten.

Die Kroninsignien von 1701 werden vom 6. Mai bis 5. August 2001 auch in der gemeinsamen Landesausstellung von Berlin und Brandenburg mit dem Titel „Preußen 1701 – Eine europäische Geschichte" in der Orangerie des Schlosses Charlottenburg zu sehen sein. Hier wird dann auch als Leihgabe des Hauses Hohenzollern die auf der württembergischen Stammburg der Hohenzollern verwahrte Krone Wilhelms II. von 1889, die letzte preußische Königskrone, mit zumindest einem Teil des wiederverwendeten Juwelen- und Perlenschmucks der ersten preußischen Königskrone zu bestaunen sein.

Europäische Union

Das Königsberg-Puzzle

Eine interne EU-Studie beleuchtet Zukunftspläne für das nördliche Ostpreußen

Von HANS B. v. SOTHEN

Mehr und mehr beginnt man sich in der EU für das nördliche Ostpreußen zu interessieren. Erschien vor kurzem in London ein Buch mit dem Titel „The EU and Kaliningrad" (*Das Ostpreußenblatt* berichtete in Folge 2/01), so ist nun ein internes EU-Papier zur Zukunft des Königsberger Gebiets erstellt worden, dessen Inhalt aufhorchen läßt. Die drei Autoren, der Finne Pertti Joenniemi, Direktor für baltisch-nordische Studien am Kopenhagener Friedensforschungs-Institut (COPRI), der unabhängige irische Wirtschaftswissenschaftler Stephen Dewar und der außerordentliche Professor an der San Diego State University in Kalifornien, Lyndelle D. Fairlie, liefern eine bemerkenswerte Analyse über Zustand und Zukunft des Königsberger Gebietes aus der Sicht der EU. Diese Studie ist um so aufschlußreicher, als sie auch eine Innenansicht auf die derzeit laufenden Denkprozesse der EU-Kommission bietet.

Betrachtet durch die EU-Brille, so beginnt das interne Papier, gebe es ein „kleines" und ein „großes" Rußland. Das „kleine Rußland" bestehe unter anderem aus Polen und Litauen, befinde sich „in steigendem Maße innerhalb der Union" und akzeptiere deren Regeln. Zusätzlich gebe es ein „großes Rußland", das zur EU Distanz halte. Durch seine geographische Lage befinde sich das Königsberger Gebiet zwischen beiden Zonen.

Königsberg, so behaupten die Autoren, könne weder völlig integriert noch durch die grundlegenden Systemdifferenzen abgetrennt werden. Die Zukunft des Gebietes, so das Papier, erfordere die Abwendung von der klassischen Realpolitik mit ihrer Vorstellung von nationaler Souveränität, hin zu einem „post-souveränen Weg".

Bereits seit 1991 hätten sich Grenz- und Zugehörigkeitsfragen des Gebiets gestellt. Hätte es damals einem seiner Nachbarländer „zugeschlagen" werden oder zwischen ihnen aufgeteilt oder zu einer eigenen autonomen Zone werden sollen? Oder sollte es eine „stark militarisierte Zone bleiben und damit eine ständige Bedrohung seiner Nachbarn"? Noch eine weitere Möglichkeit sei damals als denkbar angesehen worden, nämlich die, das Gebiet zu einer Freihandelszone zu machen. Letzteres sei schließlich in Angriff genommen worden.

Ganz aus der offiziellen post-nationalen Sicht der EU wird weiter argumentiert. Das Königsberger Gebiet, so wollen es nämlich die drei Wirtschaftswissenschaftler wissen, habe eine „ziemlich zweideutige Geschichte". Es sei, im Gegensatz zum Rest des Landes, „kaum in der russischen Geschichte verankert" und habe in bezug auf die russische Bevölkerung „keine lokalspezifische Geschichte", die „wenigstens teilweise dazu hätte ausgenutzt werden können, um das Vakuum auszufüllen", das sich nach dem Ende der Zeit der „sowjetischen Gewißheiten" gebildet habe. Es gebe eben keine Rückkehr zur alten Geschichte wie im Falle Leningrads zu St. Petersburg. Die nächsten historischen Alternativen – und das stellen die drei Wissenschaftler gleichwertig nebeneinander – wären die alte deutsche Bezeichnung Königsberg, das polnische Królewiec sowie das litauische Karaliaucius gewesen. Das Papier weiß von angeblich Anfang der 90er Jahre ventilierten Plänen, aus dem Königsberger Gebiet wahlweise entweder eine autonome Region innerhalb der Russischen Föderation oder einen vierten baltischen Staat zu konstituieren oder ein deutsch-polnisch-litauisches Kondominium zu errichten. Einige Stimmen hätten sich auch, wie das Wissenschaftlerkollegium wissen will, für eine Annexion des Gebietes mit den unterschiedlichsten historischen Begründungen durch die genannten Nachbarstaaten ausgesprochen. Der Begriff „Klein-Litauen" für das nördliche Ostpreußen sei beispielsweise dazu benutzt worden, um den Anspruch durch Wilna zu untermauern.

Die Autoren des Papiers stellen jedoch fest, daß solche historisch begründeten Ansprüche nach hinten los gehen könnten. Deutschland hätte, so die Autoren, in einem solchen Falle seine Ansprüche auf weitere östliche Territorien stellen können. Rußland dagegen hätte sich möglicherweise veranlaßt sehen können, die Memelfrage erneut zu stellen, da das Memelland während der Sowjetzeit vom Königsberger Gebiet abgetrennt worden sei und Litauen zugeschlagen wurde. Polen schließlich hätte Litauen gegenüber Ansprüche auf die Region um Wilna stellen können, in der eine bedeutende polnische Minderheit lebe. Dieses hätte jedoch den Dialog Polens und Litauens mit der Nato und der EU erheblich beeinträchtigt. Dies sei unter anderem der Grund gewesen, warum territoriale Fragen niemals in den Vordergrund getreten seien. Deutschland, so wird festgestellt, habe daher „wiederholt jegliches Interesse an einem Anspruch zur Wiedererlangung des Gebietes geleugnet".

Diese Debatten hätten in Rußland eine äußerst symbolische Wirkung gehabt. Sogar Reformen wie die Landreform seien dadurch verzögert worden, weil zeitweise befürchtet worden sei, daß „durch ausländische Käufe das Land irgendwie in die Hände der Ausländer zurückfallen könnte". Vorschläge gleich welcher Art seien daher oft als ein „Schlag gegen das kollektive russische Selbstbewußtsein" empfunden worden. Rußland aus dem Königsberger Gebiet herauszudrängen hieße nach einigen Interpretationen daher, es aus Europa herauszudrängen. Die drei Autoren, Dewar, Fairlie und Joenniemi betonen daher, daß territoriale Berichtigungen als Grundlage für eine Neuordnung zukünftig keine Rolle spielen könnten.

Das inzwischen allseits bekannte zukünftige Hauptproblem der Region wird auch durch das EU-Papier benannt: Während Litauen und Polen in den nächsten Jahren zunehmend in allen Bereichen in die Strukturen der Union eingegliedert werden, bliebe das Königsberger Gebiet möglicherweise als Exklave von dieser Entwicklung nicht nur ausgeschlossen, sondern auch noch durch die Bestimmungen des Schengener Abkommens und des Vertrags von Amsterdam sowohl von seinen Nachbarn wie auch zunehmend vom russischen Mutterland durch die räumliche Trennung abgeschottet. Denn während Polen und Litauen sich zunehmend integrierten, könnte Königsberg, so die Autoren, bestenfalls auf ein Freihandelsabkommen hoffen. Es sei unvermeidlich, daß zusätzliche Barrieren gegenüber denen aufgerichtet würden, die auf Dauer außerhalb der Europäischen Wirtschaftsunion und des Schengener Abkommens blieben. Königsberg würde also dauerhaft ausgeschlossen bleiben. Das Königsberger Gebiet als Teil der Russischen Föderation würde lediglich von den Wohltaten der EU profitieren, die bereits jetzt Rußland zugute kämen, etwa das TACIS-Programm



Königsberg heute: *„Hongkong an der Ostsee" oder ein Entwicklungsland – eingezwängt zwischen zwei künftigen EU-Staaten?* Foto Karoline Krause

(*Technical Assistance to the Commonwealth of Independant States* / =Technische Hilfe der EU für die GUS-Staaten). Leistungen aus dem PHARE-Programm (*Poland and Hungary, Aid for the Reconstruction of Economies* / = Hilfe für den Wiederaufbau der Wirtschaft in Polen und Ungarn) sollten nach russischen Wünschen künftig ebenfalls dem nordwestrussischen Bereich und damit dem Königsberger Gebiet zukommen können.

Als problematisch wird im EU-Papier die militärische Situation des Gebiets angesehen. Das Hauptquartier der Baltischen Flotte in Pillau sei noch immer ein erheblich wichtiger Faktor in der Königsberger Wirtschaft, wiewohl dieser nicht mehr wie ehedem auf die gesamte baltische Region ausstrahle. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe Königsberg versucht, sich sowohl als militärisches Zentrum als auch als wirtschaftliche Brücke zu definieren. Dieses scheint den drei Autoren auf die Dauer ein nicht auflösbarer Widerspruch zu sein, denn es gebe schließlich einen klaren Gegensatz zwischen einer Festung und einem Tor. Diese „traditionelle militärische Denkweise" der Russen beruhe angeblich auf ein Erfordernis klarer Grenzen. Ein solches Denken lasse wenig Platz für überlappende Lösungen und enge den Raum für politische und wirtschaftliche Lösungen für Königsberg als „Grenz-Fall" ein.

Dabei halten die EU-Fachleute den militärischen Wert Königsbergs für durchaus zweifelhaft. Die 11. Armee sei bereits seit einiger Zeit aus dem Gebiet in die Region um St. Petersburg abgezogen. Seit der Unterzeichnung der Charta von Paris im Mai 1997 habe Rußland nach Meinung der Experten die Nato-Osterweiterung praktisch anerkannt. Die potentielle Konfliktsituation um Königsberg habe sich in den letzten Jahren erheblich vermindert. Der ausgesprochene Garnisonscharakter Königsbergs sei sehr etwas vermindert worden. Die Tendenz, Königsberg an seinem militärstrategischen Wert zu messen, sei auf russischer Seite zwar noch immer vorhanden, nehme jedoch zugunsten von kooperativen politischen Elementen ab. Überdies verlagerten sich die potentiellen Konfliktherde Rußlands immer mehr von der West- an die Südgrenze des Landes.

Die Sicherheitskonflikte des Königsberger Gebietes würden sich zukünftig vermehrt auf nichtmilitärischen Gebieten abspielen. Denn die Region werde weiterhin an der Grenzlinie zwischen Ordnung und Unordnung verbleiben. So sei mit Schwierigkeiten in den Bereichen Organisierte Kriminalität (OK), Drogenhandel, Schmuggel, Illegale Einwanderung und Umweltproblemen zu rechnen.

Die eigentlichen Zukunftsprobleme des Königsberger Gebiets würden, so die Experten, künftig jedoch nicht so sehr auf den Gebieten der militärischen Verteidigung oder der staatlichen Souveränität Rußlands liegen, sondern in steigendem Maße im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Dabei entwickeln die Wissenschaftler drei verschiedene Szenarien. Im ersten Falle würde sich das Königsberger Gebiet von seinen Nachbarn isolieren. In diesem Falle würde die Region wirtschaftlich zurückfallen. Weitere Unterstützung durch die EU wäre „eine schlechte Investition für den EU-Steuerzahler". Regionale Instabilität und grenzüberschreitende Kriminalität wären die Folgen. Die EU würde eine Art *cordon sanitaire* um das Königsberger Gebiet herum aufbauen.

Die EU drängt Rußland in der Königsberg-Frage zur Entscheidung

Das zweite Szenario hieße Stagnation; alles bliebe in etwa so, wie es zur Zeit ist. Es gäbe weiterhin technische Assistenz durch die EU, die Unterstützungen blieben jedoch eher quantitativer als qualitativer Art. Die EU-Wirtschaftshilfe bliebe enggesteckt und projektgebunden. Langfristige strategische Hilfe käme in diesem Fall nicht in Betracht. Das dritte Szenario schließlich hieße Integration Königsbergs in die EU; eine *de facto*-Mitgliedschaft also. Nur auf diese Weise erhielte das Königsberger Gebiet die gleiche Unterstützung wie seine Nachbarn. In der Vergangenheit hätte Gouverneur Jurij Matotschkin eher die Integrationsvariante verfolgt, während sein Nachfolger Leonid Gorbenko, der Vorgänger des kürzlich gewählten neuen Gouverneurs, eher einen Isolationskurs gefahren habe.

Die Wissenschaftler raten den drei Hauptakteuren Rußland, Königsberg und der EU dazu, eine dezidiertere Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dieses dürfe die russische Souveränität über Königsberg nicht antasten. Die räumliche Abtrennung vom russischen Kerngebiet mache eine ökonomische Entwicklung noch dringlicher. Von traditionellen statischen Vorstellungen von Grenzen und nationaler Souveränität habe man sich zu verabschieden. Grenzüberschreitendes und internationales Engagement sei gefragt. Die drei Beteiligten, Rußland, Königsberg und die EU sollten sich künftig die Verantwortung für entsprechende Lösungen teilen.

Vorschläge, die im Detail oft bedenkenswert erscheinen. Die Überlegungen der EU-nahen Kreise zeigen jedoch erneut, wohin die politische Reise zukünftig gehen soll. Es geht um eine weitgehende Ausmerzung nationaler Ansprüche und Befugnisse, seien es russische oder deutsche. Historische Tatsachen werden von ihr weitgehend ausgeblendet oder auf eine geradezu bizarre Weise relativiert. Deutschland und Rußland als Hauptbeteiligte werden beide aus dem möglichen Szenario der selbständigen politischen Lösungsmöglichkeiten ausgeschaltet. Allein über- und zwischennationalen Kräften soll die Lösung der Probleme übertragen werden. Die vorgeschlagene „post-nationale" Schiene, auf der die Probleme angeblich gelöst werden sollen, wird auf Dauer jedoch wohl kaum tragen. Schon allein deshalb nicht, weil sie letztlich die Rechnung ohne den Wirt – also Rußland – macht.



zum 101. Geburtstag

Jodjohn, Elisabeth, geb. Prengel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt An der Herrenweide 12, 49356 Diepholz, am 26. Januar

zum 99. Geburtstag

Seidler, Ella, aus Haffstrom 9, jetzt Bruchstraße 39, 47475 Kamp-Lintfort, am 23. Januar

zum 97. Geburtstag

Thies, Charlott, geb. Pusch, aus Gumbinnen, Bismarckstraße 35, jetzt Elswigstraße 64, 23562 Lübeck, am 31. Januar

zum 94. Geburtstag

Enzi, Anni, aus Freihausen, Kreis Lötzen, jetzt Dr.-Hayler-Weg 2, 94526 Metten, am 26. Januar

Fietz, Frieda, geb. Liebegut, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, jetzt Markgraf-Wilhelm-Straße 65, 76571 Gaggenau, am 25. Januar

Hoffmann, Lotte, geb. Ewert, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Wiesengrund 7, 48155 Münster, am 27. Januar

Magdowski, Ida, geb. Sobolewski, aus Murawken und Grallau, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenweg 3, 25563 Wulfsmoor, am 28. Januar

Paegert, Meta, geb. Wittmoser, aus Ostseebad Cranz, jetzt An der Schmiede 16, 31535 Neustadt, am 24. Januar

zum 93. Geburtstag

Baczko, Alfred, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Geygerstraße 12, 12043 Berlin, am 15. Januar

Eschbach, Else, geb. Wittrin, aus Kukkerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Flurstraße 20, 82166 Gräfelfing, am 24. Januar

Kieschke, Margarete, geb. Nisch, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, jetzt Am Heidebusch 8, 13627 Berlin, am 23. Januar

Neumann, Charlott, geb. Fellechner, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bebrastraße 31, 99706 Sondershausen, am 26. Januar

Samland, Martha, aus Quednau 4, jetzt Kastanienallee 22, 42549 Velbert, am 26. Januar

zum 92. Geburtstag

Klossek, Marie, geb. Czarnetzki, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Wittkopsberg 2, 38518 Gifhorn, am 28. Januar

Nowak, Ida, geb. Pokorra, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 32, 45699 Herten, am 28. Januar

zum 91. Geburtstag

Abraham, Frieda, geb. Thieart, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Hasslinger Weg 14, 13409 Berlin, am 25. Januar

Conrad, Frieda, aus Lötzen, jetzt Friedensstraße 7, 76855 Annweiler, am 27. Januar

Müller, Eliese, aus Maulen 9, jetzt Heinrich-Loose-Straße 14, 29640 Schneverdingen, am 25. Januar

Olschewski, Emma, geb. Drubba, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Ernst-Faber-Straße 11/B24, 96450 Coburg, am 28. Januar

Rückstein, Herta, geb. Konopatzki, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Schlesienstraße 19, 40822 Mettmann, am 27. Januar

Töpfer, Martha, geb. König, aus Kleinpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Talstraße 39, 66969 Lemberg, am 26. Januar

Weihnacht, Hedwig, geb. Karrasch, aus Lyck, Danziger Straße 16a, jetzt Schulweg 9, 91586 Lichtenau, am 27. Januar

Kretschmann, Walter, aus Königsberg, Hindenburgstraße 66 und Westend, jetzt Königsberger Straße 19, 24537 Neumünster, am 25. Januar

zum 90. Geburtstag

Axel, Elise, aus Fuchshöfen 7, jetzt Lindenweg 8, 19217 Wedendorf-Kasendorf, am 26. Januar

Kuhn, Hanna, geb. Berg, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Andersenring 26, 23560 Lübeck, am 28. Januar

Jeromin, Charlotte, geb. Kalinna, aus Gehsen, Kreis Johannisburg, jetzt Finkenweg 12, 41352 Kornwestheim, am 4. Januar

Lemmel, Gertrud, geb. Schwabe, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Uelzener Straße 73b, 21335 Lüneburg, am 16. Januar

zum 85. Geburtstag

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Carl-Maria-von-Weber-Straße 45, 24768 Rendsburg, am 22. Januar

Gesper, Ella, geb. Schmakeit, verw. Schiemann, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt St.-Ulrich-Straße 47, 88662 Überlingen, am 28. Januar

Gerull, Ernst, aus Birkenhausen, Kreis Insterburg, jetzt Bugenhagenweg 26, 24768 Rendsburg, am 24. Januar

Haack, Hedwig, geb. Illmann, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Leharstraße 4, 70195 Stuttgart, am 28. Januar

Husslein, Dr. Renate, geb. Schulz, aus Lyck, jetzt Rastenburger Straße 12, 32545 Bad Oeynhausen, am 24. Januar

Klehn, Hanna, aus Prawten 5, jetzt Am Hang Nr. 9, 55126 Mainz, am 26. Januar

Magulski, Hans, aus Lyck, jetzt Warfenweg 56, 26506 Norden, am 24. Januar

Pißowotzki, Martha, geb. Roslan, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Ringstraße 46, 42929 Wermelskirchen-Dabrinh., am 22. Januar

Rohrberg, Wilhelm, aus Preußisch Eylau, jetzt Esmarchstraße 33, 34121 Kassel, am 8. Dezember

zum 80. Geburtstag

Arndt, Kurt, aus Ludwigswalde 15, jetzt Am Berghang 40, 48455 Bad Bentheim, am 28. Januar

Assmann, Hedwig, geb. Lempio, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Penzdorfer Straße 45a, 91126 Schwabach, am 28. Januar

Boeck, Werner, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, jetzt Egerstraße 14, 70806 Kornwestheim, am 25. Januar

Bogatz, Gertrud, geb. Broschat, aus Pobethen, jetzt Heinrich-Lersch-Straße 26, 40595 Düsseldorf, am 5. Januar

Engelke, Charlotte, geb. Kosberg, aus Ortelsburg, jetzt Johannes-Lau-Hof 6, 30165 Hannover, am 28. Januar

Fröhlich, Dorothea, aus Pobethen, jetzt Richthofenstraße 23, 32756 Detmold, am 14. Januar

Fuhrmann, Irmgard, geb. Seidel, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlentor 25, 18233 Neubukow, am 25. Januar

Grottschreiber, Geesche, geb. Walter, aus Lyck, jetzt Am Mühlenteich 9, 21680 Stade, am 28. Januar

Günther, Adelheid, aus Mahnsfeld 17, jetzt Griesheimer Straße 3, 06749 Bitterfeld, am 24. Januar

Hansel, Hildegard, geb. Wyzinski, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Ketteler Straße 21, 40667 Meerbusch, am 27. Januar

Hasse, Frida, geb. Balk, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, jetzt Fischbeker Straße 18, 21629 Neu Wulmstorf, am 23. Januar

Haupt, Margarete, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Platter Straße 146, 65193 Wiesbaden, am 25. Januar

Hausmann, Hildegard, geb. Kompa, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Holzstraße 343, 39288 Burg b. Magdeburg, am 27. Januar

Heller, Alfred, aus Königsberg, Karlstraße 9/10, jetzt Hofstiege 13, 48455 Bad Bentheim, am 19. Januar

Hellwig, Otto, aus Preußisch Holland, jetzt Erlenfeldweg 55a, 34123 Kassel, am 22. Januar

Jülich, Herta, geb. Wippich, aus Pobethen, jetzt Karlsruher Weg 1, 76185 Karlsruhe, am 14. Januar

Kairies, Ruth, aus Neidenburg, jetzt Otto-Dibelius-Straße 46, 46045 Oberhausen, am 28. Januar

Kanning, Fritz, aus Rohren, Kreis Ebenrode, jetzt Baumschulenweg 7, 53757 St. Augustin, am 28. Januar

Kontarski, Kurt, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Schillerstraße 6, PF 02-87, 04746 Hartha, am 16. Januar

Kositzki, Charlotte, geb. Patz, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Groscurthstraße 44, 13125 Berlin, am 23. Januar

Küssner, Martha, aus Langgarben und Königsberg, jetzt Hamburg, am 19. Januar

Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Starenweg 3, 38259 Salzgitter, am 24. Januar

Mannke, Hildegard, geb. Sablotny, aus Neidenburg, jetzt Alpenblick 6, 82547 Eurasburg-Achmühle, am 23. Januar

Matheus, Gerda, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Grashoffweg 7, 21680 Stade, am 23. Januar

Mex, Alfred, aus Pobethen, jetzt Zeißring 12, 37603 Holzminden, am 5. Januar

Oberger, Irmgard, geb. Tiburzy, aus Groß Stürlack und Lötzen, Neuendörfer Straße 11, jetzt Vogelsangstraße 14, 78628 Rottweil, am 26. Januar

Olschewski, Mathilde, geb. Sczepan, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Lausitzer Weg 17, 58332 Schwelm, am 22. Januar

Palm, Gertrud, geb. Kyewski, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Straßburger Allee 53, 26389 Wilhelmshaven, am 27. Januar

Parks, Erika, geb. Vogelsang, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 108 Linden LN, 73354 Burkburnett, Texas/USA, am 24. Januar

Rischkowski, Bruno, aus Birkenwalde 12, jetzt 15326 Lebus, am 22. Januar

Ruttkowski, Hans, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Römerkuppe 14, 41169 Mönchengladbach, am 27. Januar

Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk und Fernsehen

Sonnabend, 20. Januar, 13 Uhr, N3-Fernsehen: Musikstadt Riga (Musikalische Begegnung mit einer befreiten Stadt)

Sonnabend, 20. Januar, 16.50 Uhr, WDR-Fernsehen: Preußen – Chronik eines deutschen Staates (5. „Heil Dir im Siegerkranz!" – die Zeit des Wilhelminismus)

Sonntag, 21. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Auf den Spuren Adalbert Stifters (Beim Besuch im Marktflekken Oberplan)

Sonntag, 21. Januar, 13.25 Uhr, Bayerisches Fernsehen: Eine Reise nach Riga (Die Hansestadt zwischen Tradition und Aufbruch)

Sonntag, 21. Januar, 14.30 Uhr, WDR-Fernsehen: Preußen – Chronik eines deutschen Staates (6. Republik, Nazi-Herrschaft und Untergang)

Mittwoch, 24. Januar, 20.45 Uhr, arte-Fernsehen: Die verlorene Heimat (Zweiteilige Dokumentation über Flucht und Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg; zweiter Teil am 31. Januar)

Mittwoch, 24. Januar, 23 Uhr, N3-Fernsehen: Hitlers Krieg im Osten (4. Die Vergeltung)

Donnerstag, 25. Januar, 19.05 Uhr, Deutschlandradio Berlin: WortSpiel: „Entscheidung" (Die Gnadengesuche der Nürnberger Kriegsverbrecher)

Donnerstag, 25. Januar, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Studiozeit: Aus Kultur- und Sozialwissenschaften (u. a. Fakten oder subjektive Überlieferungen? – Die Geschichtswissenschaft streitet über die historische Wahrheit)

Sonnabend, 27. Januar, 14 Uhr, N3-Fernsehen: Mythos, Moor & Marmorkuchen (Die Künstlerkolonie Worpswede)

Sonntag, 28. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Vergessen können sie nicht (Deutscher Verein Edelweiß – Wolfskinder in Litauen)

Montag, 29. Januar, 15.15 Uhr, N3-Fernsehen: Deutsche Marine in Krieg und Frieden (1. Des Kaisers liebstes Kind)

Montag, 29. Januar, 18.40 Uhr, Deutschlandfunk: Hintergrund Politik: Vor 50 Jahren: Aufbau statt Abbau – Das Ende der Demontagen

Dienstag, 30. Januar, 15.15 Uhr, N3-Fernsehen: Deutsche Marine in Krieg und Frieden (2. Die Flotte unterm Hakenkreuz)

Dienstag, 30. Januar, 20 Uhr, Deutschlandradio Berlin: Konzert „300 Jahre Preußen" (zwischen den einzelnen Konzerten: „Preußischer Drill und Preußische Toleranz – Rückblicke auf einen untergegangenen Staat)

Mittwoch, 31. Januar, 15.15 Uhr, N3-Fernsehen: Deutsche Marine in Krieg und Frieden (3. Vom Kalten Krieg zur Wende)

Landsmannschaftliche Arbeit

Landesgruppe Berlin



Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 55 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Sbd., 3. Februar, **Lyck**, 15.30 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, Berlin-Schöneberg.

Sbd., 3. Februar, **Mohrungen**, 15 Uhr, Keglerheim, Gustav-Freytag-/Ecke Gutzkowstraße, 10827 Berlin.

So., 4. Februar, **Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung**, 15 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11-19, 10587 Berlin.

So., 4. Februar, **Wehlau**, 15 Uhr, Restaurant Bräustübl, Bessemerstraße 84, 12103 Berlin.

Landesgruppe Hamburg



Vors.: Günter Stanke, Telefon (0 41 09) 90 14, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt

LANDESGRUPPE

Kulturnachmittag – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Kulturnachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96 I (Nähe U-Bahnhof Schlump). Nach der gemeinsamen Kaffeetafel zeigt Lm. Herbert Wallner seinen Film über das Ostpreußentreffen zu Pfingsten 2000 in Leipzig sowie einen weiteren Film über die Entwicklung der Luftschiffahrt bis zum heutigen Stand. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt beträgt 3 DM.

BEZIRKSGRUPPEN

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. Januar, 16 Uhr, Heimatabend im Gasthof Zur grünen Tanne, Bremer Straße 307, Harburg. – Da die „Grüne Tanne" geschlossen wird, finden die Veranstaltungen ab Februar im Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88, statt.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Donnerstag, 8. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e. V. im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2 (zu erreichen mit der U-Bahnlinie 2 bis Messehallen). Mitglieder können die Tagungsordnungspunkte der Einladung entnehmen, die bereits versandt worden ist. Um rege Teilnahme wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei K. Wien, Telefon 0 41 08/49 08 60 (ab 18 Uhr).

Insterburg – Freitag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Hauptversammlung in der „Postkutsche", Horner Landstraße 208. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Prussia

Duisburg – Unter dem Rahmenthema „Kant in Königsberg" findet am Sonnabend, 3. Februar, eine Veranstaltung der Prussia im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5 (Nähe Rathaus), Duisburg, statt. Um 11 Uhr beginnt der Vorsitzende mit einer Einführung in eine Ausstellung von Kant-Bildnissen. Anschließend berichtet Dr. Heinrich Lange über die „Wiederauffindung der Totenmaske Kants". Konzertmeister Michael Wieck wird ab 11.45 Uhr „Kants Idee zum Völkerstaat" entwickeln. Ab 14.30 Uhr wird die Tagung mit einem Vortrag von Prof. Dr. Werner Stark zum Thema „Kants Vorlesungen über Anthropologie und die Frage nach dem Charakter" fortgesetzt. Um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Manfred Kühn über „Die Königsberger Lehrer Kants". Gegen 16 Uhr wird Prof. Dr. Sabina Kowalewski aus dem von ihr bearbeiteten Werk ihres Vaters, Prof. Dr. Arnold Kowalewski, dem letzten Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie an der Albertina, zum Thema „Kant im Umgang mit seinen Freunden" lesen. Zum Schluß wird der Videofilm „Immanuel Kant und das Kant-Museum" von Olga F. Krupina gezeigt. Gäste sind herzlich willkommen.

Sensburg – Sonntag, 21. Januar, 15 Uhr, erste Zusammenkunft im neuen Jahr im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

FRAUENGRUPPEN

Bergedorf – Freitag, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Es werden Gespräche geführt über die geplante Partnerschaft mit einer Frauengruppe in Rudolstadt/Saalfeld in Thüringen.

Wandsbek – Mittwoch, 7. Februar, 16 Uhr, Zusammenkunft im Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14.

SALZBURGER VEREIN

Treffen mit Diavortrag – Sonnabend, 10. Februar, 13 Uhr, Treffen im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg, Nähe Hauptbahnhof und Bahnhof Berliner Tor. Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg hält einen Diavortrag zum Thema „100 Jahre Vogelwarte Rossitten".

Landesgruppe Baden-Württemberg



Vors.: Günter Zdunnek, Postfach 12 58, 71667 Marbach. Geschäftsstelle: Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart

Buchen – Sonntag, 28. Januar, 14 Uhr, Vorführung des Filmes „Eine Reise nach Ostpreußen" von Horst Gilde im Wimpinasaal, Buchen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 27. Januar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den Ulmer Stuben. – Der Männerstammtisch findet am ersten Mittwoch des Monats um 15 Uhr in den Ulmer Stuben statt.

Landesgruppe Bayern



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (0 89) 3 15 25 13, Fax (0 89) 3 15 30 09. Landesgeschäftsstelle: Ferdinand-Schulz-Allee/Am Tower 3, 85764 Oberschleißheim

Landesgruppe – Bei der Kulturtagung der Landesgruppe, verbunden mit einer Sitzung der Frauengruppen-Leiterinnen, wurden satzungsgemäß auch Neuwahlen des Landesvorstandes durchgeführt, in deren Rahmen Ursula Rosenkranz ihr Amt als Landesfrauenleiterin aus gesundheitlichen und familiären Gründen niederlegte. Sie hatte sich zuvor um eine Nachfolgerin bemüht und Ursula Piehler, aufgewachsen im masurischen Kirchdorf Kruglanken, Mitglied der Münchner Frauengruppe Nord/Süd und bereits in sozialen Verbänden engagiert, dafür vorgeschlagen. Sie wurde einstimmig gewählt und die Wahl von den Delegierten bestätigt. Der Landesvorsitzende Friedrich-Wilhelm Böld dankte Ursula Rosenkranz für die hervorragende Arbeit bei der Führung und Betreuung der Frauengruppe. Ursula Rosenkranz bedankte sich ihrerseits für die Unterstützung durch den Landesvorstand wie auch durch die Bezirks- und Kreisvorsitzenden. Seit 1983 Leiterin der Erlanger Frauengruppe, trat sie 1996 die Nachfolge der jetzigen Ehrenvorsitzenden Anni Walther an, hielt engen Kontakt zu den Frauengruppen, besuchte ihre Veranstaltungen und organisierte eigene Treffen der Gruppenleiterinnen sowie solche im Rahmen der jährlich stattfindenden Kulturtage der Landesgruppe, an denen 1997 die damalige Bundesvorsitzende des ostpreußischen Frauenkreises, Hilde Michalski, und im März 2000 ihre Nachfolgerin Uta Lüttich sowie die Bundesfrauenreferentin der Landsmannschaft Westpreußen, Sibylle Dreher, teilnahmen. Außerdem unterstützte sie die Arbeit der Leiterinnen durch regelmäßige Zusendungen von Informations- und Kulturmaterial. Im Jahr 2000 erstellte Ursula Rosenkranz für das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Leipzig zum Thema „Erhalten und Gestalten" Schautafeln von der Frauenarbeit in Bayern und organisierte die Ausstellung eines der 3,5 x 2,5 Meter großen Wandteppiche. Das letzte Treffen der Frauengruppe München Nord/Süd im festlich, mit Handarbeiten geschmückten Versammlungsraum des Hauses des Deutschen Ostens, bereitete die Leiterin Erika Lausch, um mit warmherzigen Worten Ursula Rosenkranz im Namen der Frauen zu danken. Sie überreichte der Scheidenden einen von ihr in künstlerischer Häkelarbeit angefertigten Strauß Korn- und Mohnblumen als Symbol der ost- und westpreußischen Heimat.



Abschied vom Ehrenamt der Landesfrauenleiterin: *Ursula Piehler, Ursula Rosenkranz, Erika Lausch (v. l. n. r.), davor sitzend Anni Walther* Foto privat

Augsburg – Sonnabend, 27. Januar, 15 Uhr, Mitgliederversammlung mit Tonbandvorführung „Der Weizenstrauß" in Mundart von Ruth Geede in den Zirbelstuben.

Kempten – Sonnabend, 27. Januar, 15 Uhr, Treffen im Kolpinghaus (Wintergarten), Linggstraße.

Landesgruppe Hessen



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Darmstadt – Sonnabend, 20. Januar, 15 Uhr, Monatstreffen im Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel wird auf großer Leinwand der Videofilm „Flug über Nord-Ostpreußen" vorgeführt.

Dillenburg – Mittwoch, 31. Januar, 15 Uhr, Treffen im Hof Feldbach anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Gruppe.

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



Vors.: Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Tel. (02 11) 39 57 63, Neckarstr. 23, 40219 Düsseldorf

Aachen – Mittwoch, 24. Januar, 15 Uhr, Videonachmittag im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, im Saal des Restaurants Zum Griechen (fünf Minuten vom Hauptbahnhof, gleich am „Maschiertor"). Es wird ein Video über Königsberg vor 1945 und ein Film über Friedrich I., seine Krönung und sein Wirken gezeigt.

Bad Godesberg – Sonntag, 28. Januar, 14.15 Uhr, Jahreshauptversammlung und anschließend „Karneval und Fastnacht vom Rhein bis an die Memel" in der Stadthalle Bad Godesberg. Hütchen und Kostüme erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Düren – Freitag, 19. Januar, 18 Uhr, Heimatabend im Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a. Es wird über den Ausflug in den Harz gesprochen, der im August stattfinden soll. Anmeldungen werden dann entgegengenommen. – Sonnabend, 3. Februar, 18 Uhr, Kappen- und Kostümfest mit Senioren im Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a. Es spielt die Kapelle „Hans und Helga". Gäste sind herzlich willkommen.

Gevelsberg – Sonnabend, 20. Januar, 18.30 Uhr, kultureller Heimatabend in der Gaststätte Sportlerklause, Wittener Straße 24. Bei gemütlichem Beisammensein werden Geschichten aus Ostpreußen vorgetragen, anschließend findet ein Grützwurstessen statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Leverkusen – Sonnabend, 3. Februar, 19 Uhr (Einlaß 18 Uhr), Karnevals-Faschingsfeier in der Bundeshalle St. Stephanus-Kirche, Bürrig. Ein großartiges Programm mit vielen Überraschungen wird geboten. Das Tanzcorps „Treuer Husar" erfreut die Gäste mit seinem Können. Die eigenen Kulturgruppen haben einiges vorbereitet. Zum Tanz spielen die bereits bekannten „Gypsis". Dieser Abend unter dem Motto „Wintervergnügen im Fasching" soll die heimatliche Faschingsfeier mit dem Kölner Karneval verbinden. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Der Eintritt kostet 20 DM an der Abendkasse oder im Vorverkauf bei Pelka, Telefon 02 14/9 57 63.

Landesgruppe Rheinland-Pfalz



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. Februar, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 3. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Bericht des 1. Vorsitzenden, Bericht der Kassenführerin, Bericht der Kassenprüfung und Bericht der Frauenreferentin. Anschließend närrischer Heimatnachmittag mit Kreppelkaffee. Anmeldung für die Kreppel bei Frau Biniakowski, Telefon 67 73 95. Um karnevalistische Beiträge wird gebeten.

Neustadt/Weinstraße – Sonnabend, 27. Januar, 17 Uhr, Matjesessen im Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26 (Erdgeschoß). Essenspreis 9,50 DM. Verbindliche Vorbestellung bis 17. Januar bei Otto Waschkowski, Telefon 8 62 44.

Landesgruppe Sachsen



Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Mühlenstraße 108, 09111 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag 10 bis 12 Uhr.

Dresden – Vorankündigung: Sonnabend, 21. April, 10 bis 16 Uhr, Ostpreußischer Kirchentag unter dem Thema „Ernst Wiechert, Dichter und Gottsucher" im Gemeindesaal der Christuskirche, Elsa-Brandström-Straße 1, Dresden-Strehlen. Um Anmeldung wird gebeten. Auskünfte erteilt Elfriede Rick, Defreggerstraße 3, 01219 Dresden, Telefon 03 51/4 71 30 86.

Landesgruppe Schleswig-Holstein



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Montag, 29. Januar, 17 Uhr, Grünkohlessen mit Röstkartoffeln, Kasseler, Schweinebacke und Kohlwurst im Jugendfreizeitheim Bad Schwartau, Ludwig-Jahn-Straße 7. Anmeldung bis 25. Januar bei den bekannten Annahmestellen Blumen-Böckmann, Am Markt 10, und Lotto- und Toto-Annahmestelle Soer, Cleverhofer Weg 120.

Burg/Fehmarn – Sonnabend, 3. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Haus im Stadtpark". Nach den Regularien wird der Videofilm „Dampfreise nach Königsberg" gezeigt. Es handelt sich hierbei um eine nostalgische Bahnfahrt von Berlin nach Königsberg mit dem Königsberg-Expreß. Anschließend wird ein kostenloser Imbiß gereicht.

Lübeck-Travemünde – Donnerstag, 25. Januar, kostenlose „Dankeschön-Tour" für alle Mitglieder der Gruppe sowie der Memellandgruppe Lübeck. Abfahrt 10 Uhr ab ZOB-Lübeck sowie 10.45 Uhr ab Travemünde-Strandbahnhof. Ziele sind Timmendorfer Strand, wo gemeinsam mit Direktor J. Stop das Mittagessen eingenommen wird, sowie Dersau am Plöner See, wo Direktor W. Leiber mit einer Kaffeetafel auf die Teilnehmer wartet. Umgehende Anmeldung bei Meigies, Telefon 04 51/3 38 75 oder 0 45 02/7 49 70, erbeten. Gäste können bei einem geringen Fahrtkostenzuschuß ebenfalls teilnehmen.

Mölln – Achtung Änderung: Statt auf der Monatsversammlung am 24. Januar trifft sich die Gruppe am Montag, 22. Januar, 15.30 Uhr, im Quellenhof. Dr. Albrecht Ziburski zeigt „Bilder aus Masuren, Danzig und Pommern". Bei zahlreichem Erscheinen wird der Eintrittspreis von 16 DM auf 14 DM gesenkt, deshalb umgehende Anmeldung bei Hans-Georg v. Sanden, Telefon 0 45 42/45 10.

Neumünster – Mittwoch, 24. Januar, 15 Uhr, Treffen in der „Kantklause" am Kantplatz. Es wird Unterhaltsames und Lustiges aus der Heimat vorgetragen.

Ostpreußisches Urgestein

Zum 75. Geburtstag von Fritz Kalweit



Am 21. Januar 1926 wurde Fritz Kalweit in Schmilgen, Kreis Gumbinnen, geboren. In Waiwern besuchte er die Volksschule. Ab 1943 absolvierte er eine Lehre als Sattler und Polsterer bei der Firma Johann Viehöfer in der Goldaper Straße in Gumbinnen. Anschließend arbeitete er kurze Zeit im elterlichen Betrieb als Sattler und Polsterer. Er wurde ins Wehrertüchtigungslager, zum Arbeitsdienst nach Bismarckhügel bei Liebenfelde, Kreis Labiau, und zum Militär eingezogen. 1944 geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung fand Fritz Kalweit in Gelnhausen eine Arbeitsstelle in seinem Beruf. Nachdem er im Laufe der Jahre bei fünf verschiedenen Stellen in Gelnhausen und Frankfurt tätig war, gründete er im Jahre 1952 eine Sattlerei und Polsterei in Gelnhausen. Mit Mut und Ausdauer hat er es geschafft, den Betrieb bis heute zu erhalten. Stolz erzählt er: „Von den damals sieben großen Konkurrenzbetrieben existiert keiner mehr". 1948 heiratete er seine Frau Luise; aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.

Seit 1948 ist Fritz Kalweit Mitglied der Kreisgruppe Gelnhausen. In der Anfangszeit war er als Kassierer tätig. Von 1980 bis 1995 war er Vorsitzender der Kreisgruppe, ferner wurde er in den Landesvorstand Hessen gewählt. Als Kreistagsmitglied wurde Kalweit in den Gumbinner Kreistag in Bielefeld gewählt, und auch im BdV in Gelnhausen war er einige Jahre tätig.

Besonders ausgezeichnet hat sich der Gumbinner als Initiator des „Treckdenkmals" in Gelnhausen. Er kümmerte sich um die Gestaltung und Finanzierung dieses Vertreibungsdenkmals. Von 1991 bis 2000 war Kalweit verantwortlich für die von ihm gegründete „Humanitäre Hilfe zur Selbsthilfe Nord-Ostpreußen". 14mal führte Kalweit große Hilfslieferungen nach Ostpreußen für die sich damals ansiedelnden Rußlanddeutschen durch und brachte Landmaschinen und Kleiderspenden für die notleidenden Bewohner. Auch Transporte anderer Hilfsorganisationen finanzierte er. „Ich habe das gerne und mit dem Herzen getan", sagt der Ostpreuße, „aber ohne die tatkräftige Mithilfe meiner lieben Frau Luise (Nichtostpreußin), der ich ganz herzlich danke, wäre mir dies alles nicht möglich gewesen. Sie packte Tausende von Paketen, sie war immer da, wenn ich sie brauchte."

Von der Bundesrepublik erhielt der rührige Ostpreuße die Verdienstmedaille des Verdienstordens, vom Land Hessen den Landesehrenbrief, von der LO das Silberne Ehrenzeichen, von der Landesgruppe Hessen das Goldene Ehrenzeichen, vom BdV-Hessen das Ehrenzeichen in Gold.

Die Mitglieder der Kreisgruppe wünschen ihrem Ehrenvorsitzenden alles Gute zu seinem 75. Geburtstag und hoffen, daß er noch lange in ihrem Kreis tätig sein kann. **R. H.**

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Ebenrode (Stallupönen)



Kreisvertreter: Paul Heinacher, Telefon (0 41 83) 22 74, Fax (0 41 83) 23 68, Lindenstraße 14, 21266 Jesteburg. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Billungstraße 29, 29614 Soltau

Nachrichten aus dem Heimatkreis – Nach der in den zurückliegenden Wochen erfolgten Wahl der Verwaltungsleiter (Landräte) in den einzelnen Verwaltungsgebieten des Königsberger Gebietes konnte der bisherige Verwaltungsleiter in Ebenrode, Aleksander Ivanic Akinin, nicht die erforderliche Stimmenanzahl erreichen. Sein Nachfolger wurde Nikolai Anatolewitsch Potschebut, der bisher als Leiter des Argrarbetriebes in Groß Degesen tätig war. In seinem Brief vom 6. Dezember 2000 an den Kreisvertreter schreibt Aleksander Akinin wie folgt: „Mit tiefer Befriedigung erinnere ich mich an unsere Begegnungen, die gemeinsame Arbeit zur Kräftigung der Freundschaft zwischen unseren Völkern. Dank Ihnen haben wir in Deutschland neue Freunde gewonnen, wurde große Arbeit zur Erweisung von Hilfe in schwerer Zeit geleistet. Das Leben geht weiter, und ich drücke meine Zuversicht auf weitere Zusammenarbeit aus, wünsche Ihnen und Ihrer Familie, allen unseren deutschen Freunden Gesundheit und Erfolg in allen Angelegenheiten. Vielen Dank für alles! Mit Achtung A. Akinin." In diesem Zusammenhang wird auch auf die Rede von Aleksander Akinin während des Hauptkreistreffens am 10. September 2000 in Winsen (Luhe) hingewiesen, die im 37. Heimatbrief auf Seite 187 übersetzt übernommen worden ist. Am 22. Dezember 2000 trafen per Fax beim Kreisvertreter Grüße und Glückwünsche des neuen Verwaltungschefs Potschebut an die Angehörigen der Kreisgemeinschaft Ebenrode ein, worin er lobend das Wirken unserer Gemeinschaft in den zurückliegenden Jahren erwähnt. Er schließt sein Schreiben mit den Worten: „Ich nutze die Gelegenheit, mich für die Gratulationen zu meiner Wahl als Chef des Rayons zu bedanken. Ich drücke meine Zuversicht aus, die weitere Entwicklung und Erweiterung der gemeinsamen Tätigkeit betreffend, die auf die Lösung für den Rayon lebenswichtiger Probleme gerichtet ist. Die Bewohner des Rayons drücken ihre tiefe Dankbarkeit für Ihre selbstlose Hilfe und Unterstützung in schwerer Zeit aus. Mit Achtung, Chef der Verwaltung des Rayons Nesterow, N. A. Potschebut." Es darf an dieser Stelle an die Ausführungen des Kreisvertreters auf Seite 219 des 37. Heimatbriefes hingewiesen werden, worin er zu den Bemühungen der Kreisgemeinschaft unter dem Titel „Gemeinsam wollen wir völkerverbindendes Wirken in der ostpreußischen Heimat fortsetzen!" Stellung nimmt. Es wird gebeten, die Bezeichnung des Spendenkontos am Schluß des Beitrages handschriftlich zu berichtigen. Es muß richtig heißen: „Hilfe für Nordostpreußen", Konto-Nr. 1010420 bei der Sparkasse Harburg-Buxtehude, BLZ 207 500 00. Es wurde wiederholt die Frage gestellt, warum für das vorgenannte Konto keine Überweisungsträger beiliegen. Es wird sehr herzlich darum gebeten, bei Spendeneinzahlungen in diesem Fall die bei den Poststellen vorliegenden Überweisungsträger zu verwenden. Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch ausgestellt.

Jostenbandweben und Stricken im Ostheim

Bad Pyrmont – In einem 3-Tage-Seminar bietet der Ostheim e. V. in der Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim in Bad Pyrmont die Möglichkeit, das Jostenbandweben und die Stricktechniken des Doppelstrickens und des Schlaufenhandschuhstrickens zu erlernen. Für die Stricktechniken sind Vorkenntnisse im Stricken erforderlich. Das Seminar beginnt am Donnerstag, 1. März, um 15 Uhr mit einer Einführung und endet am Sonntag, 4. März, nach dem Mittagessen gegen 13 Uhr. Die Seminargebühr beträgt 265 DM im Doppelzimmer sowie 300 DM im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension wie auch die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können direkt vor Ort erworben werden. Anmeldungen und Anfragen beim Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte – Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon 0 52 81/93 61–0, Fax 93 61–11.

Gerdauen



Kreisvertreter: Burkhard Riechert, Telefon (03 65) 8 31 01 23, Fax (03 65) 8 31 01 24, Steinweg 28, 07545 Gera. Stellv. Kreisvertreterin: Karin Leon, Telefon (0 50 31) 25 89, Am Stadtgraben 33, 31515 Wunstorf

Sonderaktion – Wir möchten noch einmal auf unsere Sonderaktion bezüglich Bildband und Kreisbuch aufmerksam machen: Der Bildband „Kreis Gerdauen unvergessen" mit Bildern aus allen Kirchspielen und das Kreisbuch „Der Kreis Gerdauen" können noch bis zum 31. Mai zum Sonderpreis von 34,50 DM bzw. 27,50 DM bei der Kreisgemeinschaft erworben werden. Wer beide Bücher im Paket bestellt, zahlt nur 60 DM und spart außerdem die sonst anfallenden Versandkosten. Bestellungen richten Sie bitte an Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28 a, 24977 Langballigholz. Der Sendung liegt dann ein Überweisungsträger zur Bezahlung bei.

Kirchspieltreffen Groß Schönau/Friedenberg – Wie im Heimatbrief Nr. 26 bereits erwähnt, findet das nächste Treffen der Kirchspiele Groß Schönau (mit Lindenau, Keulenburg, Kaydann und Stablack) und Friedenberg (mit Schakenhof und Rädtkeim) am Freitag vor dem diesjährigen Hauptkreistreffen (31. August) um 14 Uhr im Kurhaus von Bad Nenndorf statt.

Heiligenbeil



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Fahrt der Grünwalder nach Heiligenbeil – Auch die Gemeinde Grünwalde im Kirchspiel Heiligenbeil-Land hat einen sehr aktiven Ortsvertreter, der mit informativen Rundbriefen seine Landsleute regelmäßig erfreut und damit zusammenhält. Auch eine interessante Chronik seines Heimatdorfes stammt aus seiner Feder. In seinem letzten Rundbrief vom Dezember hat er zu einer Fahrt nach Grünwalde eingeladen und zur Teilnahme an dem Heiligenbeiler Jubiläum Ende Juli 2001 aufgerufen. Er hat einen kleineren Bus mit maximal 16 Personen bei Abfahrt von Leipzig fest gebucht. Angesichts des Jahres waren nur noch fünf Plätze frei. Wer Interesse hat mitzufahren – auch Landsleute aus anderen Gemeinden – melde sich sofort bei Landsmann Rudi Helwing, Alfred-Schurig-Straße 9, 04318 Leipzig, Telefon 03 41/2 31 29 83. Die Reise beginnt am 24. Juli und endet am 31. Juli. Am 28. und 29. Juli ist man in der Stadt Heiligenbeil und dem umliegenden Gebiet, einschließlich Grünwalde. Weitere Einzelheiten wie Reisepreis und Nebenkosten teilt Landsmann Helwing auf Anfrage gerne mit. Die Fahrt der Grünwalder ist somit die 15. angemeldete Reise unserer Gemeinschaft zum Treffen in Heiligenbeil.

Sondertreffen 2001 im Heimatblatt – Mit meinem Weihnachtsrundbrief hatte ich darum gebeten, mir die Termine für geplante Sondertreffen in 2001 schriftlich bis zum 20. Januar zu melden, um von mir im nächsten Heimatblatt veröffentlicht zu werden. Gemeldet haben sich nur die Gemeinde Schwengels sowie die Kirchspiele Bladiau, Brandenburg und Eichholz. Dies ist der letzte Aufruf.

Labiau



Stellvertr. Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holst., Telefon (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (0 48 21) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Helmut Oesterle aus Lablacken 75 Jahre – Wir gratulieren nachträglich unserem langjährigen Kirchspielvertreter und ehemaligen Redakteur „von Tohus" zum 75. Geburtstag, den er am 4. Januar im Kreise seiner Familie und Freunde feiern konnte. Helmut Oesterle wurde in Pronitten als Sohn des Meiereileiters geboren. Nach der Vertreibung absolvierte er in Hamburg ein Studium zum Hoch- und Tiefbau-Ingenieur. In Hamburg lernte er auch seine Frau Gerda kennen. Inzwischen im Ruhestand, ist unser Landsmann keineswegs untätig. Er lernt Russisch und frönt seinem Hobby als Jäger und Heger. Große Freude bereitet den Oesterles auch ihr in Südamerika geborenes Enkelkind, das sie aber bisher leider nur über das Internet bewundern konnten. Für unsere Kreisgemeinschaft hat sich Helmut Oesterle stets vorbildlich und mit sehr viel Sachverstand eingesetzt. Seine Mitarbeit und seine Anregungen haben immer zu fruchtbaren Ergebnissen geführt. So wünschen wir uns, daß er noch recht lange mit seinem Wissen mithilft, die Geschicke der Kreisgemeinschaft in die richtigen Bahnen zu lenken.

Armenspeisung in Labiau – Mit Hilfe von Geldspenden organisierte Erich Schmakeit für 180 arme Familien, Obdachlose und Straßenkinder ein warmes Essen, für viele dieser Ärmsten der Armen das erste reichhaltige Essen seit langem. Im Restaurant in der Königsberger Straße war für die Bedürftigen, die von der Schule und vom Sozialamt ausgesucht worden waren, eine Tafel gedeckt. Lisa Selenkow, Vorsitzende der evangelischen Kirchengemeinde, Marina, stellvertretende Schulrätin des Rayons, und Paul, Schulrat i. R., hatten dieses Essen im Auftrage von Erich Schmakeit organisiert, und es klappte auch alles vorzüglich. Erich Schmakeit ist zur Zeit wieder in Labiau und plant, für die ganz Bedürftigen die Teilnahme an der örtlichen Speisung zu sichern, denn diese müssen dort einen kleinen Beitrag zu einer Speisung zuzahlen. Auch wenn es sich nur um wenige Rubel im Monat handelt, ist dieser Betrag für diese Menschen doch zu hoch. Weiterhin kümmert sich Schmakeit um Familien in unserem gesamten Kreisgebiet, denen mit einem kleinen Beitrag an Naturalien und Anleitungen die Selbstversorgung erleichtert wird.

Lauknen – Jürgen Leiste vom Verein Anthropos Für die Kinder dieser Welt e. V. berichtet, daß der Innenausbau des „Moosbruchhauses" in Lauknen nun der Vollendung entgegensieht und in dieser Saison ab etwa Juni mit den ersten Besuchern zu rechnen ist. – Das Heim für psychisch gestörte Menschen hat teilweise einen neuen Zaun erhalten. – Es sind Maßnahmen zum Erhalt des Restkirchturms geplant. Hoffen wir, daß Meister Adebar noch recht lange sein Nest auf der Ruine bauen kann.

Memel, Heydekrug, Pogegen



Kreisvertreter Stadt: Viktor Kittel. Land: Ewald Rugullis, Heydekrug: Irene Blankenheim. Pogegen: Kreisvertreter: Walter Kubat, Geschäftsstelle für alle vier Kreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Heimatgruppe Lübeck – Die Memellandgruppe und die LO-Gruppe Lübeck-Travemünde laden alle ihre Mitglieder zu einer kostenlosen „Dankeschön-Tour" ein. Wir starten am Donnerstag, 25. Januar, 10 Uhr, vom ZOB-Lübeck und um 10.45 Uhr von Travemünde-Strandbahnhof nach Timmendorfer Strand, wo ein gemeinsames Mittagessen mit Direktor J. Stop auf dem Programm steht. Weiter geht es nach Dersau am Plöner See. Hier werden wir mit Direktor W. Leiber gemeinsam an einer Kaffeetafel sitzen. Sofortige Anmeldung bei Meigies, Telefon 04 51/3 38 75 oder 0 45 02/7 49 70, erbeten. Gäste können bei einem geringen Fahrtkostenzuschuß ebenfalls teilnehmen.

Osterode



Kreisvertreter: Prof. Dr. E. R. Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt/Oder, Telefon (0 35) 53 90 96. Geschäftsführer Lothar Scherlin, Dürerstraße 9, 42119 Wuppertal, Telefon (02 02) 42 37 83

Busreisen in den Heimatkreis – Die im Heimatbrief „Osteroder Zeitung" (Folge 94, Seite 80) angekündigte Busfahrt nach Osterode und in das Kirchspiel Manchengut vom 13. bis 22. Juli ist bereits ausgebucht. Aufgrund der großen Nachfrage ist eine zweite Busfahrt geplant; Reistermin 12. bis 21. Mai. Unterbringung im Hotel Milomlyn in Liebemühl mit je einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise. Abfahrt am 12. Mai von Düsseldorf/Reisebushaltestelle Worringer Straße mit Zusteigemöglichkeiten an diversen Haltepunkten, Autobahn-Raststätten und ZOB. Geboten wird ein umfangreiches und geselliges Ausflugsprogramm, z. B. Rundfahrt durch das schöne Oberland, Schiffsfahrt über die fünf Rollberge des Oberlandkanals (Fahrtdauer etwa zwei Stunden), Ausflug zur Marienburg mit Burgbesichtigung, Masurenrundreise (u. a. Heiligelinde, Kruttinnen), Museumsbesuch im Alten Ordensschloß in Osterode. Wir sind zu Gast bei den Deutschen Vereinen in Osterode und Hohenstein. Dort erwartet uns jeweils eine gemeinsame Kaffeetafel und im „Deutschen Haus" in Osterode ein gemütlicher Grillabend. Wir singen unsere schönen Volks- und Heimatlieder mit Akkordeonbegleitung (auch schon unterwegs im Reisebus). Alle interessierten Landsleute sind herzlich eingeladen. Ein ausführliches Reiseprogramm kann bei Günther Behrendt, Qualenriethe 9, 31535 Neustadt, Telefon 0 50 32/6 16 14, Fax 94 92 72, oder bei der Firma Plewka, West-Ost-Reiseservice, Schützenstraße 91, 45699 Herten, Telefon 0 23 66/3 56 51, Fax 8 15 89, angefordert werden.

Schloßberg (Pillkallen)



Kreisvertreter: Arno Litty, Telefon (0 30) 7 03 72 62 Britzer Straße 81, 12109 Berlin. Geschäftsstelle: Marie-Luise Steinzen, Tel. (0 41 71) 24 00, Fax (0 41 71) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Ostpreußenfahrt 2001 – Auch in diesem Jahr veranstaltet die Kreisgemeinschaft eine Busreise in die Heimatprovinz Ostpreußen. Die Reise beginnt am 2. Mai in Rotenburg (Wümme) und endet am 14. Mai dort. Die ersten Stationen sind Kolberg (Übernachtung), Marienburg (Besichtigung) und Elbing (Übernachtung). Von Elbing aus ist eine Schiffsfahrt über den Oberländischen Kanal vorgesehen. Wir fahren dann weiter nach Königsberg. Ein Tagesausflug führt am nächsten Tag zur Samlandküste und zur Kurischen Nehrung nach Sarkau, Rossitten und Pillkoppen. Nach zwei Übernachtungen in Königsberg fahren wir weiter nach Gumbinnen und Insterburg, wo wir dreimal übernachten. Ein Tagesausflug führt nach Tilsit, Schloßberg und Haselberg. Der nächste Tag steht für persönliche Unternehmungen zur Verfügung. Dann geht es nach Masuren, wo wir zwei Nächte in Nikolaiken bleiben. Von dort aus findet eine Masurenrundfahrt mit Schiffsfahrt von Nikolaiken bis Niedersee statt, eventuell mit Kahnfahrt auf der Kruttinna. Weitere Stationen auf der Rückreise sind Frauenburg (mit Dombesichtigung) und Danzig, wo wir zweimal übernachten. Eine Stadtrundfahrt führt am nächsten Tag bis Zoppot und Oliva. Dann reisen wir westwärts nach Stettin, wo wir nach einer Stadtrundfahrt im Hotel Radisson zu Abend essen und übernachten. Anschließend erfolgt die Rückreise nach Rotenburg (Wümme). Die Kosten für die Reise betragen 1640 DM zuzüglich russischer Visagebühr von etwa 80 DM und gegebenenfalls Einzelzimmerzuschlag von 390 DM. Das interessante, vielfältige Programm der Reise bietet allen Landsleuten und Freunden Ostpreußens die Gelegenheit, dieses landschaftlich so reizvolle Gebiet mit seinen Veränderungen nach mehr als 55 Jahren kennenzulernen. Für die Reise liegen schon Anmeldungen vor. Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Schloßberg zu richten oder direkt an den Organisator und Begleiter der Reise, Arno Litty (Adresse s. o.). Da die Visa rechtzeitig beantragt werden müssen, sollten die verbindlichen Anmeldungen bis Ende Februar eingegangen sein. Weitere Informationen folgen dann.

Sensburg



Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstraße 9, 32602 Vlotho, Telefon (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: In Stadtverwaltung Remscheid, Nordstraße 74, 42849 Remscheid, Tel. (0 21 91) 16 37 18

Der 45. Sensburger Heimatbrief liegt vor und wurde Anfang Dezember an die Mitglieder der Kreisgemeinschaft verschickt. Ein großer Pakken ging an die Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze", wo er sehnlich erwartet wurde. Die Titelgeschichte ist noch einmal dem großen Dichter und Schriftsteller Ernst Wiechert gewidmet anläßlich seines 50. Todestages. Das wechselvolle Schicksal der masurischen Ortschaften stellt Otto Wank, der intensive Nachforschungen in den Museen und Bibliotheken in Berlin, Warschau und Allenstein durchgeführt hat, am Beispiel der Geschichte von Karwen im Kreis Sensburg dar. Einen breiten Raum nimmt wiederum die Berichterstattung über Geschehen „Rund um die Bärentatze" ein. Auch in der Ausgabe 2000 des Heimatbriefes werden Ortspläne und Einwohnerlisten von zahlreichen Ortschaften des Kreises Sensburg vorgestellt. Erinnerungen an Erlebnisse in vergangenen Zeiten und Berichte über Reisen in die Heimat in heutiger Zeit fehlen ebensowenig wie die Berichte über das Kreistreffen und die Kirchspiel- und Ortstreffen sowie die umfangreichen Familiennachrichten. Wer den neuen Heimatbrief bisher nicht erhalten hat und ihn lesen möchte, wende sich bitte an die Geschäftsstelle in 42843 Remscheid, Nordstraße 74. Bitte Adressenänderungen umgehend mitteilen, damit der Heimatbrief wirklich an die richtige Adresse geschickt werden kann.

Tilsit-Stadt



Stadtvertreter: Horst Mertineit. Geschäftsstelle: Hannelore Wassner, Telefon (04 31) 52 06 68, Diedrichstraße 2, 24143 Kiel

Die Heilsarmee – Wiederholt wurde in den Tilsiter Rundbriefen über die Tilsiter Kirchen und über kirchliche Einrichtungen berichtet. Über das segensreiche Wirken der Heilsarmee in Tilsit konnten Artikel bisher leider nicht erscheinen, weil Informationen hierüber kaum vorhanden sind. Personen, die Näheres über Einrichtungen und Aktivitäten der Heilsarmee wissen oder über Fotos und Dokumentationen verfügen, werden gebeten, sich an die Stadtgemeinschaft Kiel, Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, zu wenden. Sofern Originale über Fotos und Dokumente vorhanden sind, werden diese nach entsprechender Auswertung auf Wunsch an die Eigentümer zurückgeschickt.

Reichssender Königsberg

Seminar unter Leitung von Ruth Geede im Ostheim

Bad Pyrmont – Der Ostheim e. V. führt in seiner Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim in Bad Pyrmont vom 26. bis 28. März das Seminar „Der Reichssender Königsberg" durch. In diesem Seminar wird an die verschiedenen Publikationen zu diesem Thema im *Ostpreußenblatt* angeknüpft und die Geschichte des Senders von der Entstehung bis zum Ende durch Zeitzeugen dargelegt. Die Leitung des Seminars liegt in den Händen der Journalistin und Schriftstellerin Ruth Geede, Hamburg, die selbst auch am Sender tätig war.

Als Referenten konnten Hanns Joachim Paris, Seehausen, Abteilungsleiter beim Reichssender Königsberg, Heinz Krüger, Hamburg, Mitglied der Spielschar und des Heinrich-Albert-Chors des Senders, Munin Brust, Langen, der über das Schaffen von Herbert Brust am Reichssender referiert, sowie Lilo Grube (angefragt), Hannover, die letzte Leiterin der Spielschar, gewonnen werden. Im Seminar sollen auch die Teilnehmer ihre Erlebnisse mit und um den Reichssender einbringen.

Das interessante Seminar beginnt am Montag, 26. März, mit dem Abendessen und endet am Mittwoch, 28. März, nach dem Mittagessen. Die Kosten betragen 190 DM, im Doppelzimmer (in sehr geringem Umfang vorhanden) 212 DM und beinhalten Vollpension und die Seminargebühr. Anmeldungen – bitte nur schriftlich – an die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon 0 52 81/93 61–0, Fax 93 61–11. **OB**

Für Sie gelesen

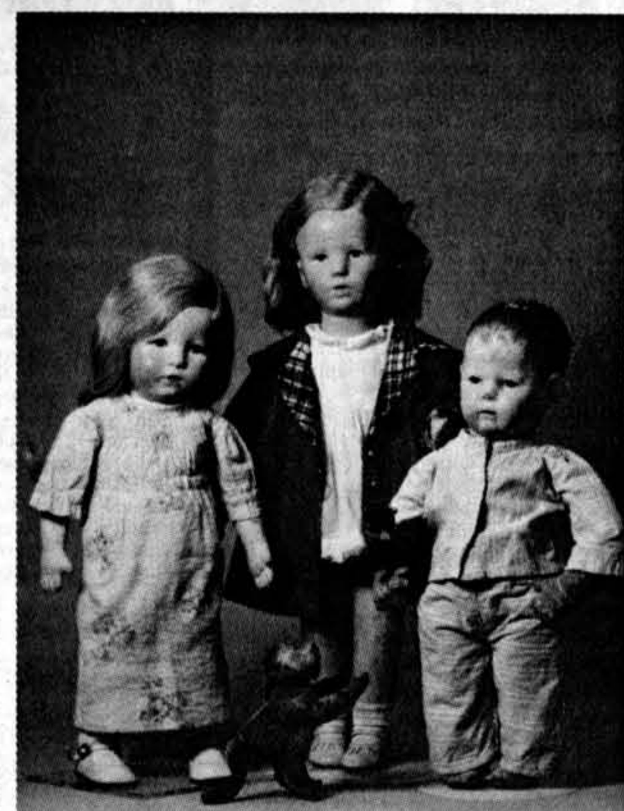
Ruf der Wildnis

Mark hatte sich so auf das Pfadfinderlager gefreut. Doch anstatt mit seinem besten Freund zelten zu gehen, muß der Dreizehnjährige seine Eltern in den Sommerferien auf einer Afrikareise begleiten. Schließlich soll der Junge – da er die Versetzung nicht geschafft hat – unter elterlicher Kontrolle sein. Dort angekommen, kann er sich der Faszination dieses Landes nicht entziehen. Richtig spannend wird es, als Mark entführt wird und zum Stamm der Nandi gelangt. Dort taucht er in eine völlig fremde Welt ein, lernt Jagen, Spurenlesen und Feuer zu machen. Welche Abenteuer Mark erlebt, was ihn in der kenianischen Steppe erwartet und für welche Welt er sich letztendlich entscheidet, lesen Sie in dem spannend geschriebenen Kinderbuch von Stefanie Zweig **Die Spur des Löwen – Eine Freundschaft in Afrika** (Lentz Verlag, München, 174 Seiten, gebunden, 24,90 DM). Die oberschlesische Autorin schildert die völlige Verschiedenartigkeit der westeuropäischen, zivilisierten Welt und dem elementaren Leben der Nandis. Indem sie den Jungen Mark vor Identitätsfragen stellt, konfrontiert die Autorin ebenso den Leser mit Fragen nach der eigenen Kultur und Identität. Einfühlsam beschreibt Stefanie Zweig auch die schwierige Beziehung zwischen Mark und seinen Eltern, wobei sie das Unvermögen des Vaters, auf den Jungen einzugehen, herausarbeitet. Was für Kinder ein spannender Lesespaß ist, bedeutet für aufmerksame „große" Leser eine Auseinandersetzung sowohl mit der afrikanischen und der westeuropäischen Kultur als auch mit pädagogischen Fragen. **CvG**

Meilensteine gesetzt

90 Jahre Käthe-Kruse-Puppen – Ausstellung in Nürnberg

Sie heißen „Schlenkerchen", „Träumerchen" oder „Friedebald", werden von Erwachsenen und Kindern gleichermaßen heiß geliebt, sind zu Sammelobjekten geworden und haben jetzt sogar Museen erobert: die Puppen der Käthe Kruse. So zeigt das Spielzeugmuseum Nürnberg, Karlstraße 13-15, noch bis zum 22. April etwa 130 Ausstellungsstücke zum Thema **Käthe Kruse – 90 Jahre Puppentradition** (dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr, mittwochs 10 bis 21 Uhr).



Begehrt und beliebt: *Puppen von Käthe Kruse* Foto Spielzeugmuseum Nürnberg

Die erste Käthe-Kruse-Puppe erblickte im Jahre 1910 das Licht der Welt, nachdem die 1883 in Dambrau bei Breslau geborene Käthe Kruse bereits 1905 erste Puppen für ihre Kinder selbst gefertigt hatte. Weich, unzerbrechlich und abwaschbar sollten sie ein, die Puppen der mehrfachen Mutter. Die Konkurrenz zu den damals gebräuchlichen Porzellanpuppen war geboren und eroberte die Kinderherzen im Nu. 1910 nahm Käthe Kruse mit ihrer „Puppe I" an einer Ausstellung des Berliner Warenhauses Tietz unter dem Motto „Spielzeug aus eigener Hand" teil und legte so den Grundstein zu ihrer Karriere als Puppenmacherin.

Viele weitere Entwürfe folgten. Die Breslauerin, ausgebildete Schauspielerin und Ehefrau des Bildhauers Max Kruse, entwickelte sich bald zu einer erfolgreichen Unternehmerin mit absolutem Qualitätsanspruch. Neben der gewiß arbeitsreichen Tätigkeit als siebenfache Mutter widmete sich die Geschäftsfrau mit großem Elan auch neuen Herausforderungen. So entwickelte sie in den dreißiger Jahren Schaufensterpuppen, die in Fachkreisen zu einem Begriff wurden und auf Weltausstellungen gar Preise errangen. Für den niederländischen Pavillon auf der Weltausstellung in New York 1939 schuf Käthe Kruse 17 lebensgroße Figuren, die Menschen aus Asien, Afrika und Nordamerika in ihren landesüblichen Trachten zeigten. Drei dieser Unikate können übrigens auch in Nürnberg bewundert werden. Eine Eisdiele, bevölkert von Schaufensterpuppen der fünfziger Jahre, wird den Museumsbesucher gewiß ebenfalls in ihren Bann ziehen.

Die Breslauerin war auch erfindungsreich. So meldete sie 1914 ein Patent für ein Metallskelett zur Herstellung von Puppenstubenfiguren an; 1922 meldete sie für „Schlenkerchen", eine voll bewegliche Puppe auf Drahtskelettbasis, ebenfalls ein Patent an. Ihre Lieblingspuppe jedoch war „Friedebald", trug diese doch die Gesichtszüge ihres gleichnamigen Sohns, der 1944 in Rußland fiel.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Käthe Kruse gezwungen, ihr Werk in Bad Kösen aufzugeben, die „Reste" wurden in einen volkseigenen Betrieb umgewandelt. Dort stellte man bis 1967 Puppen im Stil der Käthe Kruse unter der Bezeichnung „Kösener Künstlerpuppen" her. Die Familie Kruse versuchte einen Neuanfang zunächst in Bad Pyrmont, dann in Donauwörth, wo sich der Betrieb heute noch befindet, allerdings nicht mehr in Familienbesitz. – Käthe Kruse starb 1968 in Murnau. Die Mutter der Puppen zum Liebhaben hat Meilensteine in der Spielzeugproduktion gesetzt, vor allem aber hat sie die Herzen der Kinder erfreut. **Silke Osman**

Fritz oder Tamagotchi?

Spielzeug damals und heute

Vergiß nicht einen Knicks zu machen und antworte nur, wenn du gefragt wirst", sagt die Mutter zu ihrer kleinen Tochter, zieht ihr die Kniestrümpfe hoch und ordnet nochmal die Schleifen an Elisabeths Zöpfen, faßt sie bei der Hand und gemeinsam steigen beide die Treppe hoch, die zu Tante Minnas Wohnung führt. Oben klopft die Mutter an die braungestrichene Tür, die nach einem kleinen Weilchen geöffnet wird. Tante Minna! Alles ist wie immer, bei der Tante: die Dielen sind weiß gescheuert, die Flickerteppiche darauf wie neu. In der Mitte der Stube steht der gedeckte Kaffeetisch.

Nachdem die Tante ihre Gäste versorgt hat, setzt sie sich zu ihnen an den Tisch, und die beiden Frauen fangen an, sich zu unterhalten. Das ist langweilig für Elisabeth, denn sonst ist es still in der Stube, nur am Fliegenfänger sirren ein paar sterbende Fliegen, und warm. Sie würde einschlafen, gäbe es nicht die Puppen, die am Kopfende von Tante Minnas Bett sitzen.

Vorn, als erste, sitzt die „Dame", wie Elisabeth sie bei sich nennt. Die Dame hat einen richtigen Hut auf ihren Locken sitzen und an ihrem Arm hängt ein kleiner Pompadur. Was da wohl drin sein mag? Zu niedlich! Dann folgen die Zwillinge, beide mit gleichem Anzug angetan. Und dann kommt Fritz! Fritz, den sie besonders gern hat. Er hat einen Matrosenanzug an, weiße Strümpfe, richtige kleine Schuhe und auf dem Rücken einen winzigen Tornister, an dessen einer Seite an Fäden ein kleiner Lappen und ein winziger Schwamm hängen.

Elisabeth wird schläfrig. Abwechselnd sieht sie auf die Puppen und auf Tante Minnas sprechenden Mund mit den großen Zähnen. Rotkäppchen kommt ihr in den Sinn „Großmutter, warum hast du ...". Um der Tante etwas Nettes zu sagen – vielleicht darf sie ja dann eine der Puppen halten –, sagt sie: „Du hast aber schöne Zähne, Tante Minna." Warum beide Frauen zu lachen anfangen, wird die Mutter ihr erst später erklären. Trotzdem gibt es keine Puppe auf den Arm. – Als Elisabeth mit der Mutter wieder nach Hause geht, ist sie von der Wärme, der Stille bei der Tante und dem Wunsch nach Fritz wie betäubt; daß sie Tante Minnas Zähne nicht hatte erwähnen sollen – weil die falsch sind – hört sie nur am Ende. Alles war falsch, was sie machte. Falsche Zähne? Das hatte sie ja noch nie gehört!

Vor einiger Zeit hat nun in der Nähe von der alten Elisabeth – sie ist heute über siebzig Jahre alt – ein Puppenladen aufgemacht. In den Schaufenstern eine Unzahl von Puppen. Oft bleibt sie davor stehen und einmal meinte sie sogar, Fritz unter ihnen entdeckt zu haben. Nicht Kinder bleiben vor den Fenstern stehen, fällt ihr auf. Es sind meistens ältere Frauen wie sie selbst. Liegt es daran, daß ihre Generation ihre Kinder- und Puppenzeit nicht ausleben konnte?

Als es damals hieß, Tante Minna sei „dort" geblieben, konnte sie das gut verstehen. Wer vermochte sich schon von solchen Puppen zu trennen! Sie selbst hatte auch nur eine mitnehmen dürfen auf den großen Treck. Welche Qual war das für sie als Puppenmutter gewesen, eine von den Vielgeliebten auszuwählen. Und die ging dann auch noch unterwegs verloren.

Vielleicht kann man heute ein Tamagotchi eher zurücklassen als heißgeliebte Puppenkinder. Festlegen will sie sich aber nicht, wenn sie die Besessenheit erlebt, mit der ihre Enkel diese pflegebedürftigen elektronischen Monster „füttern" und „beschäftigen" müssen, damit sie nicht eingehen. **Christel Bethke**

Das große Vergessen

Alzheimer-Krankheit: Ratgeber neu erschienen

Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können", dieser oft und gern zitierte Satz des Dichters Jean Paul hat in unseren Tagen an Bedeutung verloren. Das Schreckgespenst des Alters, die Alzheimer-Krankheit, geht um. Vor allem seit man weiß, daß Prominente wie der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan und der Geigenvirtuose Helmut Zacharias von dieser Krankheit betroffen sind, daß zum Beispiel auch Herbert Wehner daran gestorben ist, rückt dieses unheimliche Leiden immer mehr in das Bewußtsein der Menschen. Schließlich ist die Alzheimer-Krankheit kein Leiden, daß nur Randgruppen befällt; jeder kann eines Tages davon betroffen sein und nach und nach sein Gedächtnis, seine Erinnerung verlieren, hilflos werden wie ein neugeborenes Kind.

Alzheimer – für Betroffene und pflegende Angehörige gleichermaßen furchtbar, zu hilflos steht man plötzlich vor der Tatsache, daß ein geliebter und vertrauter Mensch geistig abbaut, aggressiv, ja fremd wird. In Deutschland leiden etwa 5 Prozent aller Menschen über 65 Jahre an der Alzheimer-Krankheit. Erste Ablagerungen im Gehirn, für Alzheimer typisch, finden sich schon im Gehirn 50jähriger. Oft dauert der Zerstörungsprozeß gar 30 Jahre, bis die Krankheit tatsächlich ausbricht.

Was die Medizin bisher über dieses Altersleiden weiß, wie sich pflegende Angehörige am besten verhalten, was man vorbeugend gegen Alzheimer bereits in jungen Jahren tun kann, das hat die Biologin und Wissenschaftsjournalistin Dr. Annelies Furtmyr-Schuh in ihrem Buch **Die Alzheimer-Krankheit – Das große Vergessen** (Kreuz Verlag, Zürich. 220 Seiten, brosch., 29,90 DM) anschaulich erläutert. Der in vollständig überarbeiteter und erweiterter Ausgabe vorliegende Band wird von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. empfohlen und enthält viele nützliche Ratschläge und erschütternde Beispiele. – Ein erschreckendes, zugleich aber auch hoffnungsfroh stimmendes Buch. **os**



Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,

es sind schon manchmal recht eigenartige Dinge, die an mich herangetragen werden, und die – wenn überhaupt – nur unsere Ostpreußische Familie lösen kann. Da berichtet unser heute in den USA lebender Landsmann Lothar E. Konietzko von Papieren, die von Russen in Poerschken (heute Novomoskovskoje) auf dem Dachboden gefunden wurden. Es handelt sich um Dokumente aus der 40er Jahren wie Ausweise und Bestätigungen, die wahrscheinlich kurz vor dem Russeneinfall hinter einem Balken versteckt wurden.

Alle Papiere lauten auf den Namen Herbert Ohlendorf, * 14. April 1927 in Hohenbruch, Krs. Labiau. Das älteste Dokument ist ein Ausweis der Lehrerbildungsanstalt Kuckerneese, die der Genannte seit dem 10. Juni 1941 besuchte. Er ist später – wahrscheinlich durch Evakuierung – nach Mehlsack gekommen, wie ein Ausweis der dortigen LBA vom 12. Dezember 1944 bezeugt. Herbert Ohlendorf wurde dann zum Volkssturm eingezogen und von der Ortsgruppe Heiligenbeil-Nord als Melder eingesetzt. So hat er den Russeneinfall wahrscheinlich in Poerschken erlebt.

Herr Konietzko fragt nun, ob und wie Herbert Ohlendorf das Kriegsende überstanden hat und ob er, wenn er noch lebt, die Papiere erhalten will. Kopien hat er seinem Schreiben beigefügt. Er legt auch ein Gedicht bei, das der Lehrer Emil K. aus Legnitten seinem Vater Friedrich Konietzko gewidmet hat. Dieser war Revierförster in der Brandenburger Heide. Das Gedicht „Ein Jagdtag in Sollecken" entstand 1920 und berichtet von einer stattlichen Hühnerstrecke. Auch das Vaterunser in ostpreußischem Platt übersandte uns Herr Konietzko – wieder ein Beweis dafür, wie Ostpreußen ihre Heimat auch in fernen Ländern bewahren (Lothar E. Konietzko, 36789 Thinbark St., WAYNE, Michigan 48184, USA).

Wo sind die Einwohner von Loterswalde (vor 1934 Sowirog) geblieben? Das fragen Hermann und Margarete Ebeling, die dem Ernst-Wiechert-Freundeskreis angehören und den Spuren des Dichters in Masuren nachgingen. So waren sie auch an der Stelle am Niedersee, wo sich das kleine Dorf befand, das nicht einmal 200 Einwohner zählte. So ist es kein Wunder, daß sich trotz emsiger Bemühungen bisher kein Loterswalder gefunden hat. Nun hoffen die Fragesteller, daß sich im Kreis der Ostpreußischen Familie ein früherer Bewohner von Loterswalde, Krs. Johannisburg, meldet (H. und M. Ebeling, Schillerstraße 15 A in 21629 Neu Wulmstorf).

Und Friedrich-Karl Meller hofft etwas über die Bauzeit des Kriegerdenkmals im samländischen Schönwalde zu erfahren. Das für die Gefallenen des Kirchspiels errichtete Denkmal stand neben Kirche und Friedhof. Es wurde 1945 geschleift, der Friedhof geschändet, von der Kirche blieb eine Ruine. Der obere Schlußstein des Denkmals in Form des Eisernen Kreuzes wurde vor zehn Jahren im Schutt gefunden und 1993 von ehemaligen Schönwaldern zusammen mit heutigen Bewohnern etwa an der alten Stelle aufgestellt. Zweite Frage: Gibt es ein „Denkmal-Archiv", das solche Daten zur Verfügung hat? (Friedrich-Karl Meller, Matthias-Claudius-Weg 7 in 32756 Detmold)

Herr Meller übermittelt noch einen Wunsch von Herrn Petzold (Forschungsprojekt Ostpreußische Kleinbahnen). Dieser benötigt für seine Unterlagen einen Gleis- und Lageplan des Bahnhofs Prawten, der an der Kleinbahn Königsberg-Schaakswitte, Abzweigstelle nach Waldau und Tapiau, lag (Jörg Petzold, Alttrachau 48 in 01139 Dresden).

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Preußischer Mediendienst

Fortsetzung von Seite 12

Seger, Lore, geb. Freutel, aus Allenstein und Königsberg, jetzt Holzweg 11, 61440 Oberursel, am 24. Januar

Schieschang, Herta, geb. Marzinowski, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Kleine Parower Straße 54, 18435 Stralsund, am 25. Januar

Schläger, Gertrud, aus Lyck, Bismarckstraße 59, jetzt Saatziger Straße 5, 23701 Eutin, am 27. Januar

Stobbe, Lisbeth, aus Langgarben und Königsberg, jetzt Hamburg, am 14. Januar

String, Karlheinz, aus Damerau 2, jetzt Stahlende 38, 41189 Mönchengladbach, am 23. Januar

Tausendfreund, Erich, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Weimarer Straße 45, 53757 St. Augustin, am 22. Januar

Walden, Erich, aus Preußental, Kreis Sensburg, jetzt Wesleystraße 25, 23556 Lübeck, am 25. Januar

Waschkowski, Hildegard, geb. Hess, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Schweickerweg 23, 74523 Schwäbisch-Hall, am 28. Januar

zur Goldenen Hochzeit

Broska, Fritz, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, und Frau Hildegard, geb. Sadlowski, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Südfeld 13, 59077 Hamm, am 19. Januar

Gebauer, Heinz, und Frau Christel, geb. Lischkeit, aus Labiau, Königsberger Straße 48, jetzt J.-R.-Becher-Straße 37, 39218 Schönebeck, am 27. Januar

Schulz, Alfred, und Frau Ruth, geb. Reinhold, aus Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, und Gutstadt, jetzt Promenadenstraße 5, 86199 Augsburg, am 23. Januar

Urlaub/Reisen

Geschäftsanzeigen



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit
Elche stehn und lauschen
in die Ewigkeit

Nachruf

Am 29. 12. 2000 verstarb das Mitglied unseres Vorstandes und Mitbegründer unseres Vereins

Heinrich Hoffmann

fern seiner Heimatstadt Insterburg.

Die Klarheit seiner Gedanken, sein zutiefst menschliches Handeln werden unvergessen bleiben.

Sein hervorragendes Wirken für das Recht auf Heimat wurde durch die Verleihung der „Silbernen Ehrennadel" des BdV sowie mit dem „Goldenen Ehrenzeichen" der Landsmannschaft Ostpreußen – Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern – gewürdigt.

Der Vorstand der Kreisgruppe Wismar

Denen, die mich umsorgten, möchte ich danken.

Hans-Georg Barschties

* 2. 11. 1919 † 16. 12. 2000
Königsberg (Pr) Dorum-Neufeld

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Seine Schwester
Liselotte Dietz, geb. Barschties
Gerda Bösch, Lebensgefährtin

Die Trauerfeier fand am 21. Dezember 2000 in Ottersberg statt.
Heimatanschrift: Königsberg (Pr), Herranthstraße 8
Traueranschrift: Liselotte Dietz
Matth.-Claudius-Weg 27, 27753 Delmenhorst

Elise Arbandt

geb. Nitsch

* 19. Februar 1912 † 13. Dezember 2000
Sollau/Krs. Pr. Eylau Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Heinrich Arbandt
Edeltraut und Jürgen
Tina
Michael und Kerstin
Stefan und Sarah

Barmbeker Straße 159, 22299 Hamburg

Herr, Dein Wille geschehe!

Gott der Herr nahm nach kurzer, schwerer Krankheit meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Opa, Onkel und Schwager

Wilhelm Huwald

* 19. 8. 1911 † 31. 12. 2000
in Ortelsburg/Ostpr. in Brühl

zu sich in sein ewiges Reich.

In stiller Trauer
Anni Huwald, geb. Rosowski
Bruno und Ursel Huwald
Gisela und Günter Fischer
Reinhard und Ute Huwald
mit Heike und Britta
Sabine und Andreas Dieks
Andreas, Anja
und alle Angehörigen

Fronhofweg 35, 50321 Brühl

Familienanzeigen

Unserer lieben Omi
Johanna Frahm, geb. Hapke
aus Plibischken, Kr. Wehlau
jetzt Im Krimpel 32, 49439 Steinfeld



zum  Geburtstag

am 16. Januar 2001
die herzlichsten Glückwünsche
und weiterhin recht viel Gesundheit!

Deine Kinder

Ulrich Durchholz

* 7. 8. 1922 † 20. 12. 2000
Gumbinnen

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater und Opa.

Im Namen aller Angehörigen
Sigrid Durchholz, geb. Kohnke

Am Kaufmannskreuz 3, 41564 Kaarst-Büttgen
Die Trauerfeier fand am 27. Dezember 2000 statt.
Die Seebestattung ist später im engsten Familienkreis.

Bei Gott allein kommt
meine Seele zur Ruhe,
von ihm kommt meine Hoffnung.
Psalm 62,6

Nach einem langen, arbeitsreichen und erfüllten Leben ist unsere geliebte Mutter, Schwester und Tante

Charlotte Domsalla

geb. von Lojewski

* 22. Juli 1905 in Kreuzborn, Kreis Lyck
† 3. Januar 2001

für immer von uns gegangen. Sie war ihrer ostpreußischen Heimat stets sehr verbunden.

In Trauer und Dankbarkeit
Lieselotte Baumüller, geb. Domsalla
Adelinde Domsalla
Richard von Lojewski
sowie alle Angehörigen

Möhlenbarg 25, 22848 Norderstedt
Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand statt am Dienstag, dem 16. Januar 2001, um 14.00 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Garstedt, Ochsenzoller Straße 43, Norderstedt.

Du siehst den Garten nicht mehr grünen,
siehst deine Blumen nicht mehr blühen,
weil dir der Tod nahm alle Kraft.
Schlaf nun in Frieden, ruhe sanft
und hab für alles vielen Dank.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter

Margarete Goldau

geb. Hoch

* 6. Februar 1915 † 18. Dezember 2000
Gelsenkirchen

In unserem Herzen hast du einen festen Platz.

Sie folgte ihrem Mann

Ernst Goldau

* 30. August 1914 † 25. November 1974
Gr. Buchwalde
fr. wohnh. Passenheim (Ostpr.)

in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
Irene Goldau
Berthold Goldau

Mozartweg 2, 33334 Gütersloh

Prahlerei in der
Lebensweise stammt
nicht vom Vater, sondern
von der Welt.
Und die Welt vergeht
und ihre Lust;
wer aber den Willen
Gottes tut,
bleibt in Ewigkeit.
1. Johannes 2,16-17



Ihre Welt war Pflichterfüllung.
Liebe für alles Schöne und die Musik.
Ihre Lebensfreude bleibt uns unvergessen

Oberpostinspektorin

Elsa Sallowsky

geb. 14. 1. 1899 in Berschkallen
gest. 2. 1. 2001 in Hannover

In Dankbarkeit
Helga Fischer, geb. Zander
Rehkoppel 2, 21521 Aumühle
Rosemarie Jäger, geb. Zander
Brigitte Jäger-Dabek, geb. Jäger
Am Hang 10, 21680 Stade

In Deine Hände, Herr, befehl ich meinen Geist:
Du rettest mich, Du treuer Gott.
(Ps. 31.6)

Nach einem langen arbeitsreichen Leben hat unser lieber Vater, Opa und Uropa

Otto Klement

geb. 17. 10. 1906 in Allenstein/Ostpreußen
gest. 29. 12. 2000 in Leipzig

endlich seine Ruhe und seine Heimat gefunden, die er so lange suchte.

In liebevollem Gedenken
Seine Kinder Christel, Brigitte, Gertrud und Benno
Seine Enkel Stefan, David, Christine, Jürgen und die Urenkel

Das Requiem fand am Donnerstag, dem 4. Januar 2001, um 18.30 Uhr in der katholischen Kirche Engelsdorf statt.
Die Beerdigung war am Freitag, dem 5. Januar 2001, um 10.30 Uhr auf dem Friedhof Engelsdorf.
Der Verstorbene war verheiratet mit Maria Ziemski/Gillau, Krs. Allenstein, Schulfreundin von Helene Zimmermann (verheiratet mit Anton Wippich/Wartenburg, Krs. Allenstein); deren Kinder übermitteln ihr herzliches Beileid: Kurt Wippich (0 30/3 99 42 33), Ingrid Wippich und Irmgard Desczyk.

Es ging um die Wurst

Von ALBERT LOESNAU

Den Hügel hinauf, den Fluß entlang oder die Straße voraus, die zur nahen Stadt führte – welchen Weg sollte er nehmen? Schnapp, ein klapperdürrer Geselle mit struppigem Fell, verharrte unentschlossen am Feldrain. Es blieb ihm nicht viel Zeit, sich zu entscheiden. Jeden Augenblick konnte der Mann mit der grünen Mütze und der Fangschlinge in der Hand wieder auftauchen. Nur durch seine Geschicklichkeit war Schnapp ihm im letzten Augenblick entkommen. Man schien in dieser Gegend auf ein freiheitsliebendes, vierbeiniges Geschöpf nicht gut zu sprechen zu sein.

Denn Schnapp war durchaus kein Vagabund. Nur weil er endlich Ruhe und Ordnung zu finden hoffte, war er seit Tagen unterwegs. Doch bisher hatte er vergeblich nach diesem erstrebenswerten Zufluchtsort Ausschau gehalten.

Schnapps linkes Ohr sank betrübt herab. Wie schwer war es

Vergeblich hatte er bisher nach einem Zufluchtsort Ausschau gehalten

doch, auf dieser Welt den richtigen Platz zu finden: Einen Platz, an dem einem treuen Hund Zuneigung und Anhänglichkeit nicht durch Schläge und dürftiges Futter vergolten wurden …

Hinter einer Hecke tauchte die grüne Mütze auf. Schnapp erschrak. Er sprang auf und eilte davon. Ohne darauf zu achten, kam er zur Straße in den nächsten Ort.

Schnapp lief im Dauertrab. Er hielt den Kopf gesenkt, die spitzen Ohren waren himmelwärts gerichtet. Das zerzauste Fell hing wie eine zu weit gewordene Jacke um seine Rippen herum. So eilte er der Stadt entgegen. Und die buschige, borstige Rute wedelte im Takt dazu …

Zur selben Stunde kam auf eisenbereiften Rädern ein Ackerwagen an der entgegengesetzten Seite zur Stadt herein. Seine Ladung, gelblich schimmernde Erdäpfel, hüpfte auf und nieder, wie die Pflastersteine es wollten. Die Zügel locker in den Händen, überließ es der Bauer Jensen seiner braven Liese, den Weg zum Marktplatz zu finden.

Dort hielt er auf festgelegtem Standort, gleich neben dem Wirtshaus „Zum Goldenen Lamm". Die Käufer drängten bald heran. Man kannte sich und sprach ausführlich miteinander, während Jensen seine Erdäpfel abwog und den Preis dafür nannte. So verging der Tag. Und als der Wagen leer war, hatte sich Jensens Tasche mit Geld gefüllt.

Er war ein Mann, der gern die Gesellschaft gutgelaunter Menschen suchte. Deshalb folgte er dem Klang der Gläser und dem Gesang fröhlicher Zecher, die aus dem Wirtshaus drangen. Bald stieg die Stimmung noch an, als die ersten Würfel über den Tisch rollten. Es ging um einen Preis, den der Wirt gestiftet hatte.

Dann, später am Abend, kam der große Augenblick heran. Wieder hielt der Bauer Jensen den Würfelbecher in der Hand. Er schüttelte ihn lange und stürzte ihn auf den Tisch. Vier Würfel rollten heraus, blieben nebeneinander liegen – und jeder von ihnen zeigte die Eins!

Jensen hatte den Preis gewonnen: die große, schwarzgeräucherte Wurst, die der Wirt in die Höhe hielt, war sein. Speckwurst! Ein Ring, so mächtig, wie der gebogene Arm eines starken Mannes. Das gab zu einem Umtrunk Anlaß …

Die Dunkelheit hatte sich über die Stadt gesenkt, als Schnapp den Marktplatz erreichte. Vor Hunger schon ganz schwach auf den Beinen, stöberte er in allen Ecken herum. Dabei kam er auch zum „Goldenen Lamm". Dort wartete die brave Liese noch immer auf die Rückkehr des Bauern Jensen. Leise schnaubend hob das Pferd den Kopf, als sich der fremde Hund dem Gefährt näherte.

In diesem Augenblick wurde die Tür des Wirtshauses aufgestoßen. Ein jäher Lichtschein zerriß die Dunkelheit. Erschreckt wich Schnapp zur Seite. Mit schweren, etwas unsicheren Schritten, kam der glückliche Gewinner der Würfelrunde auf den Platz heraus. In der Hand hielt er den Siegespreis. Es war Jensen hoch anzurechnen, daß er beim fröhlichen Becherkreisen auch an die brave Liese dachte. Sie sollte nicht ohne einen Beutel Hafer bleiben. Langsam, doch wohlüberlegt, nahm der Bauer den Futtersack vom Haken und hängte die Speckwurst an seine Stelle.

Das alles beobachtete Schnapp ganz genau. Bis zu ihm drang der verlockende Duft der würzigen Wurst. Da gab es kein Zögern mehr. Ein weiter Satz zum Haken hoch. Schnapps Nase stieß gegen den Wurstring. Er fiel herab. Davon bemerkte der Bauer nichts, weil er seine Liese fütterte. Gerade wollte Schnapp mit der Beute das Weite suchen – da spielte das Mißgeschick ihm einen üblen Streich.

Zwei Zechgesellen der Würfelrunde kamen im selben Augenblick aus der Tür heraus. Sie stutzten und begriffen dann ganz schnell, was da geschah. Schon hielt der eine Schnapp im Nacken fest. Der andere griff nach der Wurst. Wild zerrten sie zu dritt. Schnapp, tief in der Kehle knurrend wie ein Wolf, die beiden Männer mit drohenden Gesten und Geschrei.

Jensen, der noch bei der Liese stand, fuhr herum. Er sah, was geschah, doch er deutete es völlig falsch. Zwei der Zechkumpane, die ihm den Preis des Würfelspiels nicht gönnten, hatten heimlich nach der Wurst gegriffen. Fast wären sie damit entkommen. Doch da war dieser fremde Hund, der den dreisten Mundraub scheitern ließ. Kurz entschlossen griff Jensen ein. Er war kein Freund von langen Reden. Vor allem, wenn ein kräftiger Hieb mehr als viele Worte sagte. So blieb die Wurst in seiner Hand. Der Feind entfloh.

Schnapp hatte sich unter den Wagen gekauert. Jensen beugte sich zu ihm herab. „Du bist ein braver Hund und hast einen Bissen verdient", meinte er und brach ein Stück vom Wurstring ab, das ohnehin vom Kampf stark mitgenommen war.

Schnapp schluckte schnell, dann war der Bissen verschwunden.

„Das geht ja rascher als man zuschauen kann", schmunzelte Jensen und kletterte auf den Kutschbock. „Na – komm!", rief er dem Hund zu. Ohne zu zögern sprang Schnapp hinauf. Hinter dem Sitz lagen Säcke am Boden. Ein weiches Lager für den heimatlosen Gesellen. Der Bauer drehte sich um.

„Ein braves Tier bist du", sagte er. „Du wirst meinen Hof gut bewachen."

Die Peitsche schnalzte. Polternd ging die Fahrt über den Marktplatz und zum Stadttor hinaus. Ein gutgelaunter Zufall hatte Schnapps Schicksal grundlegend verändert. Auf Jensens Wagen rollte er nun einem neuen Leben entgegen, das ihn für alle bisherigen Enttäuschungen reichlich zu entschädigen versprach …



Ostpreußen damals: *Winter in Steinen, Kreis Johannisburg* Foto Archiv

Wintergedicht

Von KARL SEEMANN

Wind heult in den Kaminen.
Weißer Flockenvorhang, dicht;
hinter vergessenen Wäldern
wartet im Grauwind ein Licht.

Traum von verklungenen Jahren
unter dem Schnee: Kristall
von lange gekelterter Trauer,
geduckt unterm schläfernden All.

Trauer, die übrigbleibt,
verwischte Zeichen im Feld.
Zäune und Bäume im Schneewind,
von keinem Hoffen gestellt.

Dämmerung sinkt über den Tag.
Im Westen die Flamme versteint.
Ob nun die sterndunkle Nacht
auch den Winter der Worte meint?

Winter in der ostpreußischen Weite

Von GÜNTER HAGNER

Nun ruhet Feld und Flur,
gebettet im Schoße der Erde.
Schneetuchbedeckt weiß die Natur,
Leben schützend, das wieder werde.

Flocken rieseln tanzend herab,
Nebelschleier sinken und breiten
sich aus über Haff und Land,
schwebend über den weißen Weiten.

Wiesen, einst wasserträchtig naß,
Eisspiegel nun, glitzernd wie Glas,
diffus-scheidender Sonnenstrahl,
frost-klirrend pfeifender Wind
allzumal.

Schwermut breitet sich
über Seele und Land,
wenn der Tag, kaum da,
bald versank
und die Raben-Scharen,
emsig auf Jagd,
zur Ruhe kommen
im Schatten der Nacht.

Heimatland, fernes Land,
schneebedeckt, winterkalt,
so, wie ich Dich
einstmals sah,
so bleibst Du mir immer nah.

Großchen und die Diplomatie

Von RUTH GEEDE

Großchen hatte in ihrem langen Leben sicher nie etwas von der Psyche des Mannes – insbesondere der des verheirateten – gehört, noch hatte sie wohlmeinende Ratgeber „Wie behandele ich meinen Mann?" gelesen oder eine Eheberatung aufgesucht. Daß sie das auch nicht benötigte, konnte man daran erkennen, daß ihre beinahe siebzig Jahre dauernde Ehe, die mit sechzehn Kindern und einer daraus resultierenden großen Enkel- und Urenkelschar gesegnet war, niemals ernsthafte Trübungen erfuhr. Meinungsverschiedenheiten wurden von Großchen mit weiblicher Schläue und ohne Gezänk gemeistert.

Großchen war eben eine Meisterin der Diplomatie. Das bewies sie noch im hohen Alter, als der Ohm und Großchen, wie nie von allen genannt wurden, auf dem Altenteil saßen. Daß der Ohm gern einen Schnaps trank, hatte nie zu Streitereien geführt, denn erstens vertrug er einen ganzen Stiefel, und außerdem besaß Großchen die Schlüssel zum Wandschrank mit dem Hochprozentigen. So richtig „duhn" hatte sie ihn nie erlebt bis … ja bis zu jenem Tag, als der Ohm zum Krawul fuhr.

Es war ein bitterkalter Wintertag. Der Ohm saß in Pelzdecken eingemummelt und mit einer Wärmekruck an den Füßen im Schlitten, den die brave Liese zog. Trotzdem mußte er am Ziel, der Gastwirtschaft im Kirchdorf, zuerst auftauen. Das geschah mit einem Rußer Wasserpunsch, dessen Name aber irreführend war, denn Wasser war in dem dampfenden Gebräu kaum vorhanden, dafür umso mehr Portwein und Cognac. Und da jeder Mann, der an dieser Gemeindeversammlung teilnahm, ebenfalls aufgetaut werden mußte, begann die Versammlung schon sehr fröhlich. Die Heiterkeit nahm dann im Laufe der Stunden noch weiter zu. Und dann mußten die Krawuler ja auch für die Rückfahrt gewärmt werden.

Als die Versammlung sich endlich auflöste, knickte er doch erheblich ein, und es bedurfte der tatkräftigen Hilfe seiner noch gehfähigen Kumpanen, ihn in den Schlitten zu hieven, wo er sanft entschlummerte. Ein hilfreicher Geist führte die Liese noch bis zur Chaussee, dann überließen sie den Ohm seinem Schicksal. Das meinte es gnädig mit ihm, denn die Liese karjohlte den schnarchenden Ohm sicher auf den Hof.

Es war wohl der Stallgeruch, der auch den Ohm weckte. Er ergriff die

Die Liese karjohlte den schlafenden Ohm sicher auf den Hof

Leine mit lautem „Prrr", und es gelang ihm tatsächlich, sich aus dem Wust von Pelzdecken herauszuschälen. Die eiskalte Luft trug zur Ernüchterung bei, so daß er nur leicht schwankend die Tür zu der kleinen Altsitzerwohnung erreichte.

Aber als der die warme Stube betrat, wurde ihm doch wieder schwiemelig. Wozu eine plötzliche Übelkeit kam, als er die auf dem gedeckten Tisch stehende Schüssel gewahrte, aus der ein Geruch von Wruken und Speck aufstieg. Mit boßigem Gesicht setzte er sich an den Tisch und griff zur Schüssel. Die war sehr heiß, denn sie hatte bislang in der Röhre zum Wärmen gestanden. Sein rundes, gutmütiges Gesicht lief blaurot an, und voller Wut donnerte der Ohm die Schüssel auf die blankgescheuerten Dielen.

Im selben Augenblick erschrak er und blickte verstört zu Großchen hinüber, die einen Augenblick stocksteif dasaß. Aber dann ergriff sie weitaus schneller, als der Ohm es fassen konnte, die Kartoffelschüssel und setzte sie neben die Wruken auf die Dielen.

„Ach, willst du heut' auf dem Fußboden essen? Das hättest mir bloß sagen sollen, dann hätt' ich gleich da gedeckt!" Und damit flog auch die Platte mit dem Schweinebauch nach.

Der Ohm saß da wie vom Donner gerührt. Großchen stand lächelnd auf, hob die Röcke hoch und watete durch Wruken, Kartoffeln und Schweinebauch zur Küche.

Irgendwie gelang es dem Ohm hochzukommen. Er schwankte zum Flur, pfiff die Hunde herein, die sich sofort auf das Fleisch stürzten. Dann rief er aus der Gesindestube das Kleinmädchen herbei: „Hannchen, bring' mal 'nen Eimer mit heißem Wasser und 'nen Wischkodder …"

Das Mädchen wunderte sich sehr, als es mit Eimer und Schrubber in die Stube trat: „Herrjeh, haben die Hundskräten das ganze Essen vom Tisch geschmissen. Und das scheene Parzellan, alles Scherbels. Nah wacht, ihr Beester!"

Die „Beester" zogen sich satt und zufrieden vor Hannchens hocherhobenen Schrubber in die Flur zurück. Der Ohm aber ging in die Küche, wo Großchen vor einem dampfenden Kaffeetopf saß und sich gerade ein Stück Glumskuchen abschnitt. Sie füllte stillschweigend auch seine Kaffeetasse und sagte dann, als sei überhaupt nichts vorgefallen: „Du, der Jonuschat ist da wegen dem Braunen. Der Fritz wartet auf dich im Stall, er will hören, was du meinst, ob er ihn verkaufen soll oder nicht."

EU-Haushalt:

Betrogene Deutsche

Hauptzahler trotz wirtschaftlichem Abstieg: Und der Beitrag soll noch höher steigen

Von WERNER OBST

Als Spanien und Portugal Mitte der achtziger Jahre zögerten, der damaligen EG beizutreten, weil beide die übermächtige nordeuropäische Konkurrenz fürchteten, stellte Brüssel beträchtliche Mittel bereit. Griechenland war bereits 1981 beigetreten, und, weil auch Irland unter 75 Prozent des EG-Durchschnitts lag – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner – gehörten schließlich auch noch die Iren zur „Süderweiterung".

Die „Rangliste der Nationen" (Grafik rechts) informiert über Produktivität und Wohlstand der Industrieländer, und darüber hinaus zeigt sie auf, wo die Südeuropäer heute stehen, 15 Jahre nach der mit rund 300 Milliarden Mark geförderten Süderweiterung, und sie dokumentiert Deutschlands rasanten Abstieg, der in dieser Intensität bisher weder den Deutschen noch den Europäern bewußt geworden ist. Die größte Sensation? Irland, das 1985 nur 68 Prozent des EG-Durchschnitts schaffte, liegt jetzt bei 130 Prozent. Damit führen die Iren das gehobene Mittelfeld an – deutlich vor den Briten. Deutschland liegt im weltweiten Vergleich nur noch auf dem 14. Rang. Unter dem EU-Durchschnitt verharrt Spanien, das erstmals, dank deutscher Hilfe, die „Neuen Bundesländer" überholt hat. Griechen und Portugiesen sind nach wie vor Schlußlichter im Wohlstands-Konvoi.

Brutto-Inlandsprodukt 2000* je Einwohner in Dollar

Land	Dollar
Luxemburg	43 700
USA	35 900
Japan	34 700
Norwegen	33 600
Schweiz	32 500
Dänemark	32 100
Island	32 000
Irland	27 600
Österreich	25 200
Finnland	24 900
Schweden	24 600
Großbritannien	24 500
Niederlande	23 900
Deutschland insg.	23 800
Frankreich	23 200
Italien	23 200
Belgien	22 400
EU-Durchschnitt	21 300
Kanada	21 200
Spanien	14 200
„Neue Bundesländer"	14 100
Griechenland	11 300
Portugal	10 000
Tschechien	5000
Ungarn	4800
Polen	4000

*Prognose

Doch zurück zur Analyse der Effizienz der Süderweiterung. Spanien schaffte 1985 nur 54 Prozent des EG-Durchschnitts, derzeit leisten Madrilenen und Katalanen 67 Prozent, also ein Aufhol-Effekt von gerade mal 13 Punkten. Wenn die stolzen Iberer mit diesem Tempo weitermachen, erreichen sie den EU-Durchschnitt erst in 25 Jahren!

Die Portugiesen holten etwas deutlicher auf, nämlich von 26 auf 47 Prozent, aber auch sie haben noch eine lange Aufhol-Periode vor sich.

Absolut unakzeptabel war der viel zu geringe griechische Aufhol-Effekt von lediglich zehn Punkten, von 43 bis auf 53 Prozent des EU-Schnitts. Dabei erhielten sie allein 1997 mit 8,4 Milliarden D-Mark einen Zuschuß, der drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung ausmachte – doch mit ähnlich komfortablen Zuschüssen über die letzten 15 Jahre hinweg schafften sie gerade zwei Prozent reales Wachstum pro Jahr.

Warum das so war?

Athen finanzierte mit EU-Geldern die mit Abstand höchste EU-Rüstungs-Quote von knapp fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes! Dies liegt am gespannten Verhältnis zu Ankara (offiziell auch EU-Beitrittskandidat), zu welchem der EU bis heute nichts Sinnvolles einfallen wollte.

Damit kommen wir vom ökonomischen zum außenpolitischen Mißmanagement der EU, die nicht nur in Bosnien total versagt hatte oder im Kosovo. Die EU hat, was die partnerschaftliche Vermittlung von Griechen und Türken betraf, gleichfalls so gut wie nichts geleistet.

Die Europäische Union hat folglich ihr selbstgestecktes Ziel, den wirtschaftlich schwächeren Süden an den fortgeschrittenen Norden heranzuführen, weitgehend verfehlt, nämlich bei 60 Millionen Griechen, Portugiesen und Spaniern, nur die 3,7 Millionen Iren übersprangen sogar deutlich den EU-Durchschnitt.

Das zweite strategische Ziel, die übergroßen Leistungs- und Wohlstands-Differenzen zwischen Nord und Süd zu verringern, wurde sogar absolut verfehlt. Denn das reichste Land der Welt, Luxemburg, das 1985 noch 98 Punkte über dem ärmsten EU-Mitglied gelegen hatte, rangiert heute 158 Punkte über dem immer noch ärmsten EU-Land, Portugal.

Oder Dänemark, das zweitreichste EU-Mitglied, das 1985 noch 101 Punkte vor Griechenland gelegen hatte, rangiert heute noch 98 Punkte vor Griechenland – das heißt, Dänen und Luxemburger sind heute, wie vor 15 Jahren, immer noch drei- bis viermal so wohlhabend wie Griechen und Portugiesen.

Doch damit nicht genug. Die reichen Luxemburger und Dänen, aber auch die wohlhabenden Belgier, haben sich von vornherein gar nicht erst am großen europäischen Solidar-Pakt, der Süderweiterung, beteiligt, sondern verdienten daran gar noch. Wie soll mit dieser Einstellung die Osterweiterung finanziert werden?

Nizza hatte erneut weder die deutschen Netto-Zahlungen noch die Finanzierung der Osterweiterung auf der Tagesordnung. Statt dessen wurde die unfaire Finanzierung der Süderweiterung bis 2006 festgeschrieben, die sich für Deutsche fast wie ein Krimi liest.

Belgien etwa zahlte 1997 bei der EU 4,6 Milliarden Mark ein, erhielt aus allen „EU-Töpfen" 7,9 Milliarden Mark zurück, unterm Strich blieben 3,3 Milliarden Mark hängen, die größtenteils aus Deutschland stammen.

Die Luxemburger zahlten im selben Jahr bei der EU 0,4 Milliarden Mark ein, erhielten 1,8 Milliarden Mark zurück und verdienten so an Europa 1,4 Milliarden Mark.

Der größte Teil dieses Geldes spricht deutsch, wie die Luxemburger. Wegen der geringen Bevölkerungszahl erhielt 1997 jeder Luxemburger im Schnitt 3 333 DM. In Portugal kamen als Förderland je Einwohner bloß 520 Mark an.

Doch damit erschöpfen sich die Brüsseler Ungereimtheiten noch keineswegs. Niederländer, Österreicher und Schweden zahlten gemeinsam 6,4 Milliarden Mark ein mit 33 Millionen Einwohnern. Briten und Italiener wiederum zahlten zusammengenommen nur 2,4 Milliarden Mark ein – bei 117 Millionen Einwohnern.

Reich hilft arm! Dieses solidarische Prinzip, das Freiheit, Frieden und Wohlstand für alle Europäer sichern und gleichzeitig zur permanenten Erweiterung motivieren soll, funktioniert nicht.

Vielleicht liegt es daran, daß dieses Prinzip, historisch-mental gesehen, eben doch eher nordeuropäisch verwurzelt ist – deshalb griff es ja zunächst auch nur bei den Iren.

Fest steht jedenfalls: Der EU-Ministerrat ist dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle Netto-Empfänger ihre Hilfsgelder wirkungsvoller einsetzen, „statt unser Geld zu verbraten", wie Gerhard Schröder es kurz vor dem Berliner Gipfel Ende März 1999 formulierte.

Das Straßburger Parlament nannte das Ergebnis von Nizza 2000 mit großer Mehrheit „unzureichend"! Noch deutlicher wurde der CDU-Europa-Abgeordnete Elmar Brok: „Die Abstimmungs-Strukturen wurden nicht einfacher, sondern komplizierter; denn jetzt gibt es gleich drei Mehrheiten: 74 Prozent im Ministerrat, 62 Prozent für die Bevölkerung, 51 Prozent für Mitgliedstaaten. Eine Minderheit kann dadurch den EU-Ministerrat noch leichter blockieren als bisher, und Deutschlands überhöhte Netto-Zahlungen sind dadurch kaum noch abzubauen, sondern werden eher noch größer, unsere Asyl-Politik wird genauso erschwert wie der Kampf gegen die Kriminalität." Eine Ablehnung des Vertrages verzögere außerdem keineswegs die Osterweiterung. Es sei deshalb die Pflicht der Parlamentarier, Europa vor Nizza zu retten. („Die Welt", 19. Dezember 2000, Seite 8)

Kurz und gut: Der französische Gipfel blieb erneut im rein Organisatorischen stecken, kam wieder nicht zum eigentlich inhaltlichen Schwerpunkt, zur strategischen Frage, welche die Zukunft betrifft: Was kostet die Osterweiterung? Und wie beteiligt sich jedes EU-Mitglied daran?

Die Art und Weise indes, wie sowohl Mitterand als auch Chirac ihre europäischen Aufgaben und Kompetenzen übertraten, mißachteten oder nicht genügend nutzten, drängt immer wieder den Verdacht auf, daß Aufgaben und Entscheidungs-Kompetenzen innerhalb der EU-Hierarchie vor allem deshalb ungenau beschrieben oder nur unklar abgegrenzt sind, weil nur so jene Spielräume entstehen, die die kleinen EU-Mitglieder in Nizza erstmalig dazu provozierten, Chirac namentlich anzuprangern: „Frankreichs Präsident verfolgt nicht europäische Ziele, sondern nationalistische Interessen Frankreichs!" Als er seine Nizzaer „Leistungen" den Straßburger Abgeordneten als das „bestmögliche Ergebnis unter den gegebenen Umständen" präsentierte, und Nizza als „historischen Gipfel an der Côte d'Azur" hochlobte, gab es nur ungewöhnlich kühlen, sehr spärlichen Beifall. EVP-Fraktions-Chef Hans-Gert Pöttering sagte frei heraus: „Das ist kein großer Vertrag!"

Dazu der Publizist Michael Stürmer: „Der Europäische Rat von Nizza hieß nur so. In Wahrheit war es eine altmodische Veranstaltung der europäischen Nationalstaaten, die um Vorteile und Positionen feilschten. Die Idee europäischer Einheit oder auch nur des Gesamtinteresses war ein Waisenkind; es fanden sich keine Adoptiveltern, nicht einmal Deutschland. ....Die EU hat mit dem Euro offenkundig eine Schwelle erreicht, die zur Zeit kaum überschreitbar erscheint." („Die Welt", 23. Dezember 2000)

Nach Meinung kompetenter Beobachter ist das eher noch tiefgestapelt, der Chauvinismus war nämlich beim großen Berliner EU-Gipfel Ende März 1999 noch weit größer als in Nizza und er spricht nicht nur französisch.

Das eigentliche Management-Problem der Europäischen Union besteht deshalb nicht darin, daß einige Kommissare betrügerisch und korrupt handelten, so daß die gesamte EU-Kommission 1999 auf Beschluß des Straßburger Parlaments zurücktreten mußte. Weit schwerer wiegt die ineffiziente, verschwenderische, nur wenig erfolgreiche Tätigkeit der Kommission über 15 Jahre hinweg. Diese hat die großen strategischen Ziele der Süderweiterung infolge schwerwiegender Managementfehler derart massiv verfehlt, daß die Osterweiterung schon einmal von 1998 auf 2006 verschoben wurde; denn das dafür erforderliche Geld wird noch unverhältnismäßig lange Zeit für den Süden der EU benötigt. Bei dieser Sachlage hätte der große EU-Gipfel Ende März 1999 in Berlin die Qualität des Brüsseler Managements gründlich analysieren müssen, gewiß auch mit personellen Konsequenzen, um erst danach die Weichen des europäischen Einigungs-Prozesses bis 2006 zu stellen.

Den Vorsitz hatte Deutschland, und Gerhard Schröder wollte unsere total überhöhten, ungerechten Nettozahlungen reduzieren. Schweden und Niederländer wollten uns beistehen, aber alle wußten, daß allein dieser Tagesordnungspunkt für alle Südeuropäer geringere Subventionen, für Frankreich wie Großbritannien aber deutlich höhere Nettozahlungen auslösen mußte! Deshalb kam alles anders – der Gipfel wurde noch vor seiner Eröffnung abrupt über den Haufen geworfen! Spaniens Nato-Generalsekretär Javier Solana ließ wenige Stunden vor Tagungs-Beginn, in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag, Belgrad bombardieren. Damit sprengte er den ordnungsgemäßen Beginn der Tagung und halbierte den Zeitplan.

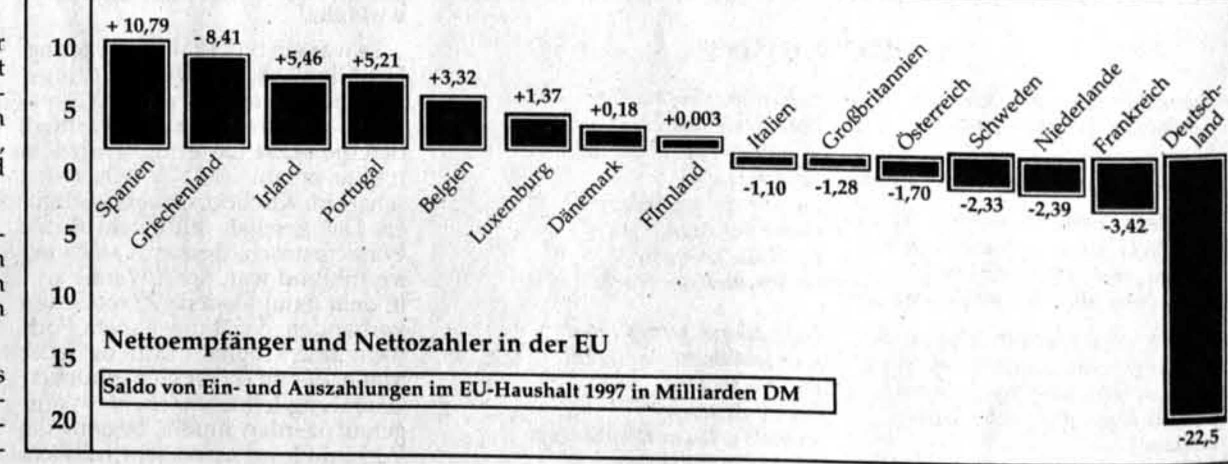
So konnte der überrumpelte Kanzler Schröder Deutschlands Nettozahlungen nicht um eine Mark reduzieren, weil das ganze Problem aus Zeitmangel vom Tisch gefegt wurde – genauso wie sämtliche zur Sprache anstehenden Ungerechtigkeiten oder die uneffektiven Subventions-Maßstäbe. Dies und anderes wurde ohne jede Änderung bis 2006 fortgeschrieben.

Jacques Chirac verteidigte vehement milliardenschwere EU-Hilfen für Frankreichs Landwirtschaft, obwohl diese bekanntlich klimatisch günstig gelegen, fruchtbar und ertragreich ist. Wir helfen trotzdem mit jährlich elf Milliarden Mark auch französischen Landwirten, darunter sogar im reichen Pariser Weizengürtel.

Für die Griechen gab es nicht ein einziges kritisches Wort.

Nur Italien bekam wegen seiner außergewöhnlich hohen Schwarzmarkt-Quote von über 25 Prozent höhere Beiträge aufgebrummt. Allerdings wurde der Italiener Prodi Präsident der EU-Kommission, obwohl Rom lange Zeit seine eigentliche Wirtschaftsleistung vor der EU verschwiegen und zwanzig Jahre lang zu niedrige Beiträge gezahlt hat.

Den größten Gewinn machte der unbestritten cleverste Tagungsteilnehmer, Javier Solana. Als Nato-Generalsekretär rettete er für Spanien die ungekürzte Fortzahlung von elf Milliarden Mark EU-Hilfe pro Jahr bis mindestens 2006, die überwiegend Deutschland aufzubringen hat, und über das Kosovo-Abenteuer empfahl er sich sogar als erster „Außenminister" Europas. Mit „unserem Geld" baut Spanien nun die ICE-Strecke Barcelona-Madrid, wir hingegen mußten die ICE-Strecke Würzburg-Erfurt, die zum Aufbau-Programm Deutsche Einheit gehört, streichen, weil das Geld dafür fehlt.



Nettoempfänger und Nettozahler in der EU

Saldo von Ein- und Auszahlungen im EU-Haushalt 1997 in Milliarden DM